

(Beginn: 15:36 Uhr - Ende: 20:03 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 44. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute Herrn Kara und ihm herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Er hat mir einen heimlichen Geburtstagswunsch ins Ohr geflüstert: 20 Uhr.

(Heiterkeit und Beifall - Martin Börschel [SPD]: Warum denn so lange, Herr Kollege?)

Außerdem möchte ich Frau Schlitt für ihre Arbeit hier im Hause danken. Dies ist ihre letzte Ratssitzung.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute die Herren Bosbach, Ensmann, Henseler, Kron und Schiele entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn van Geffen, Herrn Dr. Elster und Herrn Dr. Unna.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, dass ich Ihnen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, einen Brief in aktueller Angelegenheit an den türkischen Generalkonsul Herrn Basa vorlese.

Sehr geehrter Herr Generalkonsul Basa,

seit dem 15. März 1997 unterhält die Stadt Köln eine Städtepartnerschaft mit Istanbul, die seinerzeit von den damaligen Oberbürgermeistern Norbert Burger und Recep Erdogan, dem heutigen Ministerpräsidenten der Türkei, feierlich unterzeichnet wurde.

Die städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Köln und Istanbul haben sich in den vergangenen 16 Jahren erfreulich dynamisch entwickelt. Sie sind sowohl auf der

offiziellen als auch auf der bürgerschaftlichen Ebene sehr freundschaftlich und gut. Im Mittelpunkt stehen kulturelle Begegnungen, der Jugend- und Sportaustausch sowie die wirtschaftliche Kooperation.

In Köln leben mehr als 66.000 türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Rechnet man die Menschen türkischer Herkunft hinzu, liegt die Gesamtzahl bei etwa 95.000. Köln ist damit in Deutschland die Stadt mit dem höchsten türkischstämmigen Bevölkerungsanteil. Die Beziehungen zwischen den beiden Partnerstädten haben deshalb in der "städtischen Außenpolitik" von Anfang an eine besondere Rolle gespielt. Wir sind in Köln sehr stolz auf diese Städtepartnerschaft.

Nicht nur vor diesem Hintergrund erfüllt mich eine tiefe Besorgnis angesichts des harten gewalttätigen Einschreitens türkischer Polizeikräfte gegen Demonstrierende auf dem Istanbul Taksim-Platz und in anderen Städten der Türkei, die ihr demokratisches Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit wahrnehmen. Was Ende Mai als lokaler Protest gegen Baupläne im Gezi Park begann, hat sich nicht zuletzt durch das harte Vorgehen der türkischen Sicherheitsorgane zu einer landesweiten Protestbewegung entwickelt.

Die Aktionen der Demonstrierenden sind Ausdruck der lebendigen, pluralistischen und demokratischen Zivilgesellschaft, die sich in den letzten Jahren in der Türkei herausgebildet hat und die das Land nach den demokratischen Revolutionen auch und gerade in der benachbarten Region zu Recht zu einem Vorbild für einen demokratischen, sich an den europäischen Grundwerten orientierenden Wandel gemacht haben.

Als amtierender Präsident des kommunalen Weltverbands UCLG vertritt der von mir sehr geschätzte Oberbürgermeister der Partnerstadt Istanbul, Kadir Topbas, als oberster Städterepräsentant die im Zuge der Globalisierung immer wichtiger werdenden Prinzipien der kommunalen Demokratie und Bürgerrechte. Auf

lokaler Ebene haben diese ihren unmittelbarsten Ort. Die Bilder, die uns aus Istanbul und anderen türkischen Städten erreichen, verstören. Sie sind das falsche Signal.

Im Namen von Rat und Verwaltung der Stadt Köln und ihrer Bürgerschaft, aber auch persönlich, appelliere ich an die staatlichen Behörden der Türkei, die verfassungsmäßigen Rechte aller Bürgerinnen und Bürger auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und friedlichen Protest zu garantieren und zu achten. Auch als ehemaliger Polizeipräsident und Regierungspräsident weiß ich: Das gewaltsame Vorgehen der Polizeikräfte, der unverhältnismäßige Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern und Tränengas sind keine Lösung. Nicht Eskalation, sondern Dialog und Deeskalation sind das Gebot der Stunde, damit ein allen Beteiligten gerecht werdender Kompromiss gefunden werden kann.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Schreiben S.E. Herrn Botschafter Hüseyin Avni Karslıoğlu, den zuständigen Regierungsbehörden in Ankara, dem Gouverneur des Regierungsbezirks Istanbul, Herrn Hüseyin Avni Mutlu sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Istanbul, Herrn Kadir Topbas, übermitteln könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Roters

(Lebhafter Beifall)

Ihrem Beifall, liebe Kolleginnen und Kollegen, entnehme ich, dass Sie mit dieser Resolution bzw. diesem Schreiben einverstanden sind und mich bevollmächtigen, es jetzt unmittelbar an den Generalkonsul zu senden mit der Bitte um Weiterleitung an die genannten Regierungsstellen. Vielen Dank.

(Beifall)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Im Übrigen finden Sie die

eingegangenen Änderungsanträge bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.6 und 18.2.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.3.1, 10.3, 10.5, 12.3 sowie 25.1 im nichtöffentlichen Teil.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2013 zum Thema „Besetzungsverfahren Dezernat I“ vor; das ist Tagesordnungspunkt 3.1.10. Gibt es Stimmen gegen die Behandlung der Dringlichkeit? - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Pensionierung des Stadtdirektors kommt so plötzlich wie jedes Jahr Weihnachten. Wir hätten erwartet, dass entweder die Stadtverwaltung oder aber die antragführenden Parteien dies rechtzeitig hätten einbringen können. Ich denke, wir können das in einem ordentlichen Verfahren klären. Wir lehnen die Dringlichkeit zum heutigen Zeitpunkt ab. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab über die Dringlichkeit. Ich bitte um Handzeichen, wer gegen die Dringlichkeit ist. - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Dringlichkeit damit festgestellt.

Ich lasse nun über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 3.1:

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Als Erstes rufe ich Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Beschleunigter Ausbau des Gürtels“

AN/0653/2013

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0761/2013**

Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Köln grassiert eine furchtbare Krankheit: die Jetzt-müssen-wir-noch-einmal-ganz-neu-nachdenken-Krankheit.

(Martin Börschel [SPD]: Ist die ansteckend?)

Erst ist alles geplant, dann ist es beschlossen, und dann wird noch mal alles auf Null gestellt. Diese Krankheit ist insbesondere tödlich für die Stadtentwicklung. Neuestes Opfer ist der IHK-Präsident, Bauwens-Adenauer bezüglich der Archäologischen Zone und des jüdischen Museums; es soll aber auch noch andere Opfer in diesem Zusammenhang geben.

Bevor Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, fragen: „Was hat das mit dem Gürtel zu tun?“, und rufen: „Zur Sache, bitte!“, erinnere ich an 2010. Damals sind nämlich auch mein Kollege Martin Börschel und die SPD-Fraktion Opfer dieser Krankheit geworden. Nach jahrzehntelanger Planung der Vollendung des nördlichen Gürtels und kurz vor dem Planfeststellungsbeschluss gab es diesen denkwürdigen Beschluss - daran erinnern Sie in Ihrem Änderungsantrag heute auch noch einmal -, durch den die ganze Planung, die zum damaligen Zeitpunkt schon feststand, über den Haufen geworfen und alles wieder auf Null gestellt wurde. Wir haben jahrelange Planungszeit verloren, wir haben bestimmt einen siebenstelligen Betrag an Planungskosten verloren, und - das ist wahrscheinlich das Schlimmste - die Anwohnerinnen und Anwohner in den betroffenen Stadtteilen - in Nippes, in Mauenheim, in Niehl, in Riehl - sind nach wie vor vom Schleichverkehr dort betroffen.

Angesteckt - das Stichwort fiel eben schon - wurden die Kolleginnen und Kollegen der SPD von den Grünen. Insbesondere Barbara Moritz war hier sehr aktiv. Sie wollte uns weismachen, die Hochbahn sei so marode, dass sie abgerissen werden müsse, und deswegen könnte man das noch mal ganz neu infrage stellen und den Gürtel im nördlichen Teil noch mal ganz neu beplanen.

Diese Aussage der Grünen bzw. die Befürchtung, dass die Hochbahn abgerissen werden müsse, ist mittlerweile widerlegt. Dazu gibt es eine Mitteilung der Verwaltung aus dem vergangenen Jahr. Leider hat es dieses Gerücht trotzdem noch einmal in Ihren Änderungsantrag geschafft. Diese Prüfung soll heute im Grunde noch einmal beschlossen werden, obwohl sie längst erledigt ist.

Die SPD in der Bezirksvertretung Nippes hat es gut. Sie hat den grünen Klotz im Grunde abgeschüttelt

(Beifall bei der FDP - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

und kann jetzt auch in verkehrspolitischen Fragen wieder ganz klar denken. Jetzt kommt die SPD auch wieder auf die Dinge zurück, die sie über Jahrzehnte hier gemacht hat; denn sie hat ja unbestritten große Verdienste, was die Stadtentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg angeht. Darauf hat sich die SPD jetzt wieder besonnen und gemeinsam mit den Kollegen der CDU dieses Dreistufenmodell vorgeschlagen, was nichts anderes heißt als: Wir haben es mit dem bisherigen Versuch, den nördlichen Gürtel zu vollenden, in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft. Also teilen wir das jetzt mal in Päckchen auf und machen als Erstes den Bereich zwischen Merheimer Straße und Niehler Kirchweg.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir der Rats-SPD helfen,

(Beifall bei der FDP - Zurufe von Martin Börschel [SPD] sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

von dieser Jetzt-müssen-wir-noch-mal-neu-nachdenken-Krankheit wegzukommen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss sich auch helfen lassen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wenn man Hilfe braucht!)

Ihr Änderungsantrag - das muss ich leider sagen - sieht allerdings nicht danach aus, als ob Sie sich von uns in dieser Frage helfen lassen wollen, von dieser Krankheit wegzukommen. Deswegen müssen wir möglicherweise warten

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis ihr schwarz werdet!)

bis zur Kommunalwahl im kommenden Jahr, um hier noch mal neu nachzudenken. Dass Sie

sogar heute noch einmal diese spinnerte Idee mit der Hochbahn in Ihren Antrag geschrieben haben, lässt nichts Gutes ahnen. Ich befürchte, dass der Beschluss, den wir hier gleich fassen werden, kein guter Tag wird für den Stadtbezirk Nippes und für die Stadtentwicklung in Köln. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Ralph Sterck, wenn wir uns helfen lassen wollten, müssten wir erst einmal wissen, für welche Art des Gürtelausbaus wir uns denn von der FDP helfen lassen sollen. Das ist im Antrag ja gar nicht konkretisiert. Da heißt es: „Der Rat der Stadt Köln fordert, den Gürtelausbau mangels Finanzierbarkeit ...“ - Welchen Gürtelausbau meinen Sie denn:

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Möglichst sechsspurig!)

den Gürtelausbau der 60er- und 70er-Jahre

(Zuruf von der FDP: Nein!)

mit Riesenauffahrten zur Stadtautobahn, die die Stadt kaputt machen? Wenn Sie den - -

(Zurufe von der FDP: Den des Jahres
2010!)

- Danke. - Also: den des Jahres 2010. Das heißt immerhin: Die FDP hat gelernt. Sie hat sich von der SPD helfen lassen,

(Beifall bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

einen vernünftigen verkehrspolitischen und städtebaulichen Ansatz zu beschließen. Vor drei Jahren haben Sie das noch anders gesehen.

Es gibt keinen Planfeststellungsbeschluss;

(Ralph Sterck [FDP]: Wohl aber den Planfeststellungsbeschluss, der 2010 kurz bevorstand!)

das haben Sie ja gerade selber eingeräumt.

(Ralph Sterck [FDP]: Der kurz
bevorstand!)

Wohl aber gibt es einen Ratsantrag - er hat hier damals eine Mehrheit gefunden -, der die verrückte stadtzerstörerische Planung der 60er- und 70er-Jahre ad acta gelegt hat.

(Beifall bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Und an diesem Ratsbeschluss wollen wir in der Tat festhalten. Wir wollen einen stadtverträglichen Ausbau. Wir wollen auch keine drei Teilbereiche. Der Sinn des Ganzen ist ja nun tatsächlich die Verbindung des Gürtels, und zwar von dort, wo er heute faktisch endet, bis an die Mülheimer Brücke. Wenn das Ganze verkehrspolitisch Sinn machen soll, dann doch nur so, und nicht einfach mal ein bisschen hier und irgendwann später mal ein bisschen dort. Das ist möglicherweise Verkehrspolitik à la FDP,

(Widerspruch von der FDP)

aber nicht die Verkehrspolitik, bei der wir uns helfen lassen müssten.

(Beifall bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern, meine Damen und Herren, Herr Sterck, sage ich Ihnen, ohne jetzt weiter Zeit zu verschwenden: Es lohnt sich, zu bestätigen, was wir vor ziemlich genau drei Jahren hier in diesem Saal beschlossen haben.

Eine kleine Bemerkung in Richtung Verwaltung kann ich mir dennoch nicht verkneifen. An einer Stelle hat Herr Sterck recht: Es darf auch mal ein bisschen schneller vorangehen. Ich weiß aber, dass die Verwaltung auch daran arbeitet, und hoffe, dass wir sehr bald Ergebnisse bekommen. Dann können wir den nächsten Schritt einleiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Kollegin dos Santos! Seit Monaten warten wir darauf, dass es von SPD und Grünen Initiativen respektive Anträge hier im Rat gibt, über die man diskutieren kann. Wenn dann mal einer kommt, dann geht es um eine Personalie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben eben einen Schaukampf abgeliefert und gegen eine Schimäre gekämpft, die es gar nicht gibt. Der Antrag von 2010, der gegen unsere Stimmen und, wie ich glaube, auch gegen die Stimmen der FDP beschlossen wurde, hatte schon damals die Quadratur des Kreises zum Ziel. Man kann eben nicht sagen: Gürtelausbau, ja, aber nur stadtverträglich, also kein oder möglichst wenig Durchgangsverkehr, und gleichzeitig zusagen, die Viertel vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Dann gibt es dort überhaupt keinen Verkehr mehr außer Ziel- und Quellverkehr. Der Gürtel ist nun einmal eine Strecke, die sehr viel Durchgangsverkehr aufnimmt. Er wird gehemmt an einer bestimmten Stelle, nämlich dort, wo es nicht weitergeht. Das war 2010 schon falsch. Die Begründung zu Ihrem Antrag von 2010 war vielleicht der Koalitionsarithmetik geschuldet, nicht aber der Sache. Denn der Ausbau des Gürtels, so wie er im Planfeststellungsantrag formuliert war, ist das, was damals sinnvoll war und was auch heute noch sinnvoll ist.

Bevor Sie jetzt gegen die Dreiteilung polemisieren, sollten Sie noch einmal einen Blick in die Begründung werfen. Dann werden Sie nämlich feststellen, dass es sich hierbei um eine schrittweise Realisierung handelt; denn das Ganze muss ja auch finanziert werden können. Jeder, der sich mit der Situation der hochgelegten Bahnstrecke auskennt, hat damals schon gesagt: Das Niederlegen ist eine irre, vor allem auch eine unbezahlbare Vorstellung. - Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Jetzt kann man aus der Tatsache, dass es innerhalb von drei Jahren nicht möglich war, eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, die aufzeigt, dass das keinen Sinn macht, schließen: Es gibt keine Argumente, dass das im Sinne Ihres Antrags „unmachbar“ oder aber - umgekehrt - machbar ist. Um eine solche relativ einfache Frage zu beantworten, braucht es normalerweise keine drei Jahre.

Ihrem Änderungsantrag entnehme ich, dass Sie über welche Kanäle auch immer gehört haben, dass es unmittelbar nach der Sommerpause eine Lösung geben kann. Wir könnten darauf eingehen und sagen: Okay, dann vertagen wir das jetzt, und wenn sich unmittelbar nach der Sommerpause herausstellt, dass es keinen Sinn macht, die Hochbahn abzubauen und sie tiefzulegen, dann machen wir eben den Gürtelausbau. - Ich denke aber: Wenn wir den Beschluss heute so fassen, wie von der BV vorgeschlagen und wie von der FDP hier eins zu

eins übernommen, dann geben wir der Verwaltung einen Auftrag, auch wenn er noch der Konkretisierung und Ausarbeitung bedarf. Aber da manche Dinge, wie Sie selbst schon gesagt haben, sehr lange dauern, sollte man keine Zeit verlieren und das heute in der Tat beschließen.

Letztes Wort dazu: Herr Sterck hat darauf hingewiesen, was diese drei Jahre gekostet haben. Diese drei Jahre haben aber noch mehr bedeutet, nämlich einen Durchgangsverkehr durch die Viertel und damit drei Jahre Belastung für die Anlieger. Selbst wenn wir das jetzt auf den Weg bringen, wird es noch Jahre dauern, bis dieses Problem wirklich gelöst ist. Diesen Zustand muten Sie den Leuten also dort weiter zu. Ich meine, den sollten wir so schnell wie möglich beenden. Deswegen begrüße ich außerordentlich, dass die Bezirksvertretung diesen Beschluss gefasst und uns damit den Anstoß gegeben hat, das Thema noch mal neu aufzumachen. Vielen Dank auch an die FDP, dass sie das beschleunigt, indem sie diesen Antrag hier heute einbringt. Wir werden dem zustimmen.

Ihr Änderungsantrag ist nichts weiter als ein Versuch, noch ein bisschen Zeit zu schinden, und vor allen Dingen Ihre innerkoalitionären Probleme auf dem Rücken von Anliegern auszutragen. Das wollen wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank an die FDP für diesen Antrag. Damit gibt sie uns Gelegenheit, noch einmal darüber zu sprechen. Im Gegensatz zur FDP wollen wir nach dem Motto verfahren: Nicht kleckern, sondern klotzen.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh! Abbruch?)

Wer sich die Situation vor Ort in Bilderstöckchen anschaut, kann eigentlich nur darüber staunen, wie Menschen jemals auf die Idee kommen konnten, eine derartige Betonwüste mitten in einen Stadtteil zu setzen. Auch die Idee, die Linie 13 mal auf Stelzen, mal in einen Tunnel zu legen, ist geradezu absurd. Wer denkt sich so etwas eigentlich aus? Wer hat dabei auch nur einen Moment an die Menschen, die dort

wohnen, gedacht, und wer an die Kölner Stadtbevölkerung, die jetzt seit Jahrzehnten nicht nur mit einer städtebaulich unerträglichen Situation leben muss, sondern auch viel Geld in die Tunnelsanierung, die Hochbahnsanierung und die Herstellung einer rudimentären Barrierefreiheit investieren muss? Offensichtlich hat niemand daran gedacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb war es längst überfällig, die genauso menschenfeindliche Planung, wie sie ursprünglich in gleicher Philosophie für den Weiterbau des Gürtels in Nippes gedacht war, endgültig aufzugeben. Jetzt haben wir die Chance, eine stadtverträgliche, anwohnerfreundliche und die Situation vor Ort einbeziehende Lösung zu planen und umzusetzen.

Ein Wort an Herrn Möring: Dort gibt es ja keine freie Strecke; rechts und links wohnen auch Leute; dort fließt der Verkehr auch vorbei. Es wäre doch das Sankt-Florians-Prinzip, wenn wir jetzt den Verkehr von der einen Seite wegnehmen und ihn einfach auf die andere Seite schieben würden; denn dort wären ja auch wieder Leute davon betroffen. Das macht die Sache doch nicht besser. Ich finde, Ihr Argument zieht in dieser Sache überhaupt nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Uns sind nicht nur die Fahrbeziehungen von Bilderstöckchen zur Mülheimer Brücke wichtig, sondern genauso die verbindenden Querungen in die angrenzenden Stadtteile, die Zugänglichkeit der Stadtbahnhaltestellen und die gleichberechtigte Berücksichtigung des Fuß- und Radverkehrs an dieser Stelle. Außerdem ist uns wichtig, wie die Flächen entlang der neuen Straße eingebettet werden. Denn einfach ein Stück Straße dort hinzuknallen, wo jetzt nichts ist, damit ist es nicht getan.

(Karsten Möring [CDU]: Wer redet denn davon?)

Deshalb ist der FDP-Antrag auch kontraproduktiv.

Die Machbarkeitsstudie, die sich mit der Problemstellung befassen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen soll, ist zurzeit in Arbeit und soll demnächst vorgelegt werden. Danach werden wir entscheiden, wie die Zukunft des Nippeser Gürtels aussehen wird. Das geht aber nicht im Hauruckverfahren; denn wir sind es uns schuldig, gerade auch nach den

städtebaulichen Sünden der Vergangenheit, mit Augenmaß an die Sache heranzugehen und Qualität zu liefern. Auch wollen wir die Kompetenz der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger in die Planungen mit einbeziehen, um eine möglichst hohe Akzeptanz der neuen Situation herzustellen.

Deshalb ist die Verwaltung jetzt auch dringend aufgefordert, endlich den Beschluss der Bezirksvertretung Nippes für eine Aufwertung der Flächen unter der Hochbahn umzusetzen. Dabei geht es vor allem um eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und um die Herstellung von Wegebeziehungen für den Rad- und Fußverkehr. Dass diese Ödnis mitten in der Stadt angesichts der Flächenknappheit nicht sinnvoll genutzt wird, ist schon an sich skandalös. Hier hätte schon längst etwas passieren müssen. Es ist sehr ärgerlich, dass sich seit dem Ratsbeschluss vor drei Jahren, der diesen Punkt auch explizit aufführt, nicht viel getan hat. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, dass wir durch eine erneute Bekräftigung, wie wir es hier jetzt mit dem von uns vorgelegten Antrag tun, zeitnah Ergebnisse bekommen. - Danke schön.

(Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Redner der CDU hat eben gesagt, dass es hier im Rat oft an Sachthemen mangle, zu denen von den Parteien Anträge eingebracht werden. Nun habe man eines gesucht und scheinbar auch gefunden. - Das stimmt allerdings nicht; denn aktuell ist dieses Thema ja tatsächlich nicht. Wir warten aufgrund unseres Ratsbeschlusses, der hier schon mehrfach zitiert worden ist, auf die Machbarkeitsstudie, um dann wirklich zu sehen: Was bringt ein Ausbau, der in den 60er-Jahren angedacht worden ist, an einer Stelle, wo in der Zwischenzeit Stadtentwicklung stattgefunden hat?

Ich habe mir erlaubt, die Strecke abzugehen, und festgestellt, dass trotz der Überlegungen, die Sie in den 60er-Jahren hatten, dort doch im Nachhinein Wohnbebauung stattgefunden hat und diese an die Trasse, die jetzt beabsichtigt ist, sozusagen herangebaut wurde. Hätte die Stadt kontinuierlich den Gedanken verfolgt, den Gürtel dort vierspurig auszubauen, hätte man nicht

nachträglich eine Wohnbebauung zulassen dürfen. Das war vollkommen falsch.

Das, was der Antragsteller hier jetzt vorschlägt, nämlich einen Teilbereich zwischen der Merheimer Straße über die Neusser Straße bis zum Niehler Kirchweg auszubauen, erscheint machbar. Es wäre natürlich sinnvoll, von der Verwaltung zu hören: Was bringt uns das in Bezug auf die Verkehre, die dort stattfinden? Ist der Verkehr dann tatsächlich flüssiger? Kann damit die Anzahl von Staus reduziert werden? Kann damit der Verkehr in Weidenpesch, zum Beispiel in der Bergstraße, reduziert werden?

Danach wird es allerdings schwierig. Denn zwischen dem Niehler Kirchweg und der Niehler Straße wurde ein neues Wohngebiet erschlossen. Dann folgt eine Grünanlage, die stark frequentiert ist und von der Bevölkerung angenommen wird. Da müssen Sie knallhart sagen: Wollen Sie diese Lebensqualität opfern? Steht das in einem sinnvollen Zusammenhang mit moderner Verkehrspolitik? Dann müssen Sie uns auch die Frage erläutern: Was machen Sie mit der Amsterdamer Straße? Wie kommen Sie rüber zur Slabystraße bzw. zur Mülheimer Brücke? Auch dort gibt es einige interessante Bauten, zum Beispiel das Bundesverwaltungsamt. Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, dort eine Trasse entlang zu ziehen? Wir reden ja immer davon: Da fährt die Linie 13, daneben müssen noch vier Spuren angefügt werden. All das zeigt Ihr Antrag hier nicht auf. Aus Sicht unserer Fraktion wäre all dies jedoch hochinteressant.

Wenn aufgrund unseres Ratsbeschlusses von 2010 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden ist, sollten wir abwarten, was dabei herauskommt. Wir sehen es aber durchaus als sinnvoll an, dem Ursprungsantrag zuzustimmen. Ein Ausbau bis zum Niehler Kirchweg ist unter normalen Gesichtspunkten sinnvoll. Von daher werden wir dem zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag zeigt die FDP aufs Neue, dass sie immer noch an die Auto-Ideologie der 70er-Jahre glaubt. Zu Recht

weist die FDP darauf hin, dass die CDU und die SPD in Nippes das auch tun.

Die FDP argumentiert in ihrem Antrag mit der Entlastung der Mauenheimerinnen und Mauenheimer; das ist ein Stück weit nachvollziehbar. Die FDP verschweigt aber, dass durch den Gürtelausbau andere Leute belastet würden. Sie verschweigt auch, dass erhebliche Eingriffe ins Nippeser Tälchen vorgenommen werden müssten. Ebenso wird verschwiegen, dass in den letzten Jahren viele Neubauten entlang der freigehaltenen Trasse entstanden sind, sowohl im ersten Abschnitt als auch in den weiteren Abschnitten östlich und westlich der Niehler Straße.

Der Bau neuer Autostraßen innerhalb der Stadt ist falsch. Wenn sich die FDP um die von Autos geplagten Bürgerinnen und Bürger in dem Gebiet um die freigehaltene Gürteltrasse tatsächlich kümmern möchte, hätte sie ein großes Betätigungsfeld. Beispielsweise könnte sie sich dafür einsetzen, den Gürtel ab Geldernstraße/Parkgürtel rückzubauen. Dann könnten Sie nämlich den Kreuzungsbereich Mauenheimer Gürtel/Merheimer Straße/Eckewarthstraße in eine stadtverträgliche Kreuzung umbauen.

Wenn Sie sich näher mit der Materie Rückbau von Autostraßen zugunsten von Anwohnerinnen und Anwohnern beschäftigen wollen, können Sie sich in diesem Gebiet richtig austoben. Da gibt es eine Menge zu tun, sei es in der Merheimer Straße, der Bergstraße, der Friedrich-Karl-Straße oder der Niehler Straße. Viele Tausend Leute wären dankbar, wenn dort endlich mit einem Rückbau begonnen würde. Aber darum geht es Ihnen nicht. Sie wollen mit Ihrem Antrag eine ideologische Duftmarke setzen: wenige entlasten und dafür viele neu belasten. Das geht nicht. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Änderungsantrag von Rot-Grün ist etwas differenzierter. Ziel dieses Antrags ist aber ebenfalls der Bau einer neuen Autostraße. Die Formulierung „stadtverträglicher Raum“ hört sich sehr dehnbar an. Auch hinter diesem Antrag steckt die Auffassung, man könne mit innerstädtischen Autostraßen die Verkehrsprobleme lösen. Die Linke weiß, dass das nicht möglich ist.

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, der VCD führt am 4. August eine Radtour auf dem Gürtel durch. Bei dieser Radtour handelt es sich nicht um einen

unpolitischen Sonntagsausflug. Vielmehr soll geprüft werden, ob der Gürtel nicht zu einer Radschnellverbindung von Ehrenfeld nach Mülheim ausgebaut werden kann. Sie sollten zuerst mal mitfahren und dann noch einmal über Ihren Antrag nachdenken.

(Beifall bei der Linken, sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Meine Damen und Herren, es ist richtig, zu überprüfen, ob die Verlegung der Linie 13 auf den Erdboden günstiger ist als die Sanierung der Betonstelen; darüber muss man nachdenken. Die Verlegung der Linie 13 auf den Boden scheint aber relativ unrealistisch. Eine Verlegung während des Betriebs der Linie 13 wird kaum möglich sein. Derzeit werden am Bahnhof Neusser Straße/Gürtel und anderen Haltestellen entlang des Gürtels Aufzüge gebaut. Dafür haben sich viele Leute extrem engagiert. Ich glaube, es wird zu einem großen Vermittlungsproblem führen, wenn man jetzt die Aufzüge baut und später die Linie 13 herunterholt.

(Beifall bei der Linken.)

Es gibt aber noch ein weiteres wichtiges Argument. Auf Stelzen ist die Linie 13 sehr schnell. Verlegt man die Linie 13 nach unten, wird sie einen erheblichen Vorteil gegenüber anderen Verkehrsträgern verlieren. Es ist zu befürchten, dass eine Reihe von Leuten, die jetzt noch mit der Linie 13 fahren, wieder aufs Auto umsteigen werden, wenn die Bahn von Neusser Straße/Gürtel bis Mülheim drei bis vier Minuten länger braucht. Das kann doch nicht im Sinne der Antragsteller sein.

In der Summe ist festzuhalten, dass die beiden aktuell vorliegenden Anträge derzeit überhaupt nicht zustimmungsfähig sind. Ich appelliere noch einmal insbesondere an SPD und Grüne: Fahren Sie am 4. August mit dem VCD und lassen Sie uns darüber diskutieren, ob man einen Radschnellweg daraus machen kann. Damit wäre allen geholfen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken, sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat jetzt noch Frau Kirchmeyer das Wort.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kollegen! Ich bin schon etwas überrascht ob der Aussagen, die hier getätigt wurden. Ich glaube, es will keiner mehr eine autobahnähnliche Straße dort haben. Die Andeutungen, die in diese Richtung zielten, sind völlig aus der Luft gegriffen.

Zum Punkt „Abriss der Hochbahn“, der im Antrag von SPD und Grünen enthalten ist: Dazu möchte ich auf den Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des Verkehrsausschusses verweisen. Unter Vorlagennummer AN/1301/2010 sind die drei Punkte des Beschlusses, der 2010 hier im Rat gefasst worden ist, aufgeführt und der aktuelle Sachstand festgehalten. Die Verwaltung stellt dazu fest:

Als kurzfristige Maßnahme wurden folgende Punkte bereits umgesetzt:

Es folgen zwei Punkte, die aber hier nicht relevant sind. Im letzten Absatz heißt es dann:

Die Prüfung der Hochbahn ergab, dass der Sanierungsaufwand deutlich geringer ist als ursprünglich angenommen. Ein Abriss und ebenerdiger Neubau der Stadtbahn erscheinen somit unter wirtschaftlichen Aspekten nicht vertretbar.

Also: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Dieser Punkt ist erledigt. Deshalb brauchen wir ihn auch nicht mehr zu beschließen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zur Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Wer für diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen. Wer enthält sich? -

(Unruhe)

- Dafür waren die Fraktionen der SPD und der Grünen sowie der Oberbürgermeister. Damit ist dieser Ersetzungsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Tag des Grundgesetzes am 23. Mai an Kölnen Schulen“ AN/0644/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im nächsten Jahr feiert unser Grundgesetz sein 65-jähriges Jubiläum. Dies wäre eine gute Gelegenheit, künftig jedes Jahr am 23. Mai einen Tag des Grundgesetzes an den Schulen unserer Stadt durchzuführen. In allen Ländern der freien Welt gibt es Thementage zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung, insbesondere an Schulen, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Verfassung des Landes intellektuell auseinanderzusetzen. Dabei ist hervorzuheben, welche Vorzüge die freiheitlich-demokratische Grundordnung eines säkularen Staates hat und dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, sondern geschichtlich über Jahrhunderte erkämpft werden musste.

Deutschland hat in Sachen freiheitlich-demokratische Grundordnung eine sehr bewegte Vergangenheit. Mit dem aufgeklärten Absolutismus im 18. Jahrhundert entwickelte sich in deutschen Fürstentümern und Königreichen die größte Konzentration an Freidenkern im damaligen Europa. Voltaire, Goethe, Schiller, Kant, Fichte, Hegel oder Arndt sind nur eine kleine Auswahl der herausragenden Köpfe der damaligen Zeit.

Nach dem Ende der Napoleonischen Kriege und der Besetzung Europas durch Frankreich gab es in den deutschen Königreichen wieder Bestrebungen nach mehr Freiheit und Demokratie. Die Restauration, also die Bewahrung der alten Machtverhältnisse, hatte zu Einschränkungen der Freiheit geführt. Mit dem Vormärz und der bürgerlichen Revolution gab es Bestrebungen, diese Einschränkungen wieder rückgängig zu machen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Freie Rede!)

Damals sind die Verfechter für Meinungsfreiheit und Demokratie verfolgt und ist die Revolution blutig niedergeschlagen worden. Erst 1918 kam die erfolgreiche Revolution und die Deutschen zur Demokratie. Diese hielt allerdings keine zwei Jahrzehnte an, als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, die Demokratie aushebelten und ihre Diktatur errichteten. Nach dieser blutigen Zeit erhielt ein Teil der Deutschen 1949 mit dem

Grundgesetz seine Freiheit immerhin wieder zurück.

Der Grund für das Scheitern der Weimarer Republik 1933 war auf der einen Seite die fehlende Bindung der Deutschen an die Demokratie und auf der anderen Seite die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Mit der Euro- und Finanzkrise und der daraus resultierenden Staatsschuldenkrise bewegen sich Deutschland und Europa langsam, aber sicher wieder auf ähnliche Probleme zu.

Auch wenn das Grundgesetz sich seit über 60 Jahren bewährt hat, bedeutet das nicht, dass die Menschen nicht wieder von totalitären Ideologien verführt werden könnten. Wir müssen aktiv dafür kämpfen, dass Freiheit und Demokratie in Deutschland bestehen bleiben. Darum müssen wir unserer Jugend die Vorzüge des Grundgesetzes aufzeigen. Wir sehen in anderen Ländern, was passieren kann, wenn die Jugend vernachlässigt wird. In Frankreich, Spanien oder Griechenland ist die Situation der Jugend so dramatisch, dass diese auf die Straße geht, um für ihr Anliegen — leider auch gewaltsam — zu demonstrieren. Noch ist Deutschland von solchen Zuständen verschont geblieben und ein Stück weit entfernt. Allerdings kann niemand sagen, dass diese Situation so bleiben wird.

Wir leben in Zeiten großer Politikverdrossenheit. Das Volk fühlt sich von den Altparteien häufig nicht mehr wirklich vertreten. Anders ist die dramatisch niedrige Wahlbeteiligung nicht zu erklären. Während in vielen anderen Ländern Europas die Wahlbeteiligung zunimmt, nimmt sie in Deutschland dramatisch ab. Das liegt unter anderem daran, dass die Politik die Verbindung zum Volk verloren hat.

(Beifall bei pro Köln)

Nicht nur bestimmte Zuwanderergruppen leben in Parallelgesellschaften, auch ein großer Teil der Politik lebt mittlerweile in einer solchen. Da ist es verständlich, wenn das Volk auf Distanz geht. Dieser Entwicklung müssen wir offensiv entgegentreten. Die Wähler müssen wieder in den politischen Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Je früher wir bei den Menschen in Deutschland damit anfangen, umso besser. Damit die Menschen sich wieder für Politik interessieren, müssen wir ihnen die Vorzüge unseres Systems näher bringen, und dies fängt eben mit dem Grundgesetz an.

Viele Menschen in unserem Land haben vergessen, welche Bedeutung das Grundgesetz für sie hat. Dies sind Verfehlungen der Politik der letzten Jahrzehnte. Das Ziel der Politik muss es sein, das Volk wieder aktiv mit einzubinden und ihm die Werte des Grundgesetzes neu zu vermitteln. Demokratie, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Schutz der Familie sind Dinge, die die etablierte Politik häufig vernachlässigt hat. Vielleicht wäre der Tag des Grundgesetzes auch für die Politiker der Altparteien eine gute Gelegenheit, sich mit unserem Wertekanon wieder einmal etwas näher zu beschäftigen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Frau Dr. Klein mit einer Anmerkung.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier gibt es keine Zuständigkeit des Schulträgers Stadt Köln; denn es geht um den Lehr- und Stundenplan, und dieser fällt ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung und des Landes. Insofern kann der Rat darüber gar nicht beschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister!)

Herr Uckermann, bitte vom Platz aus.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Über manche Antworten hier kann man sich nur sehr wundern. Ihnen ist doch vollkommen klar, dass in den letzten Jahren gerade auch im Zusammenhang mit dem Ausbau im Bereich Ganztagschule eine Verschmelzung von Schulamt für die Stadt Köln und den Jugendhilfeträgern, also dem Jugendamt, stattgefunden hat. Dann muss es doch auch möglich sein, an den Schulen ein entsprechendes Projekt zu starten, wie es von Frau Wolter eben erklärt worden ist. Selbstverständlich haben wir als Kommune die

Möglichkeit, im Rahmen einer offenen Ganztagschule bzw. einer offenen Ganztagsbetreuung für unsere Verfassung und deren intellektuelle Grundlagen zu werben.

Frau Dr. Klein, ich werde das im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss noch einmal vorbringen. Ich hoffe, Sie ändern Ihre Meinung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Mehrgenerationen-Projekte fördern“ AN/0721/2013

**Stellungnahme der Verwaltung vom 18.06.2013
1938/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Menschen werden immer älter, und das ist gut so. Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst. 2030 sind fast ein Viertel der Kölnerinnen und Kölner 60 Jahre und älter. Die Gesundheitsministerin von Nordrhein-Westfalen, Frau Steffens, will mit dem Masterplan „Altersgerechte Quartiere“ auf diese Entwicklung reagieren und stellt dafür 5 Millionen Euro zur Verfügung. Das hat die *Kölnische Rundschau* letzten Freitag berichtet.

Oft sind Seniorinnen und Senioren auch im fortgeschrittenen Alter geistig und körperlich fit. Der Umzug in ein Altenheim fällt vielen schwer. Laut einer Studie der Stadt Köln wollen nur 1,6 Prozent der Menschen ihren Lebensabend in einem klassischen Altenheim verbringen. Der Einzug in ein Altenheim wird meist so lange hinausgezögert, bis die Pflegebedürftigkeit eingetreten ist. Aber auch bevor eine Seniorin oder ein Senior pflegebedürftig ist, bestehen

altersspezifische Bedürfnisse bei Menschen im fortgeschrittenen Alter.

Die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft verlangt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch von Selbstständigen eine hohe zeitliche und örtliche Flexibilität. Dieser Umstand führt dazu, dass Kinder und Enkel oft in anderen Städten oder gar Ländern wohnen und sich nicht kümmern können. Durch die Individualisierung der Gesellschaft leben auch immer mehr ältere Menschen alleine. Die Gesellschaft muss auf dieses Phänomen reagieren. Die Politik muss diesen Gesichtspunkt des demografischen Wandels aufgreifen, Modelle entwickeln und deren Umsetzung mit Nachdruck verfolgen.

Es ist die Aufgabe der Stadtgesellschaft, Bedingungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der älteren Generation gerecht werden. Das Mehrgenerationenwohnen kann für ältere Menschen eine gute Lebensqualität gewährleisten. Das Mehrgenerationenwohnen kann Ältere vor Vereinsamung schützen und gleichzeitig Rückzugsmöglichkeiten zur Wahrung der Privatsphäre bieten. Junge Familien können von der Lebenserfahrung der Älteren profitieren. Es kann auch praktische gegenseitige Hilfe geleistet werden.

Umfragen haben ergeben, dass 5 Prozent der über 60-jährigen Kölnerinnen und Kölner gerne in einer altersgemischten Wohnform leben möchten. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass in 2030 der Bedarf an Wohneinheiten für Seniorinnen und Senioren in Mehrgenerationenhäusern bei 1 250 Plätzen liegt. Um den tatsächlichen Anspruch von Mehrgenerationenwohnen zu erfüllen, nämlich dass Ältere und Jüngere gemeinsam in einem Haus oder in einer Siedlung leben können, muss das Angebot natürlich viel größer sein. Es muss mindestens mit dem Faktor zwei, optimalerweise sogar mit dem Faktor drei multipliziert werden, damit eine Durchmischung der Generationen funktionieren kann. Nur wenn die Politik eine hohe Priorität auf dem Gebiet setzt, kann diese Herausforderung gemeistert werden.

Tatsächlich gibt es derzeit circa 200 Wohneinheiten in Mehrgenerationenhäusern in Köln. Bei diesen Projekten haben die Stadt und die GAG mitgewirkt. Um den künftigen Bedarf an Mehrgenerationenwohnen decken zu können, müssen städtische und private Initiativen gefördert werden. Wir möchten, dass die Anstrengungen beim Mehrgenerationenwohnen verstärkt werden.

Die Verwaltung teilt zu unserem Antrag heute mit, dass verschiedene, noch zu realisierende Projekte bei der Verwaltung registriert sind. Wir bitten die Verwaltung, diese Projekte nach Kräften zu unterstützen. Je nach Charakter des Projektes muss die Stadt mehr tun, vielleicht auch mit Unterstützung der GAG. Es gibt auch Projekte, die nur etwas Unterstützung von der Stadt brauchen, alles Übrige aber lieber in Eigenregie machen. Das muss man sich individuell genau anschauen. Die Interessenten und Investoren sollen von der Stadt aktiv aufgesucht, beraten und unterstützt werden. Es soll ermittelt werden, wo geeignete Standorte für diese Wohnform sind. Grund und Boden muss zur Verfügung gestellt werden.

Leider ist in jüngster Vergangenheit ein Projekt zum Mehrgenerationenwohnen in Kalk zunächst gescheitert. In der alten Polizeiwache in Kalk wird es kein Mehrgenerationenwohnen geben, obwohl es für das Gebäude schon sehr aussagekräftige und ausgereifte Planungen gibt. In der Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag wird das Scheitern des Projekts „futur 3“ - so lautet der Projekttitle - zwar bestätigt, die Verwaltung macht aber leider keinen konkreten Vorschlag, wie das Projekt an anderer Stelle verwirklicht werden kann. Wir möchten die Verwaltung bitten, mit den Projektträgern zu sprechen und nach einem anderen Standort in Kalk oder in der Umgebung zu suchen. Die Stadt muss hier dringend tätig werden und mit den Akteuren vor Ort einen adäquaten Ersatzstandort in Kalk finden oder ihnen zumindest Hilfestellung gewähren.

Mich würde interessieren, ob die Verwaltung etwas dazu sagen kann, inwiefern sie sich in der Lage sieht, solche Projekte zu unterstützen und insbesondere beim Projekt „futur 3“ in Kalk noch einmal tätig zu werden. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe direkt weiter an Frau Reker. Sie wurde ja von Herrn Weisenstein angesprochen.

Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ziel der Verwaltung ist nach wie vor, dass in jedem Stadtbezirk ein Generationenwohnprojekt entsteht. Davon sind wir - das gebe ich zu - noch weit entfernt. Aber wir stellen uns immer wieder die Frage: Welche

Hilfestellung können wir denjenigen, die das selber in die Hand nehmen wollen - um ein solches Projekt handelt es sich ja hier -, geben? Ich muss Ihnen sagen: Unsere personellen Ressourcen und die Freiwilligkeit dieser Aufgabe - so muss man das einfach bezeichnen - hindern uns daran, hierfür viel Personal einzusetzen und das zu unterstützen. Wir können aber sicherstellen, dass für ein solches Projekt und bei anderen interessierten Gruppen eine Erstberatung im Wohnungsamt stattfindet. Diese Erstberatung wird nicht beinhalten, Grundstücke oder Objekte zu identifizieren. Sie kann aber darüber informieren, wie man zu diesen Informationen kommt. Es ist ja unser tägliches Geschäft, Grundstücke und Objekte zu identifizieren. Dieses Wissen geben wir auch gerne an interessierte Gruppen weiter.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Frau Reker, vielen Dank für die positiven Worte. Wir würden unter diesen Bedingungen unseren Antrag jetzt erst einmal zurückziehen, werden aber an dem Thema auf jeden Fall dranbleiben; denn von dem Ziel, das wir uns als Rat gesetzt haben, nämlich in jedem Stadtbezirk ein solches Projekt zu entwickeln, sind wir, wie Sie selbst zugegeben haben, noch weit entfernt. Daran müssen wir noch weiter arbeiten. Ich glaube, hier haben wir ein neues Projekt, auf deren Akteure man zugehen muss. Wenn die Verwaltung das macht, ist das ein erster Schritt. Insoweit sind wir zunächst einmal zufrieden. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Damit haben sich die weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema, die ich schon gesehen hatte, erledigt. Der Antrag wurde zurückgezogen. Damit entfällt die weitere Diskussion.

(Zurufe: Oh!)

- Ja, so ist es.

Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Freiraum Kolbhalle“ AN/0742/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0788/2013

Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/0789/2013

Ich gebe das Wort an Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Auf der Tribüne begrüßen möchte ich die Vertreter der Kolbhalle, sofern sie denn Platzkarten vom Sitzungsdienst erhalten haben. In der Präambel einer ersten Vereinbarung vor dem eigentlichen Mietvertrag zwischen der Stadt Köln und den Bewohnern einer Freifläche an der Ehrenfelder Marienstraße hieß es 1989 - ich zitiere wörtlich -:

Ziel des Vertrages ist es, den derzeitigen Bewohnern der Freifläche zwischen Marienstraße, der Bebauung Lessingstraße, der Thielenstraße und der Bebauung Leyendeckerstraße dauerhaft ein Grundstück zum Leben und Arbeiten zur Verfügung zu stellen.

Das Gelände der ehemaligen Kolbfabrik wurde diesen Bewohnern als Ersatzgelände für ihren ehemaligen Standort an der Marienstraße angeboten. In den mündlichen Verhandlungen im Vorfeld mit der Stadt, der damaligen LEG und den Bewohnern war von einer Mietzeit von rund 30 Jahren die Rede. Die LEG äußerte damals allerdings, dass sie aus rechtlichen Gründen keine Verträge mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren abschließen könnte. Die Bewohner hatten keine Wahl und ließen sich darauf ein. Längerfristige Zusagen wurden leider nicht schriftlich dokumentiert.

Aber nicht nur das Wörtchen „dauerhaft“ in der Präambel deutet auf ein längerfristig angedachtes Vertragsverhältnis hin. Später erhielten die Bewohner rund 180 000 DM von der Stadt Köln; Zweck: Ausbau ihrer Wohnungen.

(Ulrich Breite [FDP]: Toll!)

Das Vertragsverhältnis endete 1999 und wurde nicht verlängert. Doch bis Ende 2012 gewannen die Bewohner aufgrund der Vertragslage nahezu alle Prozesse. Erst ein neues Urteil des Amtsgerichts vom vergangenen Jahr deutete den Vertrag nun als Gewerbemietvertrag. Diese

Umdeutung vom Wohn- hin zum Gewerbemietvertrag sieht das Liegenschaftsamt nun als Chance, die lästigen Bewohner endlich loszuwerden. - Dies als Vorgeschichte zur Presseerklärung der Grünen, in der es heißt, die Bewohner wären wortbrüchige Zwischennutzer. Wer hier welches Vertrauen gebrochen hat, lasse ich an dieser Stelle mal unbeantwortet.

Es stimmt, dass die Bewohner in den vergangenen Jahren keine Miete mehr bezahlt haben.

(Ulrich Breite [FDP]: Hör! Hör!)

Doch dafür gibt es auch Gründe. Zum einen gibt der bauliche Zustand des Gebäudes den Bewohnern seit Jahren das Recht, die Miete zu mindern. Es gibt sogar Gerichtsurteile, die die Stadt Köln verpflichteten, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen und - das ist nur ein Beispiel - eine Sprinkleranlage einzubauen. Geschehen ist vonseiten der Stadt Köln nichts.

Zum anderen gab es bereits Anfang 2000 einen massiven Räumungsversuch durch die Stadt Köln. Mit schwerem Räumgerät wurden Teile des Geländes und die sie umgebende Mauer zerstört. Auch hier verlor die Stadt und wurde zu Schadensersatz verpflichtet. In einer Zug-um-Zug-Vereinbarung wurden die Bewohner aufgefordert, wieder Miete zu zahlen. Die Stadt hingegen kam ihren Verpflichtungen nicht nach.

Dass die Bewohner nach Jahren zermürender Rechtsstreitigkeiten und immer neuen Räumungsversuchen durch die Stadt schließlich keine Miete mehr zahlten, ist vielleicht ein Fehler gewesen, aber, wie ich meine, menschlich verständlich.

Trotz dieser Konfrontation mit dem Liegenschaftsamt haben die Bewohner nun die Zahlung der geminderten Miete wieder aufgenommen, ganz einfach als Geste verbunden mit der Hoffnung, dass beide Seiten vielleicht wieder aufeinander zugehen können. 5 000 Euro Miete zahlt die Stadt Köln an die LEG-Nachfolgerin NRW.Urban.

(Ulrich Breite [FDP]: Pro Monat!)

- Pro Monat. - Die Bewohner zahlten bis vor kurzem nichts.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber verdienten Geld damit!)

Dass dies für die Stadt Köln eine hohe finanzielle Belastung darstellt, ist unstrittig und wird selbst von den Bewohnern so gesehen. Doch in der Öffentlichkeit wird immer nur über die Mietpreller aus der Helmholtzstraße gesprochen. Darüber, dass die NRW.Urban in Düsseldorf auch ganz gern die Hand aufhält und sich ihre marode Immobilie von der Stadt Köln teuer bezahlen lässt, spricht offen kaum jemand.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Dabei könnten die finanziellen Probleme in einer Verhandlungsrunde zwischen den drei Beteiligten eventuell leicht gelöst werden. Nur ein —zugegeben vages — Rechenbeispiel: Die 100-prozentige Landestochter NRW.Urban geht auf 4 000 Euro Miete pro Monat herunter. Die Bewohner waren in Vorgesprächen bereit, bei einem langfristigen Wohnmietvertrag bis zu 3 000 Euro Miete zu zahlen. Das Delta läge dann nur noch bei 1 000 Euro für die Stadt Köln, ein geringer Betrag, der diesen kulturellen Freiraum allemal wert ist.

Doch Verhandlungen verweigert das Liegenschaftsamt schon seit Jahren. Dass nun allem Anschein nach auch Rot-Grün diese Verhandlungen verweigert, enttäuscht mich sehr. Es geht in unserem Antrag, wie gesagt, nicht darum, den für beide Seiten unbefriedigenden Zustand fortzusetzen. Es geht darum, den Bewohnern eine Chance zu geben und diesen einzigartigen kulturellen Freiraum zu erhalten. Darum bitte ich Sie, jeden Einzelnen hier im Saal um Ihre Stimme. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken. sowie von Niklas Kienitz [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Böllinger.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Waren Sie eigentlich 1989 schon Kämmerer, Herr Böllinger?)

Werner Böllinger (SPD): 1989? Nein. 1996, November 1996. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Eines möchte ich vorwegschicken: Wir werden dem Antrag von Deine Freunde nicht zustimmen. Wir sind anderer Auffassung und können auch der Argumentation von Herrn Zimmermann hier nicht folgen. Wir haben ein anderes Verständnis von dem, was rechtsstaatliche Grundlagen sind.

(Beifall bei der FDP)

Unbeschadet dessen, dass ein Verein, der über Jahre hinweg zulasten der Allgemeinheit seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist - meiner Meinung nach hat er sich damit selbst die Grundlage für Verhandlungen entzogen -, ist im vorliegenden Fall die Rechtslage eindeutig: Die Stadt Köln ist nicht Grundstückseigentümerin. Der

Grundstückseigentümer ist NRW.Urban, und er hat den Mietvertrag bereits mit Ablauf des Jahres 1999 gekündigt und die geräumte Rückgabe des Geländes gefordert. NRW.Urban hat dies im Übrigen in einer Presseerklärung vom 3. Juni 2013 noch einmal so bestätigt.

Leider musste die Stadt wegen der Weigerung des Vereins, das Gelände zu räumen, seit 1999 Nutzungsentschädigungen von inzwischen rund 900 000 Euro leisten - ein beachtlicher Betrag, der an anderer Stelle des Haushalts für wichtige kommunale Aufgaben fehlt. Dies ist unerfreulich und nicht länger hinnehmbar, zumal die Nutzer der Kolbhalle bereits vor sieben Jahren jegliche Mietzahlungen an die Stadt eingestellt haben. Daher sehen wir auch keine Veranlassung, die Vollstreckung der vorliegenden Räumungstitel auszusetzen. Die Stadt ist verpflichtet, das Kolbgelände geräumt an NRW.Urban zurückzugeben. Nur so kann verhindert werden, dass weitere Belastungen von der Stadt getragen werden müssen, was ihren ohnehin schon engen haushaltspolitischen Spielraum weiter einschränken würde.

Insoweit hat mich in dem Zusammenhang der Zusatz- und Änderungsantrag der CDU-Fraktion irritiert. Bisher habe ich bei der CDU-Fraktion eher einen stringenten Umgang mit solchen Grundstücksinanspruchnahmen festgestellt. Jetzt begrüßen Sie trotz der eindeutigen Rechtslage die Suche nach einer einvernehmlichen Lösung mit den bisherigen Nutzern. Hat sich etwa auch Ihre Haltung zum Autonomen Zentrum in Kalk geändert?

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dennoch: Als Stadt müssen wir daran interessiert sein, dass das Gelände nunmehr schnell einer sinnvollen Nutzung zugeführt wird. Daher sollten zeitnah Gespräche mit NRW.Urban als Grundstückseigentümer geführt werden. Insbesondere sollte dabei thematisiert werden, inwieweit eine Mischnutzung von Wohnen und Gewerbe denkbar ist; denn auch in Ehrenfeld besteht ein hoher Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Hier bietet das vom Rat

beschlossene kooperative Baulandmodell einen Ansatz, dass auf dem Kolbgelände auch ein relevanter Anteil an öffentlich geförderten Wohnungen entstehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Unstreitig ist auch der große Bedarf an Gewerbeflächen für die Kreativwirtschaft und für sonstige kulturelle Nutzungen. Wir sind daher fest davon überzeugt, dass für das Kolbgelände eine Nutzung gefunden werden kann, die den verschiedenen Interessen gerecht wird. Ich bitte Sie, dem Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Böllinger. - Wir kommen dann zu Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Genau das, was Herr Böllinger gerade gefordert hat, verlangen wir von Ihnen, nicht zu tun. Wir wünschen uns, dass der Antrag von Deine Freunde, so wie er gestellt worden ist, hier eine Mehrheit findet, und zwar mit unserem Änderungsantrag. Unser Änderungsantrag deswegen, weil im Falle, dass die Gespräche, wie im Antrag von Deine Freunde vorgeschlagen, nicht zielführend zu einem Ende gebracht werden, die Stadt natürlich handlungsfähig sein muss. Dann ist es sinnvoll, so zu verfahren, wie wir es in unserem Änderungsantrag begründet haben.

Klar ist, dass der Antrag von Deine Freunde in keiner Art und Weise in die rechtliche Situation eines Besitzers oder Vermieters eingreift. Es werden hier Gespräche vorgeschlagen, die mit dem Kreativprojekt Kolbhalle und mit NRW.Urban geführt werden sollen, um zu versuchen, genau dieses Kulturprojekt Kolbhalle, was seit 25 Jahren in Ehrenfeld existiert, am Leben zu erhalten. Dieses Kulturprojekt ist ebenso wie verschiedene andere Projekte hier in der Stadt besonders und letztendlich auch für den Stadtbezirk Ehrenfeld bedeutsam.

Es kann nicht sein, dass wir an allen Stellen, wo solche Kreativbereiche entstehen, die Zwischennutzung damit beenden, indem wir Tabula rasa machen. Es kann auch nicht sein,

dass wir zu Beginn dieser Zwischennutzungen Geld in die Hand nehmen, um diese Zwischennutzungen zu ermöglichen, dann aber diese Investitionen über Jahre hinweg vergammeln und verkommen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Das Kulturprojekt Kolbhalle braucht man an dieser Stelle überhaupt nicht zu bewerten. Der Antrag von Deine Freunde ist zielführend. Er möchte diesem Projekt eine Möglichkeit geben, weiter zu existieren. Unangebracht ist auch, die Leute der Kolbhalle in der Helmholtzstraße mit anderen Projekten in der Stadt zu vergleichen, weil diese rechtlich eine komplett andere Grundlage haben. Herr Böllinger, der Querverweis nach Kalk ist überhaupt nicht zielführend an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Klar ist auch: Wenn Sie die Leute, die Künstler auffordern, die Kolbhalle herauszugeben - und das haben Sie vor laut Ihrem Beschlusstext - und gleichzeitig in Ihrer Begründung den Kreativräumen in Ehrenfeld das Wort reden, dann ist das - das muss ich Ihnen sagen, liebe Damen und Herren von der rot-grünen Koalition - echt zynisch. Da oben sitzen die Leute. Sie haben 25 Jahre ihres Lebens in dieses Kulturprojekt gesteckt. Die wollen Sie vertreiben, um dann irgendwelche anderen Kreativräume in Ehrenfeld anzusiedeln. Das zeigt, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der CDU und der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Herr Elster, offenbar tobt in Ihrer Fraktion der Kampf zweier Linien; denn die Meinung Ihrer Vertreter im AVR und im Liegenschaftsausschuss habe ich anders im Ohr. Sie haben zu dieser Frage ganz anders Stellung genommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass Sie ziemlich viel durcheinanderwerfen. Wenn schon der Vergleich mit dem Autonomen Zentrum in Kalk erlaubt ist,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der ist nicht erlaubt!)

dann möchte ich Ihnen Folgendes dazu sagen: Diese Leute haben einen geltenden Nutzervertrag, und sie betreiben dort eine nichtkommerzielle Nutzung, sozusagen ein bisschen vergleichbar mit der Jugendzentrumsbewegung der 70er-Jahre;

(Lachen bei der CDU und pro Köln)

einige von Ihnen werden sich noch daran erinnern können.

Das, was wir hier in Ehrenfeld vorfinden, ist der gescheiterte Versuch einer gewerblichen Zwischennutzung auf einer Industriebrache. Dieser Vertrag wurde 1989 mit dem Ziel geschlossen, diesen Leuten auch wirtschaftlich eine Perspektive zu geben. Das ist aber sehr, sehr lange her. Inzwischen hat sich die Lage verändert, weil dieser Vertrag, der mit NRW.Urban bzw. dem Rechtsvorgänger befristet geschlossen wurde, ausgelaufen ist und die dortigen Nutzer nicht bereit sind, dies anzuerkennen.

Im Antrag von Herrn Zimmermann, den Sie von der CDU unterstützen, heißt es sinngemäß: Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass eine dauerhafte Nutzung für diesen Verein auf diesem Gelände gewährleistet wird. - Selbst wenn wir dies ernst nehmen und heute so beschließen würden, wäre das gar nicht möglich, weil wir nicht Eigentümer des Geländes sind. NRW.Urban führt dazu in ihrer Stellungnahme aus - Zitat -:

Die Stadt Köln hatte mit NRW.Urban bis 1999 einen zehnjährigen Pachtvertrag abgeschlossen. Dieser ist im Jahr 2000 ausgelaufen. Die Rückgabeforderung von NRW.Urban besteht seit dem Auslaufen dieses Pachtvertrages.

Das bedeutet: NRW.Urban erwartet, dass die Stadt Köln, die ein Untermietverhältnis unterhalten hat, dieses Gelände an NRW.Urban zurückgibt. Wenn Sie also die Dinge, die Sie hier vortragen, ernst nehmen, kann die Gesprächsbereitschaft sich nur auf die jetzigen Nutzer und NRW.Urban beziehen. Das wäre denkbar, wenn NRW.Urban bereit wäre, die Stadt Köln aus ihren rechtlichen Verpflichtungen komplett zu entlassen. Das wäre, wenn man so will, eine mögliche Lösung, zu der aber der Eigentümer nicht bereit ist. Das, denke ich, müssen wir im Rat und die Streitparteien zur

Kenntnis nehmen. Insofern ist hier der Adressat völlig falsch gewählt.

Herr Zimmermann, Sie haben Ihre Argumente ja eben sehr emotional vorgetragen. Ich frage mich: Was ist eigentlich in den letzten 14 Jahren geschehen? Warum sind diejenigen, die jetzt auf dem Gelände sind, in den letzten 14 Jahren auf niemanden zugegangen? Ich erinnere mich an viele Konflikte, die sich wegen Zwischennutzungen abgespielt haben. Aber ich habe nie erlebt, dass sich jemand so lange zurücknimmt und erst wenige Tage bevor Sie den Ratsantrag stellen, versucht, bei den Fraktionen erste zaghafte Kontakte zu knüpfen.

Eines ist doch auch klar: Am 16. Januar dieses Jahres ist der Landgerichtsbeschluss ergangen. Dieser Landgerichtsbeschluss hält abschließend fest, dass die Klage der Beklagten, in dem Fall also der Nutzer, gegen die Räumungsvollstreckung zurückgewiesen wird und auch nicht revisionsfähig ist. Also: Es ist nach einer langen Kette von juristischen Auseinandersetzungen ein Schlusspunkt gesetzt. Das zeigt mir auch, dass es den dort Tätigen offenbar so ernst nicht sein kann.

Was an dieser Sache besonders tragisch ist: In einer Stadt wie Köln, die nicht wie Berlin oder Hamburg über sehr viele Flächen verfügt, die Industriebrachen oder Ähnliches sind und sich deshalb für Zwischennutzungen eignen, kommt es darauf an, die wenigen Möglichkeiten für Zwischennutzungen, die es gibt, für Akteure - es geht hier ja nicht nur um Akteure aus dem kreativ- und kulturwirtschaftlichen Bereich, sondern auch um Gründer von Start-ups und andere - auszuschöpfen, damit sie dort wirtschaftliche Aktivitäten entwickeln können. Das haben wir hier schon im Oktober letzten Jahres besprochen, als es um die Frage von Zwischennutzungen ging. Wir haben auch einen Antrag beschlossen, der dies ermöglichen soll. Dies zu ermöglichen, ist in Köln nicht so einfach, nicht nur weil die Flächen dafür knapp sind, sondern vor allem auch deshalb, weil ein gewisses Vertrauensverhältnis herrschen muss; denn die meisten Eigentümer solcher Flächen sind private Immobilieneigner, die sich natürlich sehr stark daran orientieren, ob die Partner, die Zwischennutzungen nachfragen, auch vertragstreu sind. In dem Falle wird natürlich jetzt sehr gern auf dieses Beispiel in Ehrenfeld verwiesen und all denjenigen, die solche Möglichkeiten auch mithilfe der Stadt nutzen wollen, das Leben unnötig schwer gemacht.

Also: Wenn Sie und neuerdings auch die CDU sich für eine solche Entwicklung einsetzen, dann sollten Sie zum einen die Entwicklung in Ehrenfeld sehr genau hinterfragen und zum anderen überlegen, ob das von Ihnen vertretene Interesse tatsächlich berechtigt ist. Wenn Leute ein solches Gelände nicht zurückgeben, obwohl der Vertrag abgelaufen ist, und stattdessen die Stadt dazu zwingen, weiterhin hohe Beträge an NRW.Urban zu überweisen,

(Zurufe von der CDU und pro Köln)

dann stellt sich wirklich die Frage, ob das eine Angelegenheit ist, für die man sich hier im Rat einsetzen sollte. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine sehr spannende Debatte. Meine Fraktion ist insofern sehr dankbar, dass Sie, Herr Kollege Zimmermann, sich schon im Vorfeld sehr engagiert haben - Kollege Frank hat es gerade etwas despektierlich „auf Tuchfühlung gehen“ genannt -, um Ihren Freunden in Ehrenfeld eine Stimme zu verschaffen. Das ist sehr löblich. Das ist auch unsere Aufgabe. Die liberale Fraktion kann auch nachvollziehen, dass es Ihnen eine Herzensangelegenheit ist, für kulturelle Freiräume in dieser Stadt zu kämpfen. Die FDP-Fraktion unterstützt kulturelle Freiräume in Köln und auch anderswo. Das möchten wir hier noch einmal betonen.

Gleichwohl, Herr Kollege Zimmermann: Sosehr ich Verständnis dafür habe, dass Sie sich einsetzen, um Ihren Freunden in Ehrenfeld Gehör zu verschaffen - ich benutze jetzt nicht das Wort „Klientelpolitik“ -, so wenig Verständnis hat die liberale Fraktion dafür, dass Sie die andere Seite der Medaille unter den Tisch kehren. Wir haben kein Verständnis dafür, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Das Recht zu brechen sei menschlich verständlich. Wir lehnen eine solche Rechtsauffassung ab, und das möchten wir hier betonen.

(Beifall bei der FDP sowie von Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Herr Kollege Zimmermann, Sie haben sich sehr große Mühe gegeben und Ihrem Antrag auch

einen E-Mail-Flow von NRW.Urban beigefügt. Damit wollten Sie dokumentieren, dass es derzeit kein dringendes Interesse seitens NRW.Urban an einem Verkauf gibt. - Ja, das ist richtig. Und wissen Sie auch, warum? Die spekulieren doch darauf, dass das Grundstück in fünf Jahren viel mehr wert ist und dann eine höhere Rendite erwirtschaftet werden kann, als wenn es jetzt verkauft würde. Dass Sie, Herr Zimmermann, sich hier zum verlängerten Arm von irgendwelchen Immobilienspekulanten machen, gibt mir zu denken.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der CDU)

- Man muss doch marktwirtschaftlich nur eins und eins zusammenzählen können, um zu diesem Schluss zu kommen.

(Zuruf von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

- Das ist schon sehr richtig. Gleichwohl haben Sie ja angedeutet, dass es derzeit kein dringendes Interesse gibt. Wenn Sie schon dieses Argument anführen, müssen Sie sich auch gefallen lassen, dass es mit anderen Gründen widerlegt wird.

Herr Kollege Frank, ich finde es auch ein wenig bizarr - das sage ich auch in Richtung des Kollegen Elster -, dass Sie hier aus vermeintlich moralischen oder kulturellen Gründen versuchen, geltendes und gesprochenes Recht aus dem Weg zu schaffen.

(Zurufe von der CDU)

Sie, Herr Kollege Elster, sagen: Wir wollen für die Zukunft eine Lösung haben. Damit bewegen Sie sich im Übrigen von der bisherigen Linie Ihrer Fraktion vollends weg. Möglicherweise ist das darauf zurückzuführen, dass Sie am vergangenen Montag im AVR verhindert waren; aber Ihre Kolleginnen und Kollegen haben im AVR eine deutlich andere Sprache gesprochen.

Herr Kollege Frank, es kann nicht angehen, dass aus vermeintlich guten Gründen - das Autonome Zentrum hat sicherlich ebenso gute Gründe wie die Freunde in der Kolbhalle in Ehrenfeld - geltendes Recht gebrochen wird. Das würde nämlich, zu Ende gedacht, zu Willkür führen, und das können wir als liberale Rechtsstaatspartei nicht zulassen.

(Beifall bei FDP - Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

- Herr Kollege Granitzka, Sie haben sich ja nicht nur den Antrag von Deine Freunde zu eigen gemacht, sondern auch dessen Begründung. Daran müssen Sie sich messen lassen. Sie als Ausschussvorsitzender des AVR hatten ausreichend Gelegenheit, Ihre Position vorzutragen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben gesagt, wir wollen miteinander reden, und sonst überhaupt nichts!)

Die FDP-Fraktion wird den Antrag von Rot-Grün unterstützen; denn er zeigt in die richtige Richtung.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist ja mutig!)

- Das ist nicht mutig, Herr Elster. Das ist folgerichtig,

(Beifall bei der FDP)

und zwar aus zwei Gründen: Grund eins, dieser Antrag stellt fest, dass es hier einen Rechtsbruch gibt.

(Zuruf von Helmut Jung [CDU])

- Gleichwohl wird es nicht falscher, Herr Kollege Jung. - Grund zwei, er weist in die richtige Richtung, weil die Ziele aufgezeigt werden, die wir in Ehrenfeld verfolgen. Wohnungswirtschaft, Kreativwirtschaft, Gewerbe: Das ist der Dreiklang, den wir in Ehrenfeld brauchen - unter Beachtung des geltenden Rechts. Deswegen unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag von Rot-Grün und bittet den Rest des Hauses, dies ebenfalls zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der bisherigen Debatte, die ich jetzt sozusagen zusammenfassen darf, haben wir 15 Jahre Kommunalpolitik Revue passieren lassen. Seit 14 Jahren bin ich in der Kommunalpolitik tätig, auch in der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Mir ist die Entwicklung, die in dieser Debatte heute zum Ausdruck kommt, also nicht fremd. Dennoch wundere ich mich, wer hier welche scheinbaren Argumente vorträgt, die keine Argumente sind.

Waren es nicht immer die Grünen, die in Ehrenfeld eine dezentrale Kulturpolitik verfolgt haben? Waren es nicht immer die Grünen, die sich dafür ausgesprochen haben, eine solche Kreativwirtschaft, wenn man sie denn so bezeichnen will, eine solche nonkonforme, nichtkommerzielle Kultur dort anzusiedeln? Ich kann mich sehr wohl daran erinnern, Herr Kollege Frank, dass es von den Grünen sehr wohl gewollt war, dass man dort auf dieser Industriebrache eine entsprechende Einrichtung unterbringt. Das war genau so gewollt. Wenn Sie jetzt sagen, Sie hätten von alledem nichts gewusst, dann haben Sie die letzten 15 Jahre gepennt.

(Beifall bei pro Köln)

Dann hören wir hier etwas von Rechtsbrecherei und Ähnlichem. Wer von Ihnen hat denn den Gewalttätern vom Autonomen Zentrum einen Nutzungsvertrag zu einem Spottpreis gegeben? Das ist zum Schaden der Stadt Köln geworden, weil die Stadt Köln aus dem Grundstücksverkauf keine Erlöse erzielen konnte. Da haben Sie alle nichts gesagt. Da war das in Ordnung.

Herr Frank, was sagen Sie denn zur Kreativität in der Wiersbergstraße, wo immer wieder Autos demoliert werden, wo Sparkassenfilialen überfallen werden, wo selbst die Staatsanwaltschaft überfallen wird? Was sagen Sie denn dazu? Und da stellen Sie sich hierhin und sagen, Sie seien für den Rechtsstaat!

(Beifall bei pro Köln)

Es ist nun einmal so gewesen, dass das Projekt Kolbhalle von Ihnen so gewollt war.

Die LEG bzw. die Vorgängergesellschaft — es war ja nur eine Namensänderung — ist die Landeseigene-Entwicklungs-Gesellschaft gewesen. Ich muss mich schon wundern, dass der FDP-Redner hier davon spricht, das seien Spekulanten. Man hat die LEG doch dafür geschaffen, dass sie bei Grundstücken, die man in größerem Zeitrahmen planen will, tätig wird, indem sie ein Grundstück kauft und dort etwas ansiedelt, was nichtkommerziell ist. Genau dies haben wir jetzt in der Kolbhalle mit den entsprechenden Freiräumen. Deshalb wundern wir uns, warum Sie von den Rot-Grünen sich so furchtbar darüber aufregen. Sie haben anscheinend 15 Jahre gepennt.

Dann haben Sie eben bemängelt: Ja, die Betreiber wären ja nicht zu den Parteien gelaufen und hätten dort um Gespräche

nachgesucht. - Ja, erwarten Sie denn, dass die alle bei Ihnen herumschleimen? Pro Köln steht eben für sachgerechte Politik. Wir wollen nicht, dass die Bürger bei der Politik herumschleimen, nur weil sie ein Projekt machen wollen. Wir beurteilen Projekte, ob sie gut sind oder eben nicht gut. Das ist der Unterschied. Dann höre ich, dass der eine sagt: Das sind meine Freunde, und das sind die Freunde von jemand anderem. All dies interessiert uns nicht. Uns interessiert nur, ob das Projekt wirklich sachgerecht ist.

Derweil ist es ja auch so, dass das Gelände noch in sicherer Hand ist. Die LEG ist ja eine Firma, die von der Politik gesteuert wird. Wir haben Landtagsabgeordnete. Wir müssen keine Angst haben, dass damit irgendwann Spekulationen betrieben werden.

Die Fraktion pro Köln ist der Auffassung: Bisher hat es dort überhaupt keine Beanstandungen gegeben. Der Träger hat da seine Kreativität, seine freie Kultur, seine freie Kulturszene entfaltet; damit wirbt diese Stadt ja auch immer. Wenn es 15 Jahre keine Beanstandungen gab, dann muss man doch jetzt nicht auf einmal so radikal werden, wie es die Grünen tun. Mir fällt dazu immer nur ein: Die Revolution frisst anscheinend ihre Kinder.

(Beifall bei pro Köln)

Sobald die Grünen an der Macht sind, verkaufen Sie sich anscheinend hemmungslos irgendwelchen Spekulanten. Wer weiß, wer da schon mit Ihnen gesprochen hat!? Herr Frank, Sie legen ja immer so viel Wert darauf, dass derjenige, der ein Projekt machen will, direkt zur Politik läuft. Das wissen wir alles nicht. Dazu können Sie ja gleich noch mal Stellung nehmen.

Also: Die Fraktion pro Köln schließt sich dem CDU-Antrag und dem Ursprungsantrag an. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Granitzka, ich möchte mich noch einmal ausdrücklich bedanken, dass Sie Ihre Position in Sachen Kolbhalle geändert haben. Wir haben ja im AVR die Räumung, die nicht rechtsstaatlich war - sonst hätte man sie ja nicht

abgebrochen -, kritisiert. - Das dazu. Ich denke, das ist eine interessante Entwicklung, wie man gemeinsam an bestimmten Problemen arbeiten kann.

Meine Damen und Herren, alternative Formen des Lebens, des Arbeitens, der künstlerischen Betätigung sind unseres Erachtens eine Bereicherung der Stadtgesellschaft. Diese Bereicherung muss Platz haben in der Gesellschaft in Köln. Die Frage, wie alternative Projekte ermöglicht werden können und ob und wie sie gefördert werden sollten, muss in der Stadtgesellschaft diskutiert und politisch geführt werden. Ich finde es ausgesprochen schade, dass sich die SPD und die Grünen hinter Mietrechtsfragen verschanzen und diese politische Diskussion faktisch nicht führen. Das ist, finde ich, eigentlich erbärmlich für Leute, die eine politische Vision haben.

(Beifall bei der Linken.)

Richtig, nach Beendigung eines Mietverhältnisses muss der Mieter das Grundstück räumen. Aber auch das ist eine politische Frage. Man kann einen neuen Vertrag schließen. Damit hat man eine neue Rechtsgrundlage. Das ist doch das, was Kollege Zimmermann in seinem Antrag fordert, nämlich Gespräche zu führen und zu prüfen, ob ein neuer Mietvertrag geschlossen werden kann.

Meine Damen und Herren, Sie müssen ja Folgendes bedenken: Es geht hier um einen Mietvertrag, der - das hat Herr Zimmermann ja auch deutlich gemacht - nicht einfach ein normaler Mietvertrag war. In diesem Mietvertrag war ganz klar geregelt, dass man dort alternative Lebensformen entwickeln will.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind doch alle weg! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind doch längst gescheitert!)

Diese alternativen Lebensformen sind in dem Mietvertrag aufgeführt. Dieser Mietvertrag ist später von einem SPD-Oberstadtdirektor gezeichnet worden. Das ist doch der Fakt, über den wir hier reden. Deswegen müssen wir diese Sache neu diskutieren.

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich finde es traurig, dass Sie folgende Tatsache nicht erkennen: Es wird gerade vier Projekten der Garaus gemacht. Es wird eine Überplanung des Autonomen Zentrums in Kalk diskutiert,

(Beifall bei pro Köln)

es hat eine Räumung des Projekts auf dem EAW-Gelände stattgefunden, und das Projekt Jugend-Kultur-Raum an der Brühler Landstraße ist auch gescheitert. Es geht jetzt also schon um vier Projekte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf dem EAW-Gelände? Welches denn?)

- Genau, auf dem EAW-Gelände. Das war ein Kulturprojekt mit Kindern und Jugendlichen. Auch diesem Projekt ist der Garaus gemacht worden. - Es sind also vier Projekte, wo alternative Lebensformen nicht mehr möglich sind. Ich finde es einfach schade, dass Sie diesen Weg mitgehen. Das müssen wir kritisieren.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie haben ja in Ihrer Presseerklärung vom 3. Juni zur Rechtsstreitigkeit mit der Kolbhalle - Kollege Frank hat das ja gerade erwähnt - von einem „Bärendienst für die Förderung von Zwischennutzungen“ gesprochen und das im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Entwicklungschancen der Kreativwirtschaft betrachtet. Sie sagen - das hat Kollege Frank eben auch ausgeführt -: Ja, das sind Start-ups, Kleinbetriebe usw. Sie differenzieren gar nicht. Sie reden immer nur von Kreativ- und Kulturwirtschaft. Aber es gibt ja auch noch andere Projekte, die mit Wirtschaft nichts zu tun haben, wie zum Beispiel solidarische Kunst- und Kulturprojekte

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist es doch gar nicht! Das ist doch Romantik, was du erzählst! Die verdienen Geld auf dem Gelände!)

oder das Autonome Zentrum oder ein Jugendzentrumsprojekt, wie Sie es eben selber bezeichnet haben. All diese Projekte differenzieren Sie gar nicht. Es hilft uns nicht weiter, wenn man diese Projekte nicht differenziert betrachtet und entsprechend daran arbeitet. - Ich komme gleich zum Ende.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, nein. Ich wollte fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Thelen zulassen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Nein. Ich will zum Ende kommen. Die Uhr ist sowieso schon auf Null heruntergelaufen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Das wird nicht angerechnet.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ach so. Dann bitte schön, Herr Kollege.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Jörg, dass du dich besonnen hast. - Du hast das EAW-Gelände angesprochen. Das ist ja im Grunde in den 80er-Jahren entstanden. Du hast undifferenziert gesagt, es gebe keinen Platz für alternative Projekte in Köln. Was sagst du denn dazu, dass dort das alternative Projekt „Autofreie Siedlung“ verwirklicht wurde?

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich bin jetzt etwas erschüttert,

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei dir als Autofahrer kann ich das nachvollziehen!)

dass Sie das Projekt „Autofreie Siedlung“ mit alternativen Lebensformen in Verbindung bringen. Ich glaube, die Leute, die sich diese Häuser gekauft haben, hatten wirklich viel Geld. Insofern bin ich - das muss ich sagen - etwas erschüttert, dass die Kollegen von den Grünen überhaupt nicht differenzieren können zwischen ökologischen Wohnprojekten, die wir auch unterstützen - gar keine Frage -, und Projekten, die gemeinnützig und solidarisch sind und die alternative Lebensformen zulassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch an Folgendes erinnern: Wir finden es beunruhigend, dass solche Alternativprojekte in dieser Stadtgesellschaft keinen Platz haben. Das ist das, was uns am Projekt Kolbhalle besonders bewegt. Man kann ja über diese 5 000 Euro reden; das sehe ich auch so. Gar keine Frage, das ist viel Geld. Das muss man genau durchrechnen. Aber dass diese Alternativprojekte in Köln keinen Platz mehr haben sollen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch!)

darüber müssen wir diskutieren. Deswegen mein Schlusswort: Repressive Räumungspolitik löst keine Probleme, sondern fördert Geist- und Kulturlosigkeit. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gab noch eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann. Danach kommen wir zur Abstimmung.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, das ist schon eine interessante Gemengelage. Ich war im Vorfeld - Herr Görzel, Sie haben es angesprochen: Kontakte knüpfen, E-Mails schreiben, herumtelefonieren -, als ich die ersten Signale bekommen habe, erfreut, teilweise auch ein bisschen irritiert, aber auch enttäuscht von den Grünen. Von den Grünen kam nämlich nichts. Von der SPD kam auch nichts. Ich weiß, dass einzelne Grüne auf dem Gelände waren und mit den Bewohnern dort noch einmal gesprochen haben. Das rechne ich diesen Leuten hoch an; das war okay. Aber eine gemeinsame Lösung zu finden für dieses Problem, war für Rot-Grün offensichtlich nicht interessant.

(Beifall bei der CDU)

Ich will auch noch auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, nämlich darauf, dass in den letzten 14 Jahren das Recht, wie Sie, Herr Frank und Herr Görzel, sagten, gebrochen wurde. Die Bewohner haben sich natürlich auch nicht gemeldet, weil sie seit 14 Jahren unter Räumungsdruck standen und die Stadt Köln immer nur als eine Organisation erlebt haben, die mit allen Mitteln versucht, sie vom Gelände zu kriegen. Da haben sie natürlich auch ein Stück weit das Vertrauen verloren. Sie haben sich vielleicht auch zu sehr auf ihre Anwälte verlassen, die ihnen Rechtssicherheit vorgegaukelt haben oder - anders ausgedrückt - die versucht haben, ihnen Rechtssicherheit zu geben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Letztere dürfte wohl stimmen!)

Wenn Sie hier von Rechtsbruch sprechen, darf man nicht vergessen, zu erwähnen: Die Bewohner haben auch zig Prozesse vor den jeweiligen Gerichten gewonnen. Es ist ja nicht so, dass sie dort seit 14 Jahren zu Unrecht leben. Das letzte Urteil ist vom Januar 2013. Davor haben sie jede Menge Prozesse gewonnen. Diese Leute wenden sich jetzt an die Politik, weil sie natürlich auch wissen - den Räumungsversuch gab es ja bereits -, dass nur

noch mit Unterstützung der Politik eine Wende möglich ist.

Ich will Ihr Stichwort „Klientelpolitik“ gerne aufgreifen. Ich dachte ja auch immer, das sei die Klientel der Grünen, auch weil die Grünen ja damals auch von solchen Leuten und für solche Leute gegründet wurde.

(Beifall von Volker Görzel [FDP])

Das hat sich offensichtlich geändert in den letzten Jahren. Ich muss sagen: Diese Freunde in Ehrenfeld, wie Sie sie nannten, nehmen wir gerne unter unsere Fittiche. Das wird gerne unsere neue Klientel in Ehrenfeld werden. Für sie setzen wir uns gerne ein. Damit haben wir überhaupt kein Problem.

Jetzt noch zu den Begriffen soziokulturelle Projekte, Freiräume, kulturelle Vielfalt etc. Sie tragen T-Shirts mit dem Aufdruck „Vielfalt statt Einfalt“.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn daran soziokulturell?)

- Das Projekt ist soziokulturell.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum denn?)

- Sie waren schon länger nicht mehr da

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

und wissen deshalb offensichtlich nicht, was dort vor Ort tatsächlich passiert. Das ist ein inklusives Projekt. Dort leben Menschen mit Handicaps ganz friedlich mit den anderen Leuten zusammen. Es ist multikulturell; das kann man ohne Zweifel sagen. Es finden dort kulturelle Veranstaltungen statt, und zwar nicht aus kommerziellem Interesse. Da will keiner einen fetten Reibach machen, aber der Stadt Köln keine Miete zahlen. Diese Zeiten sind längst vorbei. Es gibt dort keine Clubnutzungen oder Salsa-Abende oder ähnliche Veranstaltungen mehr.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat es aber gegeben!)

- Natürlich, das hat es gegeben, aber das gibt es eben nicht mehr. - Jetzt geht es um eine Verhandlungslösung, die einen neuen sinnvollen Vertrag ermöglicht zwischen NRW.Urban, der Stadt Köln und den Bewohnern. Und das ist möglich, Herr Frank. Das ist mit politischer Willensbildung dieses Rates möglich. Sie wollen

sich daran nicht beteiligen. Natürlich kann man neue Verträge mit NRW.Urban und der Stadt Köln schließen. Man kann diese ganzen Fragen klären. Die Bewohner haben jetzt angefangen, wieder Miete zu zahlen. Aber Herr Detlef Fritz möchte das Geld gar nicht haben, weil er mit diesen Leuten nicht reden, sondern sie einfach nur vom Gelände haben will. Punkt.

Wir sagen: Redet mit den Leuten! Sprecht mit ihnen! Die Leute haben zugesagt, dass sie, sobald die Verhandlungen beginnen, wieder 1 000 Euro Miete zahlen werden. Die Leute haben in Vorgesprächen auch zugesagt, dass sie bis zu 3 000 Euro Miete zahlen würden, wenn sie denn einen Vertrag bekommen. Die Tür war doch aufseiten der Stadt Köln zu.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber der Partner ist doch NRW.Urban! Verstehen Sie das denn nicht?)

Natürlich kann man mit NRW.Urban verhandeln. Herr Kloidt hat ja nicht prinzipiell gesagt, dass er nicht dazu bereit wäre. Es fehlt aber die Willensbekundung der Stadt Köln, solche Verhandlungen aufzunehmen. Und das ist der Sinn dieses Antrags, nämlich die Stadt Köln zu bitten, Verhandlungen aufzunehmen; nichts anderes. Dass die CDU das ergänzt um den Passus, dass, wenn diese Verhandlungen scheitern, das Gelände anders entwickelt werden muss, ist ja okay; da bin ich d'accord. Dem würde ich natürlich auch zustimmen. Aber Sie verweigern sich den Verhandlungen, und das ist wirklich traurig.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Linken.)

Noch ein Allerletztes an die Kollegen, die befürchten, dass das AZ in der Wirsbergstraße den Rest Kölns auch noch anstecken wird: Rot-Grün wird auch dieses Projekt beenden; da bin ich mir ziemlich sicher. Das finde ich genauso traurig. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank noch, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Zimmermann, ich möchte noch zwei kurze Bemerkungen machen, um einiges klarzustellen. Wenn Sie von Klientelpolitik sprechen und diese

als sehr positiv sehen, dann sehe ich Ihnen das nach, weil Sie noch nicht so lange im Rat sind. Ich bin etwas länger hier.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Klientelpolitik hat in Köln einen ganz schlechten Ruf, weil damit übelste Formen des Klüngels verbunden sind,

(Beifall bei pro Köln - Zurufe von der CDU: Oh!)

die letztendlich in strafrechtliche Verfolgung mündeten. Ich denke, wenn man - -

(Zurufe von der CDU)

- Ja, Sie natürlich auch. Was denken Sie denn? Oder haben Sie Herrn Bietmann schon aus der Partei ausgeschlossen? Dann können Sie das ja gleich mal sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man über solche Dinge redet, dann erwarte ich, dass man sehr genau unterscheidet zwischen Klientel- und Gemeinwohlintereessen.

(Lachen und Zurufe bei der CDU und pro Köln)

Wir sollten hier Forderungen respektive Anträge am Gemeinwohlinteresse messen. Das ist, denke ich, der richtige Maßstab.

(Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie bitte Herrn Frank in Ruhe ausreden.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Das Zweite ist: Selbst die Nutzer auf dem Gelände haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie dort gewerblicher Tätigkeit nachgehen, dass sie dort auch Geld verdienen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Aufhören!)

Sie selbst sprechen von Wohnen und Arbeiten.

(Markus Wiener [pro Köln]: Aufhören!)

Dann, denke ich, muss man auch für klare Verhältnisse sorgen. Das ist kein Sozialprojekt. Das ist wirklich Romantik, was hier verbreitet wird. Es sind gewerbliche Aktivitäten. Deshalb ist auch der Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft richtig. Diese Aktivitäten können sie gerne

ausüben, die fördern wir auch, aber dann bitte auf einer klaren Grundlage, Herr Zimmermann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Damit ist die Diskussion zu diesem Thema beendet. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Ersetzungsantrag so angenommen. Damit entfällt die Abstimmung über die anderen beiden Anträge.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Keine Kürzungen der Mittel für Vertretungsunterricht“ AN/0728/2013

Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt viel über Klientel und Klüngel gesprochen. Ich habe schon den Eindruck, meine Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dass Sie sich ärgern, entlarvt worden zu sein.

(Beifall bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wissen gar nicht, wovon Sie sprechen!)

Nun aber kommen wir zu einer Klientel, die uns wirklich alle angeht. Es geht um die Kürzung der Mittel für Vertretungsunterricht.

Das Budget wurde halbiert - damit greift das Schulministerium massiv in den Personalhaushalt ein. Unterrichtsausfall flächendeckend zu verhindern, war schon mit den bisherigen Mitteln so gut wie unmöglich. Verlässliche Schule sieht anders aus.

Das sind nicht meine Worte, sondern der Kommentar von Udo Beckmann, dem Vorsitzenden des Verbandes für Bildung und Erziehung NRW.

Worum geht es, liebe Kollegen und Kolleginnen? Am 11. April dieses Jahres kündigte Schulministerin Löhrmann Kürzungen der flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht der Schulen NRWs an. Zu Ihrer Information: Die sogenannte flexible Reserve, um die es hier geht, regelt Unterrichtsvertretung in Fällen von Mutterschutz, langfristigen Erkrankungen, Hausunterricht und Integrationshilfe, Teilnahme bzw. Planung und Leitung von Fortbildungen sowie sonstigen unvorhergesehenen Ausfällen von Lehrkräften an Schulen in NRW. Konkret bedeutet die Kürzung der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine Minimierung des Etats um 25 Millionen Euro.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]:
Unmöglich!)

Dies ist nicht nur eine kurzfristige Entscheidung, die es mehr als 500 Vertretungslehrern unmöglich macht, zeitnah eine Ersatzstelle zu finden. Nein, diese Kürzung um die Hälfte der angesetzten Mittel wird vor allem direkt auf dem Rücken der Schüler und Schülerinnen ausgetragen, und das ist schlimm, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aufgrund von Krankheiten oder Mutterschutz, besonders im Grundschulbereich, müssen viele Lehrer notwendigerweise längerfristig vertreten werden. Die Hauptfrage, die sich nach der Ankündigung von Frau Löhrmann stellt, ist, wie dies gewährleistet werden soll, wenn dafür kein Personal mehr zur Verfügung steht. Noch mehr Unterrichtsausfall ist damit vorprogrammiert. Kommen Sie mir jetzt nicht mit dem demografischen Faktor, liebe Kollegen und Kolleginnen! Sie wissen ganz genau: Köln ist Gott sei Dank eine wachsende Stadt. Deshalb sind diese Kürzungen hier besonders schwer zu verkraften.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Landesregierung ihrem Bildungsauftrag gewissenhaft nachkommen möchte, muss dieser Beschluss, der weder mit unseren politischen Zielen noch mit unserer Verpflichtung den Bürgern und Bürgerinnen gegenüber vereinbar ist, sofort rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei der CDU und von Ulrich
Breite [FDP])

Bereits 2011 rügte der Landesrechnungshof den hohen Unterrichtsausfall an nordrhein-

westfälischen Schulen und forderte damals eine Korrektur der 6-prozentigen Ausfallrate. Allein in diesem Jahr verzeichnete das Schulamt der Stadt Köln über 7 000 zusätzliche Langzeitvertretungen, Tendenz steigend. Würden nun bis zu 500 Lehrerstellen im Bereich des Vertretungsunterrichts wegfallen, fehlen unweigerlich Lehrer, und die Anzahl der Unterrichtsausfälle würde extrem stark ansteigen.

Wir alle wissen: Lehrer haben nicht nur einen Bildungs-, sondern auch einen Erziehungsauftrag. Durch ständig wechselndes Lehrpersonal werden insbesondere junge Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unnötig belastet. Ich frage Sie: Wollen und können wir diese Zusatzbelastung unserer Kinder aufgrund von vermeidbaren Unterrichtsausfällen mit verantworten?

Wenn Lehrkräfte fehlen oder in kurzen Zeitabständen wechseln, ist zudem die Vermittlung des Lehrstoffs gemäß der vorgegebenen Lehrpläne nicht mehr gesichert. Laut unserer Schulministerin kann dies durch Mehrarbeit des festen Lehrpersonals kompensiert werden. Ja, wie denn angesichts der jetzt schon bestehenden Belastung?, frage ich mich. Dies ist nicht nur durch die Vertretungspflicht von kurzfristigen Ausfällen ressourcentechnisch unmöglich, sondern auch in Anbetracht der ungerechten Sparbeschlüsse für die Entgelte der Lehrer schlicht und ergreifend nicht zu rechtfertigen.

Diese Kürzung bedeutet nicht Sicherung des Landesetats, sondern Zusatzbelastung der Schulen, der Lehrer und vor allen Dingen der Schüler und Schülerinnen sowie eine Inkaufnahme von steigenden Unterrichtsausfällen und sinkender Bildungssicherung. Es bleibt zu fragen, wie die rot-grüne Landesregierung die zusätzlichen Ganztagsangebote und die AGs der Schulen weiterhin aufrechterhalten will, wenn das dafür zur Verfügung stehende Personal dann im Vertretungsunterricht eingesetzt werden muss.

Diese Kürzung zeigt erneut, wie die Landesregierung mit Worthülsen und leeren Versprechen Wahlkampf betrieben hat. Wo individuelle Förderung im Mittelpunkt der Bildungspolitik stehen sollte, da müssen nun Lehrerstellen gestrichen werden und Förderunterricht entfallen. Wo Chancengleichheit herrschen sollte, da können Doppelbesetzungen in integrativen Klassen nicht mehr gewährleistet werden und die Unterstützung von

Migrantenkindern muss eingeschränkt werden. „Kein Kind zurücklassen!“ - das ist zu Recht die Devise im Bildungsbereich. Wo kein Kind zurückgelassen werden sollte, da muss nun jedes Kind zugunsten von Haushaltskonsolidierung mit einer unzureichenden Sicherung von Bildung leben.

Wir alle wissen: Der Bildungsgrad entscheidet wesentlich über den Wohlstand eines Menschen. In anderen Ländern wie in Schleswig-Holstein hat die rot-grüne Landesregierung bereits eingesehen, dass derlei Einsparungen in unsere Zukunft auf keinen Fall durchgesetzt werden sollten. Jetzt ist es an uns, diese Kürzung auch in Nordrhein-Westfalen zu stoppen. Deshalb bitte ich Sie mit Nachdruck, die Chance zu nutzen und heute für unseren Antrag, den Antrag der CDU gegen die Kürzung der Mittel für Vertretungsunterricht zu stimmen; denn unsere Kinder haben ein Recht auf ausreichende, gute und individuelle Bildung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Philippi.

Franz Philippi (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor genau sieben Wochen haben wir hier über den schwierigen städtischen Haushalt beraten. Sie alle kennen das Ergebnis. Wir sind zu einem harten Sparkurs mit beträchtlichen Einschnitten gezwungen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das meinen aber auch nur Sie!)

Auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, haben damals schmerzhaft Sparvorschläge erarbeitet.

In punkto Sparzwang ergeht es der Landesregierung in Düsseldorf nicht anders; das wissen wir alle. Der Schuletat ist unter den Etats der Fachministerien mit einem Anteil von circa 25 Prozent der größte und hat ein Volumen von 15,1 Milliarden Euro. Gegenüber 2012 ist er sogar noch einmal um knapp 200 Millionen Euro aufgestockt worden. In der Tat, roundabout 90 Prozent des Etats entfallen auf Personalkosten für die Lehrerinnen und Lehrer.

Der von der Ministerin eingeforderte Konsolidierungsbeitrag lag bei 25 Millionen Euro. Diese Summe war und ist über eine Einsparung

von Sachausgaben nicht zu erwirtschaften. Von daher hat sich das Ministerium, auch um die Sperrung von Lehrerstellen zu vermeiden, für die vorläufige Sperrung von flexiblen Mitteln für längerfristigen Vertretungsunterricht entschieden. Was sich dahinter verbirgt, hat Frau Kollegin Manderla ja eben schon dargestellt; das muss ich jetzt nicht noch einmal wiederholen.

(Zuruf von der CDU: 500 Lehrer weniger!)

Ich räume ein: Natürlich wäre eine Rücknahme der Kürzungen wünschenswert, weil auch im Ministerium nicht ausgeschlossen werden kann, dass es im Einzelfall zu Unterrichtsausfällen kommen kann. Aber - ich sage das ganz deutlich - angesichts der Konsolidierungszwänge im Landeshaushalt ist das leider Wunschdenken.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz deutlich darauf hinweisen, welche positiven Effekte und welche Konsequenzen diese unangenehme Sparmaßnahme hat.

Erstens. Alle dauerhaften Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern im Schuldienst von Nordrhein-Westfalen bleiben gesichert und bleiben erhalten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, dass in den vergangenen zwei Jahren trotz rückläufiger Schülerzahlen in NRW keine einzige Lehrerstelle abgebaut wurde. Im Gegenteil, es wurden noch Stellen draufgesattelt.

Zweitens. Mit dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs in diesem Schuljahr werden rein rechnerisch 1 000 Lehrerstellen an Gymnasien nicht mehr benötigt. Richtig ist, dass diese Stellen sukzessive abgebaut werden. Aber gerade in diesem Jahr bleibt ein Einstellungskorridor von 600 Stellen zur Abdeckung von Mangelfächern an den Gymnasien offen.

Drittens. 900 Stellen für die Vertretungsreserve an den Grundschulen und weitere 4 000 Stellen für die anderen Schulformen bleiben erhalten; sie werden nicht angerührt.

Darüber hinaus wird zu Beginn des folgenden Schuljahres am 1. August 2013 die Schulleiterpauschale erhöht, was in etwa der Zusetzung von 200 Stellen entspricht.

Wir von der SPD-Fraktion können das von der CDU gerade aufgezeigte Schreckensszenario nicht teilen. Wir sagen: Wer an den Landeshaushalt die gleichen Maßstäbe von Transparenz, Seriosität und Nachhaltigkeit

anlegt, muss leider zu der Entscheidung kommen, Ihren Antrag abzulehnen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da haben Sie aber wirklich etwas verpasst! - Andreas Köhler [CDU]: Heile Welt! Weiße Salbe!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Manderla, jede Kürzung von Mitteln für wichtige Maßnahmen - und um eine solche handelt es sich ja beim Vertretungsunterricht - ist schmerzlich. Die zentrale Frage ist aber: Ist eine solche Kürzung zu verhindern? Ich möchte in Form eines erweiterten Syllogismus darauf antworten.

(Zurufe: Was ist das denn?)

- Eine Schlussfolgerung.

Erste Prämisse ist die Einhaltung der gesetzlichen Schuldenbremse, die vom Landeshaushalt Schuldenabbau und damit Kürzungen verlangt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber doch keine Zusetzung!)

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung muss nicht nur 25 Millionen Euro - das sind nur die flexiblen Mittel -, sondern insgesamt 60 Millionen Euro im Haushaltsjahr erwirtschaften.

(Zurufe von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Herr Klipper!

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich habe ja nur gefragt!)

Gibt es die Möglichkeit, dies etwa aus dem Sachmittelletat zu leisten? Ich meine, das ist eine rhetorische Frage. Da, wie Franz Philippi schon gesagt hat, 90 Prozent des Schuletats Personalausgaben ausmachen, ist das sicherlich nicht möglich. Die Einsparung von Mitteln für Festanstellungen - das wäre ja auch eine Möglichkeit, zu kürzen; es würde sich um 500 bis 600 Neueinstellungen handeln, die dann nicht realisiert werden könnten - wäre wesentlich ungünstiger für den Bereich Schule und Bildung, als wenn anderen Bereichen die Mittel gekürzt

werden. Nach dieser Arithmetik besteht deshalb nur die Möglichkeit, diese Mittel im Vertretungsunterricht zu kürzen.

Dazu möchte ich ein weiteres Argument anführen. Ich kenne das aus der Schule eigentlich gut genug. Es ist ein gewisser Vorteil, wenn man in diesem Bereich tätig war, Herr Möring, und tätig ist.

(Zuruf von der CDU)

- Er kann das ja mal erzählen.

Die Schulen können im Vertretungsbereich, angefangen etwa bei Selbstlernmöglichkeiten durch intelligente und kreative Maßnahmen, eher eine Kompensation für den Ausfall schaffen. Also - jetzt kommt die Schlussfolgerung - ist die beschlossene Kürzung die am wenigsten schmerzliche und die am ehesten vertretbare.

Zum Schluss möchte ich noch eine Pointe anführen:

(Birgit Gordes [CDU]: Bitte! Wir freuen uns schon darauf!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich glaube, das wird Sie nicht freuen. - In den Haushaltsberatungen im Landtag hat die CDU Einsparungen im Lehrstellenbereich in Höhe von 300 Millionen Euro vorgeschlagen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, nein!)

Das beträfe 6 000 Lehrer- und Lehrerinnenstellen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ist ja nicht beschlossen worden! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Dank Rot-Grün!)

Und jetzt wollen Sie die Rücknahme einer Kürzung von 25 Millionen Euro. Aus alledem kann man eigentlich nur folgern: Wir haben es hier mit einem Antrag zu tun, bei dem die Opposition ihre Lust entfaltet, endlich mal wieder das zu fordern, was sie, wenn sie selbst an der Regierung wäre, natürlich nie umsetzen würde.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und könnte! - Gegenruf von der CDU: Wer hat denn die Lehrer eingestellt?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, seriös ist das nicht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Den Anspruch haben die aufgegeben!)

Deshalb können wir diesem Antrag auch nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Unterricht sicherzustellen und Unterrichtsausfall an Schulen zu verhindern, ist eine zentrale Aufgabe der Landesregierung. Schüler, Eltern und Lehrer müssen sich darauf verlassen können, dass das Land Mittel bereitstellt, damit der Unterricht auch wirklich erteilt werden kann.

In der Regierungszeit der FDP und der CDU konnte der Unterrichtsausfall in NRW erfreulicherweise deutlich reduziert werden.

(Beifall bei der FDP)

Umso trauriger ist, dass die grüne Schulministerin 25 Millionen Euro - der Betrag wurde ja bereits hier genannt - für den flexiblen Vertretungsunterricht per Erlass, also am Ausschuss vorbei, Anfang April gesperrt hat. Die FDP-Landtagsfraktion hat daraufhin einen Bericht und eine Stellungnahme der Ministerin beantragt. Der Kurzbericht liegt allen Fraktionen seit dem 30. April dieses Jahres vor. Dort bescheinigt die Ministerin selbst, dass Unterrichtsausfall und Mehrarbeit auf die derzeit tätigen Lehrkräfte aufgrund der Kürzungen nicht ausgeschlossen werden können.

In der Praxis macht sich der Unterrichtsausfall insbesondere an den Realschulen bereits heute bemerkbar. Der Unterrichtsausfall an Gymnasien wird erst nach den Sommerferien ansteigen, weil die Lehrer, die bis zu den Osterferien die Abiturienten unterrichtet haben, Krankenstände noch ausgleichen konnten. Ein Beispiel: An einem Gymnasium mit circa 1 000 Schülerinnen und Schülern werden bei einem Krankenstand von vier Lehrkräften bis zu 80 Stunden Unterricht ausfallen. Rechnet man die Lehrerinnen ein, deren Mutterschutz bevorsteht, sprechen wir sogar von bis zu 120 Stunden Unterrichtsausfall - und das allein an einer

Schule mit circa 1 000 Schülerinnen und Schülern!

Die FDP ist gespannt, wie sich die Ministerin morgen im Ausschuss zu der Situation äußern wird. Leider findet diese Debatte erst morgen im Landtag statt. Ich möchte aber trotzdem noch kurz auf die finanzielle Situation eingehen, weil Sie von Rot-Grün in den Vordergrund gestellt haben, dass Sie nicht anders handeln konnten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können nicht anders handeln, weil im Landesetat keine Prioritäten gesetzt werden. Sie kürzen überall mit der Rasenmähermethode, um keine Prioritäten setzen zu müssen. Ihr Motto war einmal: „Wir lassen die Kinder nicht alleine!“. Es kann doch nicht sein, dass Sie jetzt im Bildungsbereich so enorm kürzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich möchte auch noch einmal auf Ihren Beitrag eingehen, Herr Thelen. Sie hatten gesagt, bisher wirke sich das nicht aus, weil ja neue Lehrer eingestellt wurden. - Ende April haben die Referendare hier in NRW ihre Ausbildung beendet. Bislang wurden diese Referendare dann immer für den Vertretungsunterricht eingesetzt. Das ist jetzt nicht mehr der Fall, seit April schon nicht mehr. Also gibt es doch schon Auswirkungen im Personalbereich.

Des Weiteren haben Sie argumentiert, dass Kürzungen bei den Sachmitteln diesen Betrag nicht kompensieren könnten. Das ist vollkommen richtig, Herr Thelen. Ich freue mich, dass Sie von der grünen Fraktion hier dies erkannt haben. Frau Löhmann hat das nicht erkannt. Sie sagt nämlich in ihrem Bericht, sie gehe davon aus, dass im Laufe des Jahres vielleicht Spielraum bei den Sachmitteln besteht und dann wieder etwas zugesetzt werden kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen, ich hoffe, dass Sie Ihrer Ministerin das noch einmal mitteilen, vielleicht sogar noch bis morgen, bevor sie im Landtag dazu Stellung nimmt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Eines ist für die FDP klar: Unterrichtsausfall muss verhindert werden. Deshalb werden wir dem Antrag der CDU zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Gewährung eines vernünftigen Schulunterrichts gehört für uns zu den Kernaufgaben des Staates. Für jeden Mist ist Geld da, aber hier, wo essenziell etwas nötig ist, wird gespart.

Ich kann mir auch nicht erklären, wie Sie weiterhin von der Halbtagschule auf die Ganztagschule umbauen wollen, wenn es diese immensen Unterrichtsausfälle gibt. Wenn die Eltern sich darauf verlassen können sollen, dass ihre Kinder ganztags in der Schule gut betreut werden, muss der Unterricht natürlich auch tatsächlich stattfinden und darf nicht ausfallen.

Vor diesem Hintergrund stimmen wir der Resolution zu. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es vorab zu sagen: Der Antrag der CDU ist inhaltlich richtig; denn die Kürzung der Mittel für den Vertretungsunterricht ist der herrschenden Konsolidierungslogik geschuldet, lieber Herr Thelen.

(Heiterkeit)

- Er war gerade beschäftigt. Ich wollte nur seine Aufmerksamkeit haben. - Danke schön.

Gekürzt wurde und wird dort, wo es wenig Widerstand gibt oder an gesicherten Zahlen und Erkenntnissen fehlt.

In der Unterrichtsausfallstatistik zum Schuljahr 2009/2010, die unter Frau Löhrmann erarbeitet worden ist, ist der Prozentsatz der ausgefallenen Stunden, verglichen mit den Vorjahren, gleich geblieben. Aber auch hier kommt wieder der altbewährte Spruch zum Tragen: Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

Der Landesrechnungshof, der eine andere Erhebungsmethode verwendet hat, kommt mit 5,8 Prozent auf ein fast doppelt so hohes Niveau.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, ist das ein realistischer Ansatz aus dem von Ihnen geführten

Schulministerium? Die Zahlen sind also vorhanden.

Ich zitiere hier die Erkenntnis aus der Studie des Schulministeriums von 2011:

Durch den Vergleich mit der Studie des Landesrechnungshofs ist offenkundig geworden, dass die rückblickende Erhebung fehleranfällig ist.

Hier wird auch auf die Jubelmeldungen aus schwarz-gelber Zeit Bezug genommen. Zitat:

Ob diese Werte jedoch die tatsächliche Unterrichtssituation an den Schulen in NRW realistisch widerspiegeln, darf bezweifelt werden. Die bislang gegenüber der Schulöffentlichkeit als Erfolg dargestellten Untersuchungsergebnisse des MSW erfüllen diese Anforderungen offensichtlich nicht.

Wenn die Zahl des Landesrechnungshofs von 5,8 Prozent der Wirklichkeit nahekkommt, ist der Unterrichtsausfall erschreckend hoch. Leider spricht einiges dafür; denn auch der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, hält die offiziellen Zahlen für zu niedrig.

Wer sich jemals mit Lehrern über dieses Thema unterhalten hat, sehr geehrter Herr Thelen, weiß, dass man mangelnde Vertretungen auch als „Selbstlernstunden“ umetikettieren kann.

(Beifall von Gisela Manderla [CDU])

Oder man verschleiert den Lehrermangel strukturell, in dem man den Korridor für Unterrichtsstunden in bestimmten Fächern an der untersten Grenze ausnutzt. Ob die Fachstundenzahl über die Jahre hinweg in der Gesamtheit erreicht wird, ist kaum nachprüfbar und bei einem Schulwechsel gar nicht mehr nachzuvollziehen.

Es sind ja genug Lehrer hier im Saal. Als Mutter von mittlerweile aus der Schule gekommenen Kindern kann ich mich auch noch sehr gut daran erinnern, dass das tägliche Praxis ist. Ich vermute, dass es heute nicht besser geworden ist.

Darum halten der Verband Bildung und Erziehung und die GEW auch in trauter Einigkeit eine Lehrerreserve von mindestens 7 Prozent für nötig, um den Unterrichtsausfall zu beenden.

Hier wird deutlich, dass das Land sich nicht besser verhält als der Bund. Es gibt immer mehr Belastungen ohne ausreichende Finanzierung. Den Lehrerkollegien werden immer neue Belastungen aufbürdet. Schulische Inklusion soll ohne zusätzliche Mittel verwirklicht werden.

Individuelle Förderung statt möglichst homogener Lerngruppen bedeutet den kompletten Umbau unseres Schulsystems, wenn es erfolgreich sein soll. Dieser Umbau ist richtig und wichtig, stellt aber auch eine gewaltige Herausforderung für unsere Lehrer und Lehrerinnen dar. Expertinnen und Experten fordern ausnahmslos Klassenstärken von maximal 24 Schülerinnen und Schülern mit durchgängig zwei Lehrkräften.

In dieser Situation die Vertretungsmittel zu kürzen, ist in keiner Weise hinnehmbar. Das Ergebnis wäre, dass die Förderung unserer Kinder von der Kassenlage abhängig würde.

Den Reparaturbetrieb bildet dann die Kommune, wenn sie es denn leisten kann. Wir als Kommune müssen mit kommunaler Schulsozialarbeit und Schulbegleitung sowie Bildungsangeboten in der offenen Ganztagschule und der offenen Jugendarbeit für diese Fehler mitbezahlen.

Wo bleibt dann die von allen, wenn ich Ihren Wahlprogrammen denn Glauben schenken darf, angestrebte Chancengleichheit? Unsere Kinder sollen nicht für eine solche Fehlentscheidung bezahlen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darum werden wir dem Antrag der CDU zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln, die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Ist der OB für unseren Antrag?)

- Ich habe meine Meinung damit zum Ausdruck gebracht.

Nun kommen wir zu:

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Übertragung des Tarifabschlusses der Länder auf die Beamtinnen und Beamten“ AN/0663/2013

Wir beginnen mit Herrn Görzel.

Volker Görzel (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte meinen, wir stünden vor der Landtagswahl. Bei den Beiträgen davor ging es um Landesthemen. Auch jetzt handelt es sich am Rande um ein Landesthema. Wie wir alle wissen, ist es aber gar nicht nur ein Landesthema, sondern durch die Kopplung der Beamtengehälter auf kommunaler Ebene an die Landesebene auch ein Thema von großer kommunaler Bedeutung.

Wie das bei Wahlen auf Landesebene so ist, gibt es am Ende einen Koalitionsvertrag. Ich hätte nie gedacht, dass ich hier einmal den rot-grünen Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2012 zitieren darf. Ich mache es aber einmal. Darin steht nämlich auf Seite 104 als Überschrift:

Wir sichern die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Weiter heißt es dort:

Hierfür brauchen wir motivierte und qualifizierte Beschäftigte, denen wir in den letzten Jahren einen großen und zum Teil spürbaren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte abverlangt haben.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört! Hört!)

Diesen geleisteten Beitrag der Beschäftigten erkennen wir ausdrücklich an.

Der Leser und Zuhörer ist geneigt, zu meinen: Das war es. Die Landesregierung hat verstanden, dass es darum geht, keinen zurückzulassen.

Weit gefehlt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir lassen 80 Prozent der nordrhein-westfälischen Beamtinnen und Beamten zurück. So hat es das Kabinett in Düsseldorf beschlossen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Der Koalitionsvertrag ist auch an dieser Stelle das Papier nicht wert, auf dem er steht. Ich werde Ihnen nämlich darlegen, dass die Regelung mit den 80 zu 20 Prozent verfassungswidrig ist. Ich werde Ihnen darlegen, dass die Gewerkschaften, insbesondere ver.di, sich hier haben vorführen lassen. Ich werde Ihnen darlegen, dass diese Regelung leistungsfeindlich ist. Ich werde Ihnen auch darlegen, dass diese Kahlschlagpolitik unter Ministerpräsident Steinbrück im Jahre 2003 begonnen hat.

Aber der Reihe nach: Heute fand im Landtag Nordrhein-Westfalen eine Anhörung zu diesem Thema statt. Unter anderem wurde Professor Battis gehört, ein Verfassungsrechtler, den jedes Erstsemester in Jura und im Verwaltungsrecht kennt. Er sagt ganz deutlich: Diese Regelung ist verfassungswidrig; denn es gibt eine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der die Beamtenbesoldung eben nicht von der Kassenlage eines Landes abhängig gemacht werden darf.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört! Hört!)

Im Übrigen wird hier der Gleichheitsgrundsatz wesentlich verletzt. Denn wie will man rechtfertigen, dass 80 Prozent der Landesbeamten zurückgelassen werden? Von den Treuepflichten der rot-grünen Landesregierung möchte ich an dieser Stelle gar nicht erst sprechen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese Regelung ist verfassungswidrig und wird einer rechtlichen Überprüfung mit Sicherheit nicht standhalten.

Nächster Punkt: Wo waren die Gewerkschaften, wo war ver.di, als dieser Tarifvertrag unterschrieben wurde? Denn früher - die älteren Gewerkschafter unter Ihnen, die Fahrensleute der Arbeiterbewegung, wissen es - wurden die Verhandlungen nicht beendet, bevor eine Verabredung unterzeichnet war, dass die Vereinbarungen für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wo waren die ver.di-Leute seinerzeit? Wo waren sie vor zwei Monaten? Sie haben die Landesbeamten und die kommunalen Beamten im rot-grünen Frühjahrsregen stehen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während unser Landesminister Walter-Borjans keine Gelegenheit auslässt, auf irgendwelchen Talkshow-Sofas unter Rechtsbruch erworbenen Daten-CDs aus der Schweiz zu huldigen, lässt er diejenigen Beamten, die diesen Job in Nordrhein-Westfalen anschließend ausführen müssen, ebenfalls im Regen stehen; denn die Beamten im höheren Dienst werden zukünftig nicht berücksichtigt. Hier wird das Volk getäuscht.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf noch einmal den Koalitionsvertrag bemühen. Dort heißt es zwei Absätze weiter, immer noch auf Seite 104 - Herr Börschel nickt zustimmend -:

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber ein Gerücht, Herr Kollege!)

In der zweiten Stufe wollen wir ... die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gewährleisten

- und jetzt kommt es; aufgepasst; sagen Sie es Ihren Freunden in der Landeshauptstadt -,

(Martin Börschel [SPD]: Wenn Sie da keine haben!)

die Attraktivität des Arbeitgebers öffentlicher Dienst steigern und die Interessen der Beschäftigten sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier werden keine Interessen geschützt. Hier wird auch keine Motivation hergestellt. Vielmehr werden die Interessen der leistungsbereiten Beamten auf Landes- und auf kommunaler Ebene unter Vorwand scheinheiliger Argumente mit Füßen getreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das wird eine liberale Fraktion in diesem Haus und auch anderswo nicht durchgehen lassen.

Wie wollen Sie denn erklären, dass jemand noch in den gehobenen Dienst oder in den höheren Dienst eintreten soll?

Herr Oberbürgermeister, ich bin gleich fertig. Ich möchte Sie und den Stadtdirektor aber noch als meine Zeugen zitieren.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Heute vor einer Woche standen wir in der Mülheimer Stadthalle vor

400 Jugendlichen. - Frau dos Santos nickt; sie war dabei. Frau Manderla war ebenfalls dabei. - Übereinstimmend wurde gefordert: Wir müssen Leistungsanreize schaffen. Wir müssen gerade die top qualifizierten Leute in der öffentlichen Verwaltung fördern. Wir müssen ihnen Motivation geben.

Beschlossen wird aber das Gegenteil. In der Mülheimer Stadthalle fordern Sie höhere Gehälter, und im Stadtrat lehnen Sie sie ab. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Noch eine allerletzte Bemerkung sei mir gestattet. Derjenige, der die Weihnachtsgelder in NRW zum ersten Mal um 65 Prozent gekürzt hat, das Urlaubsgeld abgeschafft hat und die Wochenarbeitszeit von 37,5 auf 41 Stunden erhöht hat,

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Ja, FDP-Forderung, Herr Görzel!)

möchte Bundeskanzler werden, war Ministerpräsident in unserem Bundesland und ist Ihr Parteifreund, dos Santos: ein gewisser Peer Steinbrück.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Frau dos Santos!)

- Gleich haben Sie Gelegenheit, mir zu erwidern. - Jetzt sage ich aber erst einmal Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos, bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Jetzt hast du aber Schwierigkeiten!)

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Ach was, Schwierigkeiten. - Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Görzel - das ist nur eine Retourkutsche; beim nächsten Mal verwende ich wieder die korrekte Anrede -, ich bin schon ziemlich erstaunt über die Unverfrorenheit, die Sie gerade an den Tag gelegt haben. Wir haben vor einer Woche bei dieser Veranstaltung der Auszubildenden und jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung vor allem darüber gesprochen, was die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Stadtverwaltung bedeuten. Wir

haben gesagt, dass wir selbstverständlich gut ausgebildetes Personal brauchen, um diesen Wandel zu bewältigen. Die Frage der Besoldung war zumindest an diesem Tag nicht das entscheidende Thema. Dass die Menschen, die hier gute und wichtige Arbeit leisten, für ihre Leistungen ordentlich bezahlt werden sollen, ist überhaupt keine Frage.

Kommen wir jetzt aber einmal zum Kern Ihres Antrags, den Sie als Partei gestellt haben, die ansonsten keine Gelegenheit verstreichen lässt, darauf hinzuweisen, dass Mindestlöhne, von denen man leben kann, ohne zum Amt gehen zu müssen, eigentlich ein Ding des Teufels sind. Es ist schon erstaunlich, dass eine Partei mit diesem neoliberalen Hang sich heute hierhin stellt und auf einmal die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten will. - Das ist der erste Punkt.

Außerdem wissen Sie genauso gut wie ich, dass wir keine rechtlichen Voraussetzungen haben, um die kommunalen Beamten anders zu behandeln als die Landesbeamten. Dass unter anderem dieses Thema heute in einer Anhörung im Landtag debattiert wurde, ist Ihnen allen bekannt. Ergebnisse der Anhörung gibt es noch nicht. Ich will auch gar nicht weiter darauf eingehen; denn wir haben im Rat der Stadt Köln nicht die Verpflichtung, eine Landtagsdebatte oder eine Landesdebatte erneut zu führen. Wir können hier ganz sicher nicht die Anhörung wiederholen. Dazu fehlt uns der externe Sachverstand, den es bei der heutigen Landtagsanhörung gegeben hat. Dass man die Dinge dort differenziert dargelegt hat, scheint der Fall zu sein. Wir müssen uns also anschauen, ob es die rechtlichen Voraussetzungen gibt, so etwas zu machen. Das ist heute debattiert worden. Viele sehen das kritisch. Einige sagen, man könnte es vielleicht doch machen. Das bedarf aber ganz bestimmter Voraussetzungen, die wir hier im Rat nicht haben.

Zweiter Punkt: Schauen wir uns einmal das an, was CDU und FDP im Landtag als Alternative anbieten.

Die CDU hat gleich den Abbau von 14 000 Stellen in der Landesverwaltung beantragt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Das ist schon eine interessante Alternative. Ich weiß nicht, wie Sie das bewältigen wollen. Selbstverständlich hat das Land Aufgaben, die es übernehmen muss und die es ordentlich und

gut erfüllen muss. Wie das mit 14 000 Personen weniger gehen soll, während Sie gleichzeitig die Übernahme des Tarifs fordern, erschließt sich mir nicht.

Die FDP war etwas schlauer. Sie hat keine konkreten Zahlen genannt, sondern von Arbeitsverdichtung gesprochen. Arbeitsverdichtung? Was heißt das?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nebulös!)

Das war auch letzte Woche ein Punkt. Herr Görzel, wenn Sie ehrlich wären, würden Sie hier sagen: Das mit der Arbeitsverdichtung funktioniert nicht. - Wir haben auch im AVR immer wieder die Frage diskutiert, ob wir den Beamtinnen und Beamten sowie den Angestellten der Stadtverwaltung noch mehr zumuten können, und sind eigentlich zu dem Schluss gekommen: Wir werden es an vielen Stellen nicht tun. Wir brauchen an manchen Stellen mehr Personal oder müssen Aufgaben abbauen bzw. auslagern.

Was Sie hier verlangen, ist die Quadratur des Kreises. Das ist absolut unrealistisch bzw. unsachlich. Dieser Antrag ist allein dem Wahlkampf geschuldet. Unehrllich ist er obendrein. Wenn Sie das wirklich für richtig erachteten, müssten Sie auf Bundesebene genauso wie wir für den Mindestlohn sein. Dann wäre es kohärent und ehrlich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Frau dos Santos, ich werde Ihnen am Ende meiner Rede darlegen, dass Ihre rot-grünen Kollegen in Dortmund so unverschämt waren, eine Resolution an das Land zu richten, die genau das fordert, was die FDP hier in den Stadtrat einbringt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

So weit zur Scheinheiligkeit und zu den Dingen, die Sie hier emotional hochwertig vorgetragen haben.

Meine Damen und Herren, Herr Philippi, Herr Thelen - - Hallo, Herr Thelen; zum zweiten Mal.

(Heiterkeit - Barbara Moritz
[Bündnis 90/Die Grünen]: Thelen
schwätzt!)

Also: Überall da, wo sinnvoll gespart wird, ist die CDU dabei, im Landtag und hier. Da, wo die Haushalte nicht in Ordnung sind, muss man sie in Ordnung bringen, und zwar auch durch Sparen, aber durch richtiges Sparen.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
14 000 Leute weniger!)

Man muss Prioritäten setzen und darf nicht einfach mit dem Rasenmäher darübergelassen oder an der falschen Stelle sparen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wo ist denn die richtige Stelle?)

Denn nicht jede Einsparung macht Sinn, meine Damen und Herren. Manche Einsparungen sind absolut kontraproduktiv.

In genau diese Kategorie fällt - genauso wie die Kürzung der Lehrerreserven - der Beschluss der SPD, der Ministerpräsidentin und des Finanzministers im Landtag, den Tarifabschluss nicht zeitgleich und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Es wurden keine Prioritäten gebildet. Deshalb muss man mal eben irgendwelche Leute finden, die das auszubaden haben.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es betrifft nur die am besten bezahlten
Beamten und nicht alle!)

Gestatten Sie mir, einen Blick auf unsere Stadtverwaltung zu werfen, meine Damen und Herren. Gerade in einer Zeit, in der in der Kasse Ebbe herrscht, müssen die Beamten immer mehr leisten. Auf die Leistungsbereitschaft, die Belastbarkeit und die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind wir angewiesen. Sonst funktioniert hier überhaupt nichts mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn nur mit guten und hochmotivierten Beamtinnen und Beamten können wir den notwendigen Aufgabenabbau und den Strukturwandel bewältigen. Ja, auch die Bereitschaft, mehr zu leisten, wird dadurch gefördert. Sie wird aber nicht dadurch gefördert, dass die Ministerpräsidentin und der

Finanzminister unsere Kolleginnen und Kollegen zu Sparschweinen machen. Wenn sie sich so fühlen wie Sparschweine, sinkt ihre Motivation in den Keller.

Das ist nachvollziehbar. Schließlich haben die Kolleginnen und Kollegen, die im Land und hier in der Stadt arbeiten, in den letzten zehn Jahren bereits 12 Milliarden Euro an Konsolidierungsbeiträgen erbracht, nämlich durch Mehrarbeit, Kürzungen des Weihnachtsgeldes und alles das, was gerade schon angeführt worden ist. Wir dürfen diese Beamtinnen und Beamten in der Stadt und im Land nicht weiter von der Lohnentwicklung abkoppeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wie Herr Görzel eben geschildert hat, brechen die Ministerpräsidentin und der Finanzminister nicht nur ihr Versprechen, das sie vorher gegeben haben, sondern sabotieren auch die Leistungen des öffentlichen Dienstes; denn die Landesregierung scheint den Eindruck vermitteln zu wollen, dass Leistung sich überhaupt nicht mehr lohnt. Für denjenigen, der sich mehr anstrengt, überdurchschnittliche Leistungen erbringt und dadurch in höhere Ränge befördert wird, gilt: Sobald er in A 12 kommt, ist alles vorbei. Dann braucht er nicht mehr motiviert zu werden; dann wird seine Leistung ganz offensichtlich nicht mehr anerkannt.

Wie wollen Sie denn Fachkräfte für die Stadtverwaltung finden? Wir bekommen doch jetzt schon keine Ingenieure mehr. Sie gehen alle in die freie Wirtschaft, weil wir die Leute, die bei uns tätig sind, von der Einkommensentwicklung abkoppeln.

Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Deshalb werden wir dem Antrag der FDP zustimmen.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, ich bitte Sie herzlich: Gucken sie doch einfach einmal über den Tellerrand. Schauen Sie nach Dortmund. Folgen Sie dem Beispiel Ihrer Parteifreunde im Dortmunder Stadtrat, die jüngst in einer Resolution gefordert haben, das Land solle den Tarifabschluss in voller Höhe und inhaltsgleich übernehmen. Geht hin und tut desgleichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Richter.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Görzel, Ihre Rede war à la bonne heure. Das Coaching der FDP-Fraktion in Sachen Rhetorik war sehr erfolgreich. Nach meiner Wahrnehmung war wahrscheinlich auch ein Gewerkschaftslehrer ein Coach. Er dürfte mit Ihren Ausführungen und Ihrem Auftritt sehr zufrieden sein.

Bei aller Rhetorik und aller Polemik vergessen Sie aber immer, dass die Beamten der Gruppen A 1 bis A 12 auch Leistungsträger sind. Die Grundschullehrerinnen und die Justizbeamten gehören mit dazu. Für sie gibt es eine Weitergabe der Tarifierhöhungen 2013 und 2014.

Gleichwohl ist die Nichtweitergabe von Tarifierhöhungen nie eine einfache Entscheidung, weil man genau weiß, dass viele betroffen sind, die - vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen - täglich sehr gute Leistungen bringen. Es ist nie leicht, das zu entscheiden.

Natürlich bettelt dieses Thema darum, dass eine Oppositionsfraktion einen Antrag stellt und dann die Fahnen des Kahlschlags, der Verfassungsfeindlichkeit und der Volkstäuschung hier hineinbringt.

Wenn Sie die Sachlage in aller Ruhe betrachten, werden Sie aber sehen - auch die FDP wird das erkennen -, dass das - bei allen Schwierigkeiten - die richtige Entscheidung war. Denn wie sehen die Fakten und die Rahmenbedingungen aus? Über 40 Prozent des Landeshaushalts sind Personalaufwand. Rund 30 Prozent der kommunalen Aufwendungen fallen übrigens auch für Personal an.

(Winrich Granitzka [CDU]: Haben das die Beamten zu verantworten?)

Es gibt klare Einsparziele. Das heißt, dass auch - auch - beim Personalaufwand weiterhin Maßnahmen notwendig sind, um Sparbeiträge zu erzielen.

Dann stellt sich die Frage: Was sind die möglichen richtigen Maßnahmen, und was ist gerecht? Eine Maßnahme könnte eine Nichtbesetzung von Stellen sein. Eine Maßnahme könnte eine Nichtweiterentwicklung von Zukunftsaufgaben sein. Eine Maßnahme könnte eine Umschichtung von einem Haushaltsteil sein. Eine Maßnahme könnte ein Schuldenaufbau sein.

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]: Warum haben die Grünen das nicht vor der

Wahl in ihr Wahlprogramm
geschrieben?)

Eine Maßnahme kann aber auch eine maßvolle Weitergabe von Tarifabschlüssen für 2013 und 2014 sein.

Für die Gruppen A 1 bis A 12 werden die Tarifierhöhungen weitergegeben.

(Winrich Granitzka [CDU]: Mit
1 Prozent! Das ist doch lächerlich!)

- Herr Granitzka hat recht; für die Gruppen A 11 und A 12 wird in 2013 und 2014 jeweils 1 Prozent weitergegeben. Ab der Gruppe A 13 erfolgt dann keine Erhöhung mehr.

Ein Hinweis zur Vollständigkeit: Der Familienzuschlag wird bei allen Gruppen in voller Höhe erhöht, also 2013 um 2,65 Prozent. Das muss man der Vollständigkeit halber dazusagen.

Auch in der Stadt Köln hat diese maßvolle Weitergabe durch den gesetzlichen Automatismus, an dem wir hier nichts ändern können, Auswirkungen auf die Haushaltsaufstellung.

Sie dürfen aber nicht vergessen, dass beim Personalaufwand auch Investitionen für die Zukunftsfähigkeit getätigt werden. Ich nenne nur drei Stichworte: Ausbau des Gesundheitsmanagements, Ausbau der IT-Struktur und Ausbau der Schulsekretariate. Das heißt, dass der Personalaufwand sehr wohl zukunftsweisend betrachtet wird.

In der Abwägung der Maßnahmen kommt man zu dem Ergebnis, dass eine Nichtweitergabe dieser Tarifabschlüsse sinnvoll und auch gerecht ist. Aus diesem Grund lehnen wir unter dem Strich - bei allen Schwierigkeiten dieser Entscheidung, die eine maßvolle Entscheidung war - den FDP-Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wir kommen zu Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP hat durchaus etwas. Jetzt werden schon Beschlüsse aus Dortmund, die die SPD dort eingebracht hat, herangezogen.

(Beifall bei der FDP)

Dann muss man es aber auch komplett erzählen. Die Stadt Dortmund hat nämlich beschlossen, die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten im Zweifel aus dem eigenen kommunalen Säckel zu bezahlen. Man sollte also bitte die ganze Wahrheit sagen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das müssen wir doch sowieso! Wir bezahlen doch unsere Beamten selber!)

Dennoch stimmen wir dem Antrag der FDP zu, auch wenn wir das FDP-Manöver für etwas albern halten, schon jetzt hier im Rat Bundestagswahlkampf betreiben zu wollen.

Wir gehen auch ausdrücklich nicht konform mit Herrn Lindners Vorwürfen an die Landesregierung, planlos Geld verschossen zu haben, weshalb kein Spielraum mehr vorhanden sei, um die Leistungsträger am Aufschwung zu beteiligen, wie Herr Lindner behauptet hat.

Herr Görzel, ich weiß nicht, inwieweit Sie sich je mit Tarifpolitik beschäftigt haben. Der Tarifvertrag für die Beamten wird vom Deutschen Beamtenbund dem Tarifvertrag von ver.di angehängt - nur damit Sie einmal eine klare Vorstellung davon bekommen.

Haushaltskonsolidierung, wie sie die Regierung Kraft betreibt, müsste Ihnen als FDP doch eigentlich gefallen. Schließlich machen die Personalausgaben über 40 Prozent des Landeshaushalts aus.

Wir sind davon überzeugt, dass auch Beamte und Angestellte in den niedrigen Lohngruppen Leistungsträger sind - das wurde eben schon kurz ausgeführt - und dass es eine Unverschämtheit ist, sogenannte Leistung am Lohnniveau festzumachen.

Trotzdem dürfen auch Beamte ab A 11 nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Die Besoldungsstufe A 11 beginnt mit 2 678 Euro brutto, die Stufe A 12 mit 2 878 Euro brutto. Das ist ein mittleres Niveau. Dazu gehören Lehrer an Grund-, Real- und Gesamtschulen. Für Die Linke sind das Leistungsträger. Das habe ich ja gerade schon gesagt.

Laut GEW sind 98 Prozent aller Lehrkräfte von den Sparbeschlüssen betroffen.

Auch die kommunalen Spitzenverbände lehnen die Nichtübernahme ab. Sie weisen darauf hin,

dass die Kommunen schon jetzt Schwierigkeiten haben, Fachkräfte zu finden. Herr Granitzka hat das eben auch ausgeführt.

Für die knapp 100 000 Landesbeamten, die in die Gruppen A 13 und höher eingruppiert sind, gab es unter anderem in den Jahren 2005 bis 2007 Nullrunden. Das Pensionsniveau wurde abgesenkt - von 75 auf 71,75 Prozent des letzten Bruttogehalts. Das Weihnachtsgeld wurde von 84 auf 30 Prozent eines Monatsgehalts gekürzt. Irgendwann muss es doch einmal reichen, denke ich.

Besonders besorgniserregend ist die Nichtübertragung eines Tarifabschlusses; denn es gilt auch hier das Tariftreueprinzip, meine Damen und Herren.

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Klaus Dauderstädt, ist besorgt, dass die unterschiedlichen Besoldungsdeckel in den Bundesländern für unterschiedliche Lebensverhältnisse sorgen. Es darf auch hier kein Auseinanderdriften von armen und reichen Bundesländern geben.

Meine Damen und Herren von der FDP, mich würde noch Folgendes interessieren: Haben Sie an dieser Stelle einen Finanzierungsvorschlag? Wollen Sie den Weg Bayerns oder Baden-Württembergs gehen, wo man massive Stellenstreichungen plant?

Wir haben einen machbaren Vorschlag für Sie, damit Ihr lobenswerter Vorstoß nicht den Schönheitsfehler hat, dass Sie mit ungedeckten Schecks wedeln. Stimmen Sie unter TOP 5.1.1 der Resolution „Vermögenssteuer jetzt!“ zu. Das ist ein sozial ausgewogener Finanzierungsvorschlag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes¹: Danke schön, Frau Stahlhofen. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau dos Santos Herrmann, Sie haben mich jetzt doch noch hierhin getrieben.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP] - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Lass dich doch nicht treiben, Uli! - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Wer sich treiben lässt!)

Das muss man jetzt wirklich einmal festhalten, meine Damen und Herren; denn es ist schon bemerkenswert: Wenn ein Antrag der SPD aus Dortmund - ich dachte immer, das sei die Herzkammer der SPD - hier in den Rat kommt, sagen Sie, das sei purer Wahlkampf. Da würde ich doch einmal mit den Genossinnen und Genossen in Dortmund reden. Ich glaube nämlich, dass die das anders sehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass sie in Dortmund für ihre städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sorge tragen. Darum haben sie diesen Antrag beschlossen; denn sie sehen, dass damit die Tariftreue, die für Sozialdemokraten eigentlich immer etwas Wichtiges ist, angetastet wird. Das wollten sie in Dortmund nicht.

Wir haben uns gedacht: Helfen wir doch einmal der Kölner Sozialdemokratie - Köln ist ja nicht gerade die Herzkammer der SPD, wie man an den Ergebnissen der letzten Kommunalwahl sieht -

(Beifall bei der FDP)

und nehmen wir den gleichen Wortlaut wie in Dortmund.

Und was machen Sie? Sie verpassen wieder die Chance. Was sollen denn alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab A 13 von der Kölner SPD denken? Sind das noch die Bewahrer deren Interessen? Ich glaube kaum, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dieser Antrag heute abgelehnt wird.

(Beifall bei der FDP)

Darum ist meine Überraschung sehr groß. Das passiert jetzt übrigens schon das zweite Mal bei dieser Ratssitzung. Wir haben einen Antrag zum Niehler Gürtel gestellt, der ebenfalls wortgleich mit einem Antrag unter anderem der SPD war. Auch diesen Antrag hat die Kölner SPD abgelehnt. Hier geschieht das zum zweiten Mal. Bei der SPD im Kölner Rat weiß die rechte Hand wohl nicht, was die linke Hand tut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

¹ Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Darum war es mir doch noch wichtig, darauf hinzuweisen, warum wir das hier in dieser Form getan haben.

Frau Stahlhofen, das war ein netter Versuch, auf die Vermögensteuer hinzuweisen. Schauen wir uns aber einmal an, wie es in Bayern und Baden-Württemberg früher war - jetzt leider nicht mehr, aber früher, als CDU und FDP regiert haben; in Sachsen ist es übrigens immer noch so -: Man hat die Staatsverschuldung auf null reduziert.

Das ist das beste Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger. Dann hat man auch Geld und muss nicht solche Anträge stellen, bei denen es darum geht, die ganz wichtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die große Leistungen erbringen, einfach von den Tarifierhöhungen abzukoppeln. Wir sind der Meinung: Das gehört sich nicht.

Darum haben wir diesen Antrag, der von der SPD in Dortmund stammt, übernommen. Stimmen Sie als Kölner Sozialdemokratie genauso wie die Dortmunder Sozialdemokratie bitte diesem Antrag zu, weil er einfach richtig ist, meine Damen und Herren. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Breite. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über den Antrag unter TOP 3.1.7 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die CDU, die FDP, Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Städtepartnerschaft Köln - Istanbul: Einsatz des Oberbürgermeisters für ethnische Minderheiten, verfolgte Christen und für Rechtsstaat, Menschenrechte und Demokratie“ AN/0645/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie haben gerade den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.8 aufgerufen. Ich

möchte Ihnen auch vermitteln, was die Bürgerbewegung pro Köln mit diesem Antrag bezweckt.

Unser Antrag bezieht sich auf die Städtepartnerschaft zwischen Köln und Istanbul und den Einsatz des Oberbürgermeisters in Istanbul für Demokratie, Menschenrechte, den Rechtsstaat und verfolgte Christen.

Wie wir eben gehört haben, hat der Oberbürgermeister schon auf unseren Antrag reagiert und einen entsprechenden Brief verfasst. Als ersten Schritt begrüßen wir das - und wünschen ihm auch guten Appetit. Er ist ja jetzt nicht mehr da; er hat ja seine Arbeit gemacht.

(Beifall bei pro Köln)

Angesichts der aktuellen Ereignisse in Istanbul sollten wir diese Städtepartnerschaft jetzt wirklich nutzen. Wir sind nicht so vermessen. Diesen Antrag haben wir am 27. Mai 2013 hier in den Rat eingebracht. Dann ging es am Taksim-Platz damit los, dass sich die Menschen formiert haben und dort für ihre Freiheiten demonstriert haben.

Meine Damen und Herren, man kann zwar die eine Ideologie gegen die andere Ideologie austauschen. Den Grundwert der Freiheit kann man aber nicht austauschen.

(Beifall bei pro Köln)

In diesem Sinne engagiert sich die Bürgerbewegung pro Köln, die sich als freiheitliche Rechtsstaatspartei definiert, selbstverständlich hier mit dem Anliegen, dass wir den Menschen dort Ermunterung geben, sich gegen die Islamisierung ihres Landes durch Herrn Erdogan zu wehren.

Wir wissen selbst, wie es ist, wenn einem das Demonstrationsrecht verwehrt wird. Wir hatten auch einmal eine Veranstaltung auf dem Heumarkt geplant, die dort nicht stattfinden konnte, weil wir von Militanten überfallen worden sind. Darum können wir gut nachempfinden, wie es den Menschen am Taksim-Platz geht, die dort ihre Demonstrationen nicht abhalten können, weil ihnen das verwehrt wird.

Ich denke, dass man als Oberbürgermeister dann auch tätig werden sollte. Als Ratsmitglieder haben wir die Möglichkeit, dem Antrag zuzustimmen und dem Oberbürgermeister einen starken Auftrag zu geben, dass er sich für die Freiheitsrechte in der Türkei einsetzt.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die Kirchen in der Türkei immer noch nicht als Körperschaften anerkannt sind. Wir möchten darauf hinweisen, dass in der Türkei immer noch keine Priesterausbildung stattfindet.

Wir möchten aber auch darauf hinweisen, dass bis ins 11. Jahrhundert hinein das Staatsgebiet der heutigen Türkei ein rein christliches Land war. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Stadt Konstantinopel die erste christliche Stadtgründung überhaupt war. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Stadt Konstantinopel heute noch immer der Hauptsitz des Patriarchen der griechisch-orthodoxen Kirche ist.

Alles das muss man berücksichtigen - insbesondere dann, wenn man hier mit einem Rechtsstaat eine Partnerschaft pflegt.

Das sollte für den Oberbürgermeister ein Grund sein, die Aktivitäten, die er jetzt mit seinem Brief gestartet hat, fortzuführen.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass Veranstaltungen wie der CSD in Istanbul nicht in der Form stattfinden können, wie wir es hier gewohnt sind. Dort gibt es sehr wohl politische Schikanen durch die Behörden.

Wir möchten, dass der Oberbürgermeister sich auch dafür einsetzt, dass solche Veranstaltungen dort stattfinden können.

Wir danken nochmals dafür, dass der Oberbürgermeister nach Eingang unseres Antrags reagiert hat und einen ersten Brief verfasst hat. - In diesem Sinne: Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über den Antrag unter TOP 3.1.8 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen“ AN/0737/2013

Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

(Zurufe: Nein!)

- Frau Bürgermeisterin; ich weiß das schon.

(Martin Börschel [SPD]: Man muss auch gönnen können!)

- Lassen Sie uns heute doch auch ein bisschen fröhlich sein. - Der Antrag, den wir hier eingebracht haben, ist eigentlich selbsterklärend. Ich möchte aber gerne noch ein paar Ergänzungen vortragen.

Meine Damen und Herren, unser Antrag bezieht sich darauf, dass wir in dieser Stadt eines der Hauptprobleme einer wachsenden Stadt nicht in den Griff bekommen und nicht genügend bezahlbaren Wohnraum - ich spreche hier nicht nur vom öffentlich geförderten Wohnungsbau, sondern auch vom privaten Bereich - bieten können, um den Anforderungen gerecht zu werden. Es wollen nämlich auch die Leute mit den Einkommen, über die wir eben gesprochen haben, hier in Köln Wohnungen finden. Wir sind davon überzeugt, dass das mit den staatlichen Mitteln, die bisher über die Landesförderung zur Verfügung gestellt werden, nicht geregelt werden kann.

Meine Damen und Herren, daher müssen wir mehr marktwirtschaftliche Aspekte hineinfügen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

„Marktwirtschaftliche Aspekte“ heißt, dass der Mieter genauso wie bisher behandelt wird und die gleichen Beträge zu zahlen hat, aber der Investor einen Zuschuss für die Investition bekommt, indem er nachher eine Miete erhält, die um 1 Euro höher ist als vorher.

Das Ganze setzt aber voraus, dass wir auch von der Stadt aus vieles tun. Das, was man in den letzten sechs oder sieben Jahren hier aus der Politik und aus der Verwaltung gehört hat, hat zu diesen Problemlösungen überhaupt nichts beigetragen.

Ich erinnere daran, dass wir in diesen sechs bis sieben Jahren kein zusätzliches städtisches Bauland bekommen haben, das für preiswerten Wohnungsbau eingesetzt werden kann. Wir haben ewig lange Bearbeitungszeiten. Lassen Sie mich hier nur das Clouth-Gelände nennen. Zehn Jahre lang ist das Clouth-Gelände im Besitz der Stadt. Und wie lange hat es gedauert,

bis wir darauf bauen können? Mehr als zehn Jahre.

Ich erinnere an die Klientelpolitik.

(Lachen von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] - Martin Börschel [SPD]: Das sagt der Richtige!)

- Ich würde nicht so laut darüber lachen. - Ich will gar nicht näher darauf eingehen und nur zwei Beispiele anführen.

Ich erinnere an die berühmte Sache aus dem Stadtentwicklungsausschuss mit der Ohmstraße.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da kann ich noch ein paar andere Sachen nennen!)

- Ja, natürlich, Frau Moritz. Sie kommen doch gleich dran.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das interessiert mich jetzt aber auch!)

Ich weiß ja schon, wie das ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Kein öffentlich geförderter Wohnungsbau in Rodenkirchen!)

- Da täuschen Sie sich. Wir sind die Einzigen - nur damit Sie es einmal wissen, Frau Moritz -, die es ohne Bürgerinitiativen geschafft haben, sowohl den öffentlich geförderten Wohnungsbau als auch den frei finanzierten Wohnungsbau auf dem Sürther Feld zu realisieren. Das haben Sie bisher in keinem anderen Bereich geschafft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegenteil: Mit Ihrer Politik, die Sie in der Stadt Köln in den letzten sechs bis sieben Jahren gemacht haben, haben Sie keine zusätzlichen Studentenwohnungen geschaffen. Sie haben keine zusätzlichen Bindungen für aus der Förderung gefallene Wohnungen geschaffen. Gegenüber 2005 haben wir heute ungefähr 10 000 weniger. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent im öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Das Beste finde ich Folgendes: Sie haben zwar den Antrag gestellt, 1 000 neue Wohnungen in Köln zu schaffen. Davon haben Sie im Jahr 2012 mit Ihrem Instrument aber nur genau 210 geschaffen - 210 Wohnungen mit allen Förderungsmaßnahmen, die es gab, und das

nach sechs Jahren Wohnungsbauförderung und sieben Jahren rot-grüner Koalition.

Ich weiß, dass gleich gesagt werden wird, das hänge einzig und allein mit der Kapitalsituation zusammen. Wenn dies wirklich der Fall ist und das nichts bringt, müssen Sie aber etwas anderes tun.

Ich begrüße - Herr Börschel, hören Sie zu - außerordentlich die Regelung der Landesregierung vom Februar dieses Jahres, dass man die Mieten erhöht und teilweise die Zinsen verbilligt hat. Das begrüße ich ausdrücklich, weil es der Anfang eines richtigen Weges war. Es geht aber nicht ohne marktwirtschaftliche Maßnahmen, nämlich die Zurverfügungstellung freier Flächen, die auch am Markt angeboten und nicht nach Klientelpolitik verteilt werden. Wenn man gleichzeitig zusätzliche Investitionen fördert, ist das meines Erachtens der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz darauf eingehen, wo nach unserer Auffassung die drei Schwerpunkte liegen sollten.

Erstens. Wir müssen - das predige ich im Wohnungsbauforum schon seit mehreren Jahren - als Stadt mehr freie Flächen zur Verfügung stellen. Ohne diese zusätzlichen Flächen, die auch im Stadtbesitz sind, geht es nicht. Ohne sie schaffen wir es nicht, in unserer wachsenden Stadt - in den nächsten 15 bis 20 Jahren rechnen wir mit mehr als 50 000 neuen Einwohnern - den öffentlich geförderten Wohnungsbau und den preiswerten privaten Wohnungsbau zu erreichen.

Zweitens. Meine Damen und Herren, wir empfehlen und fordern - leider ist der Herr Oberbürgermeister nicht da -, unter Leitung des Oberbürgermeisters eine übergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, die auch zu Ergebnissen kommt. An dieser Arbeitsgruppe sollten die Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernentin, der Planungsdezernent und die Kämmerin beteiligt sein, damit man schnell und ohne große Bürokratie zu Ergebnissen kommt, um den Umgang dem Bauland zu befördern.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Wie ich eben schon gesagt habe, müssen wir zusätzliche Anreize geben. Diese Anreize, die wir unter Punkt 1 unseres Antrags aufgeführt haben, halten wir für unheimlich wichtig. Sie können durchaus anders

ausgestaltet werden. Es geht mir gar nicht darum, ob wir es nun in einem Betrag oder über zehn Jahre gestreckt machen.

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir das als Prüfauftrag formuliert; denn wir möchten, dass wir in dieser Diskussion, die für unsere Stadt lebenswichtig ist, für alle Ideen offen sind, die vielleicht von anderen Parteien oder aus der Verwaltung kommen, um das Ziel, mehr preiswerten Wohnraum in Köln zu schaffen, auch zu erreichen.

Frau Bürgermeisterin, ich komme gleich zum Schluss. Die Rede eben war auch ein bisschen länger.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Klipper setzt auch alles ein, was er hat!)

- Ja, natürlich - und wenn es im Moment mein Bart ist.

(Martin Börschel [SPD]: Ganz verwegen! Das hilft vielleicht!)

- Ja, genau. - Das haben Sie jetzt aber nicht angerechnet, Frau Bürgermeisterin, oder?

Meine Damen und Herren, deswegen bitten wir Sie um Zustimmung. Wir sind bereit, über das Programm, das wir in unserem Antrag skizziert haben, zu diskutieren. Sollte es bessere Wege geben und zusätzlich die Marktwirtschaft zu schnelleren Ergebnissen führen, würden wir das auch machen. Deswegen haben wir es nur als Prüfauftrag formuliert. Wenn das aus der Verwaltung in die Ausschüsse zurückkommt, können wir noch einmal im Einzelnen darüber reden.

Frau Moritz, wir werden ja noch über die sozial gerechte Wohnordnung sprechen. Darauf werden wir heute nicht eingehen. Ich habe nur über diesen Antrag hier geredet. Darüber werden wir zum gegebenen Zeitpunkt aber auch noch diskutieren. Dann wollen wir einmal sehen, ob dieses hilft, zum Bau preiswerter Wohnungen in Köln zu kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Klipper. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Willkommen im Klub“, möchte man der CDU heute zurufen. Sie haben mit Ihrem Antrag und dem, was Herr Klipper in seiner Rede hier angedeutet hat, dokumentiert, dass wir in der Frage der Wohnraumbereitstellung in Köln und auch der sozialen Komponente hier endlich in einigen Punkten Einigkeit zu bekommen scheinen. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich das am Ende auch tatsächlich in der Realität zeigen würde.

Dass Köln eine wachsende Stadt ist und mehr Wohnraum braucht, ist mittlerweile unbestritten. Dass wir, wie selbst die CDU heute einräumt, auch mehr preiswerten Wohnraum brauchen, ist glücklicherweise ebenfalls unumstritten.

(Karsten Möring [CDU]: Das haben wir nie bestritten!)

Auch wenn Sie jetzt ein paar Krokodilstränen in Bezug auf die Frage vergießen, wie viel Köln denn tatsächlich hinbekommen hat, was preiswerten Wohnraum angeht, was öffentlich geförderten Wohnraum angeht, müssten Sie sich, wenn Sie sich beim Blick zurück auch ein bisschen Selbstkritik zu eigen machen würden, meines Erachtens schon noch einmal vorhalten lassen, dass es doch Ihre seinerzeit von CDU und FDP geführte Ratsmehrheit war, die in der damaligen Wahlperiode sämtliche Baubauungspläne, die Geschosswohnungsbau beinhalteten, gestoppt hat. Mit diesen negativen Folgen müssen wir heute noch umgehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, nein, nein!)

Diese Folgen erleben wir heute noch, weil wir, wie Sie eben auch angedeutet haben, enorm lange Zyklen vom - so ähnlich formuliert es Herr Höing immer - Blitz des Entwurfs bis zum Lärm der Baumaschinen haben. Damit haben Sie ja recht. Es dauert viele Jahre. Insofern haben wir die negativen Folgen heute noch zu spüren.

Allemaal freut mich, dass wir in den Zielen einig sind. Wir brauchen in der Tat mehr Wohnungen, mehr preiswerten Wohnraum, mehr Grundstücke und eine bessere räumliche Verteilung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau. Dazu haben Sie, Herr Klipper, gerade leider nichts gesagt - oder angesichts der Zeit nichts mehr sagen können.

Natürlich müssen wir bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau auch darauf achten, dass wir bei der räumlichen Verteilung keine zu starke Konzentration haben. Da sind in früheren

Jahrzehnten sicherlich Fehler gemacht worden, die wir mit dem Wissen von heute nicht wiederholen sollten.

Für diese Ziele gibt es diverse Instrumente. Sie haben sich heute auf eines davon konzentriert. Das finden wir - das will ich ausdrücklich sagen - gut. Deswegen kann ich schon jetzt ankündigen, dass wir Ihrem Prüfauftrag, den Sie in Ziffer 1 Ihres Antrags niedergelegt haben, zustimmen werden. Wir erkennen ausdrücklich an, dass Sie die neuen Wohnraumförderbestimmungen des Landes gut finden.

In der Tat haben die Landesregierung und die NRW.BANK nicht nur höhere Bewilligungsmieten zugrunde gelegt - insbesondere in Ballungsräumen wie Bonn, Düsseldorf, Münster und Köln -, sondern auch weitere regionale Förderanreize möglich gemacht, um damit den Wohnungsmarkt auch im Förderregime auszudifferenzieren und eben nicht mehr alles nach einer Elle zu messen. Beispielsweise sind in Köln künftig bis zu fünf Vollgeschosse förderfähig. Alles das sind Elemente, die als Instrumente dabei helfen können, die von mir eben beschriebenen Ziele zu erreichen.

Insofern stimmen wir der Prüfung zu.

Ich gebe offen zu, dass wir an zwei Stellen ein bisschen Magenschmerzen haben. Diese Punkte will ich auch zumindest benennen.

Wir fürchten, es könnte Folge Ihres Auftrags sein, dass es Mitnahmeeffekte gibt. Wie wir wissen, gelten die neuen Förderbedingungen des Landes erst seit März dieses Jahres. Im Land haben wir natürlich auch gemerkt - übrigens weit über Köln hinaus -, dass alle Investoren ab der Sekunde, in der ihnen klar wurde, dass die Förderbedingungen sich verbessern, erst einmal abgewartet haben. Das ist auch logisch. Man kann ihnen das gar nicht vorwerfen.

Diese neuen Instrumente gibt es also erst seit relativ kurzer Zeit. Jetzt frage ich Sie: Was macht denn ein Investor, wenn er hört, dass sich möglicherweise in Köln die Bedingungen weiter verbessern könnten? Gegebenenfalls wartet er auch ab. Dann haben wir eine negative sich selbst erfüllende Prophezeiung - nach dem Motto: Es passierte bisher nichts, jedenfalls nicht genug. Deswegen müssen wir die Bedingungen verbessern. Das schreien wir laut ins Land hinaus. Die Folge ist, dass sich weiterhin nichts tut.

Daher bitten wir darum, dass eine sehr zügige Prüfung durch die Verwaltung erfolgt. Wir erwarten schon, Herr Höing - im Vorfeld haben wir auch ein entsprechendes Signal an die Verwaltung gegeben -, dass wir zur kommenden Sitzung gemeinsam mit Ihren Vorschlägen zum kooperativen Baulandmodell auch erfahren, wie Sie das bewerten, was der Rat heute beschließen wird, damit wir den Investoren sehr zügig das Signal geben können - entweder, dass hier etwas gemacht wird, oder, dass es keine Veränderung gibt. Wir wollen aber auf alle Fälle verhindern, dass Investoren jetzt weiter abwarten, ob sich die Bedingungen möglicherweise noch weiter verbessern könnten.

Von den Mitnahmeeffekten habe ich gerade gesprochen. Mit diesem Instrument wird per se erst einmal keine Wohnung mehr gebaut. Selbstverständlich könnte durchaus der Umstand eintreten, dass Investoren jetzt sagen: Den 1 Euro mehr nehmen wir auch noch mit; warten wir also noch ein bisschen ab.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Warten wir also noch ein bisschen ab? Das wäre eine Katastrophe!)

- Das ist ja der Punkt. Dann könnten Mitnahmeeffekte die Folge sein. Das möchten wir gerne verhindern.

Einen allerletzten Punkt will ich noch ansprechen. Deswegen können wir dem Punkt 3 Ihres Antrags, der auch nicht ganz stringent ist, heute nicht zustimmen. Erst wollen Sie das Ganze prüfen lassen. Wenn das, was geprüft wird, denn erfolgreich ist, soll es nach Ihrem Willen das kommunale Wohnungsbauförderungsprogramm ersetzen. Das ist schon in sich widersprüchlich; denn Sie wollen es nach eigenem Bekunden ohnehin erst prüfen lassen.

Ganz klar will ich aber sagen, dass wir das kommunale Wohnungsbauförderungsprogramm nicht ersetzt haben möchten; denn es bleibt eine wichtige ergänzende Komponente zur Landesförderung. Ich erinnere noch einmal daran, dass unser Ziel war, auf 1.000 öffentlich geförderte Wohnungen im Jahr zu kommen. Das kommunale Wohnungsbauförderungsprogramm der Stadt Köln dient unter anderem dazu, Investoren fördern zu können, und zwar nach demselben Regime wie das Land, falls die Landesmittel nicht reichen sollten und ausgeschöpft wären, um die Zahl von 1.000 Wohnungen in Köln zu erreichen.

Das war übrigens in den Jahren 2009 bis 2011 jeweils schon beinahe der Fall. Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklichen Dank an die Stadtverwaltung sagen. Nur deren Geschick ist es zu verdanken, dass die Stadt Köln vom Land am Ende eine deutlich höhere Quote für öffentlich geförderten Wohnraum bekommen hat, als uns nach der quotalen Verteilung eigentlich zugestanden hätte. Wir hatten diese Situation aber beinahe schon.

Unter anderem dafür dient das kommunale Wohnungsbauförderungsprogramm. Deshalb wollen und werden wir es auch nach Ihrem Prüfauftrag auf keinen Fall ersetzen. - Für heute und fürs Erste herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Börschel. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass wir nicht nur Wahlkampfschlachten führen und uns nicht nur mit dem beschäftigen, was die Düsseldorfer oder die Berliner angerichtet haben, sondern uns endlich einmal mit dem befassen, was hier in Köln Sache ist und worüber wir alleine entscheiden können.

Es freut mich auch, dass sich hier im Rat die Einsicht durchsetzt, dass der Markt alleine die Wohnraumversorgung in Köln und anderen wachsenden Städten nicht regelt. Das war in diesem Hause nicht immer der Fall.

Es ist auch erfreulich, dass wir uns auf ein gemeinsames Ziel verständigen können, nämlich 1.000 geförderte Wohnungen als Zielmarke zu erreichen.

Herr Klipper, natürlich ist es richtig, dass sich ein Förderszenario oder Anreizmodell aus verschiedenen Modulen zusammensetzen kann. Das kann eine Darlehensförderung sein. Das können bessere Rahmenbedingungen sein. Herr Börschel hat gerade von der Geschosszahl geredet. Es gibt ja noch eine Menge anderer Bedingungen, die in der neuen Landesförderung vereinfacht worden sind. Ein solches Modul kann natürlich auch ein Zuschussmodul sein. Wichtig ist doch bei allen Modulen, ob damit das Ziel erreicht wird.

Den Punkt 1 Ihres Antrags - Herr Börschel hat es schon gesagt - wollen wir gerne unterstützen, weil es sich wirklich lohnt, das prüfen zu lassen und sich Gedanken darüber zu machen, ob die Instrumente greifen oder ob man sie noch schärfen muss oder ob es für spezifische Forderungen, die wir haben, vielleicht auch besser geeignete Instrumente gibt.

Sie sprechen in Ihrem Antrag aber auch von einem gescheiterten kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm. Das kann man hier nicht so im Raum stehen lassen. Warum ist denn im Jahr 2012 das Landesgeld nicht abgerufen worden? Das betrifft ja nicht nur unser Programm. Unser Programm war ein On-top-Programm. Es wäre erst in Kraft getreten, wenn das Landesprogramm ausgeschöpft worden wäre. Warum ist das alles nicht passiert? Das lag an den historisch niedrigen Zinsen, aber auch an den steigenden Mieten bei Neuvermietungen, die ein Ergebnis von hoher Nachfrage und nur knappem Angebot sind. Das muss man einfach so sehen.

Daraus hat die Landesregierung Gott sei Dank zwei Schlussfolgerungen gezogen.

Erstens hat sie die Zehn-Jahres-Zinsen auf 0 Prozent gesenkt. Das ist attraktiv.

Zweitens hat sie die Kappungsgrenze, also die Mietobergrenze, nach oben gesetzt. Das ist auch attraktiv. Im Wohnungsbauforum, in dem die Akteure der Wohnungswirtschaft sitzen, hat man ausgerechnet, dass das bei den Margen, die dort erzielt werden, eigentlich einer Mieteinnahme von 8,50 bis etwas über 9 Euro entspricht.

Herr Klipper, was passiert denn, wenn wir nicht erst abwarten, ob das Landesgeld abgerufen wird, sondern direkt das Geld aus dem kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm nehmen? Dann wäre es weg. Vom Land bekommen wir wahrscheinlich nur 65 Millionen Euro. 65 Millionen Euro entsprechen etwa 650 Wohnungen. Dann hätten wir unser Ziel nicht erreicht.

Ich sage nicht, dass Ihr Vorschlag schlecht sei oder dass unser Vorschlag besser wäre, sondern ich sage: Lassen Sie uns das doch überprüfen. Geben Sie dem kommunalen Wohnungsbauförderprogramm eine Chance, bei der Landesförderung, die ja erst seit März 2013 gilt, auch wenigstens einmal zu ziehen. So viel Geduld muss sein; vor allen Dingen, wenn man zehn Jahre lang der Meinung war, die Förderung des Baus von Einfamilienhäusern sei besser als

öffentlich geförderter Wohnungsbau. - Ich kann mir nicht verkneifen, das hier noch einmal zu erwähnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Martin Börschel [SPD] - Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Neben dem Mengenziel, Herr Klipper, haben wir aber auch das Ziel, die soziale Entmischung zu bekämpfen; denn das ist in dieser Stadt ein riesiges Problem. Herr Börschel hat es gerade schon angesprochen. Es kann durchaus sein, dass wir das Mittel der Zuschusszahlung unter Umständen auch dort einsetzen müssen.

Ich freue mich auf das kooperative Baulandmodell und will mich jetzt auch nicht im Vorgriff damit beschäftigen. Wir werden in der nächsten Ratssitzung darüber diskutieren. - Habe ich noch eine Minute?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Knapp.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Dann würde ich gerne noch kurz etwas zu den Flächen sagen. Die CDU thematisiert das Flächenproblem und wirft den anderen - natürlich nicht sich selber; Selbstkritik ist etwas, was hier im Haus verhasst zu sein scheint - Klientelpolitik vor. Ich behaupte: Fast jeder in diesem Hause ist irgendwann einmal von Klientelpolitik in Versuchung geführt worden. Es gab schon Ratspolitiker - Herr Klipper gehört eigentlich dazu -, die man mit Mr. oder Mrs. und dem Ortsteil, aus dem sie kamen, bezeichnet hat. Wir hatten schon Mrs. Porz; wir hatten Mr. Rodenkirchen; wir hatten alles Mögliche.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Barbara-Moritz-Land!)

- Ja, ich weiß. Deshalb durfte ja die TIN Süd nicht gebaut werden. - Im Übrigen habe ich gar nicht behauptet, dass es nicht die Grünen betrifft. Ich gebe das zu - im Gegensatz zu Ihnen. Das ist der Unterschied.

Ich möchte jetzt aber folgenden Vorschlag machen: Wir einigen uns auf bestimmte Kriterien bei der Nachverdichtung; denn Nachverdichtung ist immer schwer. Sie findet im Bestand statt. Diejenigen, die im Bestand etwas besitzen, wollen die anderen nicht haben. Sie wissen selbst, was da alles ins Feld geführt wird: Verschattung; mein Grün; der Baum; usw.

(Gisela Manderla [CDU]: Frau Moritz!)

- Ja, das ist Selbstkritik. So etwas kennen Sie nicht.

Ich komme noch einmal darauf zurück. Mein Angebot steht. Ich habe es im Stadtentwicklungsausschuss auch schon gemacht. Wir müssen uns auf Kriterien einigen: Wie nah ist es an der Infrastruktur? Wie gut ist es vom öffentlichen Verkehr erschlossen? Wie ist die Dichte heute? Wie gut ist der Stadtbezirk mit Grün versorgt? - Danach sollten wir uns richten. Wenn wir uns darauf einigen können, könnten wir diese Versuchungen verhindern und vermeiden. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Moritz. - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Da es jetzt schon so viel Konsens gab, möchte ich auch mit einer übereinstimmenden Feststellung beginnen. Es ist wirklich - das ist auch Meinung der FDP - eines der großen, zentralen Probleme in dieser Stadt, dass wir zu wenig bezahlbaren Wohnraum haben. Da stimmen wir Ihnen zu.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist sehr erfreulich!)

Ich glaube, wir können uns auch darauf verständigen, dass keiner von uns die goldene Lösung hat, um dieses Problem zu beseitigen. Herr Klipper hat darauf hingewiesen, dass im letzten Jahr nur 210 Wohnungen gebaut werden konnten. Das ist ein Beweis dafür, dass wir dieses Problem nicht in den Griff bekommen haben.

Lieber Herr Börschel, Sie haben eben gesagt, wir hätten diesen Wert im Jahr 2011 unter der rot-grünen Ägide fast erreicht - mit 663 Wohnungen, glaube ich.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, Frau Kollegin! Ich habe gesagt, dass wir die Fördermittel des Landes, die uns zugeteilt waren, überschritten haben!)

- Nein, Sie haben „663 Wohnungen“ gesagt. Das habe ich mir genau gemerkt.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, von Wohnungen habe ich nicht gesprochen!)

- Das können wir ja gerne klären.

(Martin Börschel [SPD]: Gerne! Das Protokoll ist unbestechlich!)

Ich möchte Ihnen nur sagen, dass 2009 vom Land Fördermittel für 993 Wohnungen gezahlt worden sind.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: War das in der schwarz-gelben Blütezeit?)

- Ja, Frau Moritz; genau so war es.

(Beifall bei der FDP)

2009 hatten wir noch die Auswirkungen der schwarz-gelben Blütezeit. Ich denke, dass wir damals auf Landesebene ziemlich gut aufgestellt waren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das merkt man heute noch!)

- Ja. - Wir sind hier schon auf das rot-grüne kommunale Wohnungsbauförderungsprogramm zu besprechen gekommen, das für Frau Moritz nicht gescheitert ist. Ich weiß nicht, wie man für ein Programm, aus dem nichts abgerufen wird und durch das kein neuer Wohnraum entstanden ist, hier eine große Siegesmeldung verkünden kann. Für mich ist das - ich sage das ganz offen - ein Rohrkreierer.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gerade habe ich das erklärt, und es ist immer noch nicht verstanden worden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, auch ich will Ihnen gerne zugestehen, dass Sie sich des Wohnraumproblems auf Landesebene durchaus angenommen haben.

(Ossi Werner Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil es ein Landesproblem war und kein kommunales Problem!)

- Ich lobe Sie gerade, Herr Helling. Wenn ich mit Ihnen rede, haben Sie immer den Reflex, zu denken, dass ich Sie kritisiere. Ich lobe Sie gerade.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mit der Erhöhung der Sozialmieten auf 6,25 Euro in der Gruppe 1 und 7,15 Euro in der Gruppe 2 haben Sie sich auch der Kölner Mietpreisrealität angenähert. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber beileibe noch nicht die Lösung.

Bei der Mietpreiserhöhung setzt auch die CDU in ihrem Antrag an, indem sie auf die Sozialmieten noch jeweils 1 Euro draufsatteln möchte, die dann von der Stadt finanziert werden sollen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen der CDU, hier beginnt meine Verwunderung. Ich habe die Debatte zum kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm noch relativ gut im Ohr. Damals haben doch CDU und FDP gemeinsam gesagt: Wir können diesem Programm nicht zustimmen, weil wir dafür städtische Mittel brauchen, die wir uns in unserer angespannten Haushaltslage nicht leisten können.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da müssen Sie einmal die Zahlen sehen!)

Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, war es ganz genau so. Beide Parteien haben zusätzlichen städtischen Aufgaben eine klare Absage erteilt.

Ich frage mich heute: Gilt das denn jetzt nicht mehr? Offensichtlich nicht; denn ich habe gerade gehört: So, wie es kommen wird, werden wir sowohl das mit großen Kosten verbundene Wohnungsprogramm der CDU haben

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch noch gar nicht klar! Wir prüfen das!)

als auch das kommunale Wohnungsbauförderungsprogramm von Rot-Grün. Wunderbar. Wir scheinen ja in einer hervorragenden finanziellen Lage zu sein. Ich glaube, ich bin im falschen Film.

(Beifall bei der FDP)

Meine Fraktion ist jedenfalls der Meinung, dass wir uns in der angespannten Haushaltslage, in der Köln sich befindet, weder das 35 Millionen Euro teure Wohnungsbauförderungsprogramm von Rot-Grün leisten können noch das Programm der CDU, das man vielleicht als „Wohnungsbauprogramm light“ bezeichnen kann. Beide Programme lehnen wir ab.

Herr Granitzka, Sie haben eben noch einmal gesagt: Da, wo gespart wird, ist die CDU.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, an der richtigen Stelle!)

Ich habe eher das Gefühl: Da, wo heute spendiert wird, ist auch die CDU.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Da ist sonst die FDP!)

Mich würde auch einmal interessieren, wie das in der Praxis auszusehen hat. Wir finanzieren mit dem Wohnungs-Euro der CDU also zum Beispiel die GAG, damit sie neue Wohnungen baut. Wenn es uns dann nicht gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, wird dieselbe GAG aufgefordert, mit ihren Überschüssen wieder die städtischen Kassen zu füllen - so geschehen bei der letzten Haushaltsverabschiedung.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Was ist denn Ihr Konzept, Frau Kollegin? - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schlagen Sie denn vor?)

Meine Damen und Herren, es gibt noch einen weiteren Grund, warum die FDP dem CDU-Antrag nicht zustimmen kann. Das ist der Punkt 2 des Antrags, in dem städtische Zuschüsse für die Bereiche Energieeinsparung, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit gefordert werden. Mit diesen Zuschüssen sollen Qualitätsstandards finanziert werden, die über das gesetzliche Maß hinausgehen. Auch dort stellt sich die Frage: Wer soll das denn bezahlen?

Die FDP-Fraktion schließt sich hier der Meinung der Verwaltung an, die am 17. Januar dieses Jahres dem Sozialausschuss mitgeteilt hat, dass sie der Landesregierung eine Reduzierung der Qualitätsstandards im öffentlich geförderten Wohnungsbau vorschlägt.

(Beifall bei der FDP)

In Zeiten knapper Kassen ist das genau der richtige Weg. Wir brauchen jetzt eine Reduzierung der Standards und kein Draufsatteln.

Meine Damen und Herren, bei der Lösung des Wohnungsproblems ist es wichtig, dass Stadt und Land die ihnen jeweils zufallenden Aufgaben wahrnehmen. Die FDP-Fraktion sieht die Stadt hier vor allem in der Pflicht, genügend Grundstücke auszuweisen.

Herr Klipper, die von Ihnen vorgeschlagene Einrichtung einer übergreifenden Arbeitsgruppe

hält die FDP durchaus für sinnvoll; denn wir glauben auch, dass es dort großen Handlungsbedarf gibt. Das steht aber leider gar nicht in Ihrem Antrag. Insofern können wir dem hier auch nicht zustimmen.

Ich darf aber jetzt schon ankündigen - Frau Moritz hat sich ja eben nach unseren Lösungsvorschlägen erkundigt -, dass wir als FDP-Fraktion in der nächsten Ratssitzung eine Initiative zum Thema Grundstücke starten werden. Freuen Sie sich darauf.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Hoyer. - Herr Klipper hat eine Nachfrage. Bitte sehr. - Doch keine Nachfrage?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie hat das Rednerpult ja schon verlassen!)

- Ihre Frage kann sie aber auch vom Platz aus beantworten. Also? - Bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Hoyer, wir haben von Ihnen viel Kritik gehört. Sie haben gesagt, was Sie von der FDP alles nicht machen wollen. Daher möchte ich einmal wissen, wie Sie es denn schaffen wollen. Geben Sie uns doch einmal eine Idee, wie Sie 50.000 zusätzliche Leute in dieser Stadt unterbringen wollen. Wie wollen Sie denn den Anforderungen, vor denen wir in der Universitätsstadt Köln beim Wohnungsbau stehen, gerecht werden? Von Ihrer Seite kommt kein einziger Vorschlag, wie man dieses drängende Problem angehen kann.

Wenn Sie sich einmal anschauen, wie viele Leute mittlerweile vor Wohnungen stehen, die für 300, 400 oder 500 Euro vermietet werden, um diese Wohnungen zu bekommen, müssen Sie auch als FDP irgendwann zu dem Ergebnis kommen, dass wir dieses Problem lösen müssen. Ein Lösungsvorschlag von Ihrer Seite ist mir bis heute nicht bekannt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Eine Frage, Frau Bürgermeisterin!)

Katja Hoyer (FDP): Herr Klipper, war das jetzt die zweite Runde? Oder war das eine Frage an mich?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Frage nach Ihrer Lösung!)

Ich gestehe Ihnen zu, dass es sich hier um ein schwierig zu lösendes Problem handelt. Am Anfang meiner Ausführungen habe ich auch gesagt, dass keiner goldene Lösungen haben wird.

Ich kann auch gut nachvollziehen, dass Sie vielleicht ärgerlich sind, weil ich bei Ihrem Antrag jetzt nicht Hurra geschrien habe.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das brauchen Sie auch nicht zu tun!)

Wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben, wissen Sie aber, dass ich Ihnen zugestanden habe, dass wir das Thema Grundstücke angehen müssen, und angekündigt habe, dass wir in der nächsten Ratssitzung eine Initiative starten werden. Wie gesagt: Warten Sie doch einfach einmal ab. Vorfreude ist die schönste Freude.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von der FDP)

- Wenn ich Zeit habe, sage ich auch noch etwas zur FDP. - Die CDU fordert in ihrem Antrag zur Kölner Wohnungspolitik vom 6. Juni 2013 - ich zitiere -

mit mehr marktwirtschaftlichen Instrumenten Anreize zu schaffen, ...

Frau Moritz, das ist der Kernsatz des CDU-Antrags. Das haben Sie eben falsch interpretiert.

Spätestens am 13. Juni 2013, also nur wenige Tage später, hinkte dieser Antrag den Ereignissen hinterher; denn an diesem Tag hat der *Kölner Stadt-Anzeiger* eine sehr interessante Umfrage zur Wohnungspolitik veröffentlicht. Ich zitiere:

Nur 14 Prozent glauben, dass der Markt ohne Eingriffe die Probleme lösen kann. 65 Prozent haben kein Vertrauen in die freien Kräfte der Immobilienwirtschaft.

(Beifall bei der Linken)

Herr Klipper, private Investoren sollten kein Zückerchen bekommen, sondern müssen mehr in die Pflicht genommen werden. Auch das ergab diese Umfrage, meine Damen und Herren von der CDU. 56 Prozent sprachen sich dafür aus, dass Investoren 30 Prozent ihrer Bauprojekte für sozialen Wohnungsbau bereitstellen sollen. 76 Prozent fordern die Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum. 61 Prozent wollen, dass Eigentümer von Baulücken zum Bauen oder Verkaufen - Zitat - „gezwungen werden“. 54 Prozent fordern sogar die Unterstützung der GAG beim Kauf von Grundstücken mit Steuergeldern.

Meine Damen und Herren, das sind die Ergebnisse der im *Kölner Stadt-Anzeiger* veröffentlichten Umfrage.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben wir gelesen!)

- Ich bin etwas verwundert, dass Sie das überhaupt nicht angesprochen haben. Keiner hat etwas dazu gesagt. Ich dachte, ich hätte hier etwas aufgeschrieben, was von anderen Rednern auch alles zitiert wird. An Ihnen ist anscheinend völlig vorbeigegangen, dass das die Bedürfnisse - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind auf den CDU-Antrag eingegangen!)

- Ja, genau. Sie sind auf den CDU-Antrag eingegangen, der etwas völlig anderes beinhaltet als das, was Sie in Lobgesängen von sich gegeben haben.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich bitte Sie, sich diese Umfrageergebnisse noch einmal genau anzugucken. Sie machen deutlich, dass wir ein Projekt der sozial gerechten Bodennutzung brauchen. Das ist die Quintessenz dieser Umfrage. Das ist doch ganz logisch.

Ich glaube sogar, dass diese Umfrage weiter geht. Sie liefert auch den Hinweis, dass wir wieder eine Wohnraumgemeinnützigkeit brauchen, wie wir sie schon einmal hatten und wie sie auch von der Enquetekommission des Landtags Nordrhein-Westfalen gefordert worden ist. So interpretiere ich diese Zahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Sie dagegen wollen Investoren bezuschussen - das ist der Kernsatz Ihres

Antrags -, und zwar mit 2,5 Millionen Euro pro Jahr.

Noch spannender ist, wie Sie das finanzieren wollen. Ich zitiere aus Ihrem Antrag - meine Damen und Herren von SPD und Grünen, hören Sie bitte zu; das haben Sie offensichtlich auch nicht gelesen -:

Die Finanzierung erfolgt durch den Wegfall des bisherigen erfolglosen kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms, ...

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben uns nicht zugehört! Das lehnen wir doch ab!)

- Ja. Hier kann man aber mit über eine finanzielle Deckung abstimmen und sagen, das könne trotzdem geprüft werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das lehnen wir ab!)

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, das ist das Finanzierungsmodell dieses Antrags, dem Sie zustimmen werden. Das wird geprüft. Aber das ist die Finanzierung. Was Sie da machen, ist doch tautologisch.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben auch gar nicht verstanden - genauso wenig haben die Kollegen von der FDP das verstanden -, wie die Finanzierung geregelt ist. Dieses Programm ist nämlich ein Darlehensprogramm, das sich auf Dauer durch die Rückflüsse aus Zinsen und Tilgung finanziert. Das ist keine Bezuschussung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Zinsen sind null!)

- Genau. Es wird null dafür ausgegeben. Im ersten Jahr wird zwar Geld investiert. Auf die Gesamtlaufzeit ist das aber kein Zuschuss. Das können Sie der Debatte über das Wohnungsbauförderungsprogramm entnehmen. Seinerzeit hat Herr Paetzold ausführlich geschildert, dass am Anfang 1,6 Millionen Euro eingeschossen werden und dieser Geldbetrag Stück für Stück schlussendlich auf null reduziert wird. So läuft die Finanzierung.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie wollen diesen Unsinn, der hier auch noch mit Lobgesängen versehen worden ist und auch noch geprüft werden soll, mit 2,5 Millionen Euro finanzieren. Da kann ich nur sagen: Wenn wir ernsthaft so viel Geld ausgeben wollten, sollte es

ins Flächenmanagement investiert werden. Dafür bräuchten wir auch gar keine 2,5 Millionen Euro. Wenn wir in diesem Bereich 500 000 oder 800 000 Euro ausgeben, haben wir ein exquisites Flächenmanagement, das sich mit genau dem Problem des Baulandes beschäftigen kann.

Meine Damen und Herren von der CDU, zum Punkt 2 Ihres Antrags, der von SPD und Grünen abgelehnt wird, brauche ich nur kurz Folgendes zu sagen: Hier wollen Sie energiesparendes Bauen über den gesetzlichen Standard hinaus fördern. Warum haben Sie denn dann im Bauausschuss bei der Beschlussfassung über den Bau der Sozialhäuser die Reduzierung der Standards gefordert?

Deswegen kann ich nur sagen: Dieser Antrag ist in den Punkten 1 und 2 völlig falsch.

Meine Damen und Herren von der FDP - ich komme zum Ende -, Sie haben doch Ideen. Warum haben Sie das denn nicht ausgeführt? „FDP fordert Wohngeld für Mittelschichten“ lautet ja die neue Tickermeldung. Das ist Ihre Politik. Ich bin einmal gespannt auf Ihre Initiative in der letzten Ratssitzung. Sie haben auf jeden Fall damit recht, dass die Frage der Flächen die entscheidende ist - und nicht die Frage von Subventionen, wie es die CDU darstellt. Das sehe ich genauso. Damit bin ich einverstanden. Trotzdem haben Sie aber auch Wohngeld für Mittelschichten gefordert. Diese Ansicht teile ich nicht.

Ich bedanke mich und kann nur sagen: Wir werden diesen Antrag, auch wenn es sich nur um einen Prüfauftrag handelt, ablehnen; denn ich glaube schlicht und ergreifend, dass Herr Höing und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas Besseres zu tun haben, als so etwas zu prüfen.

Herr Klipper, Sie wollen ja nur herauskriegen, was SPD und Grüne Ihnen für die Zustimmung zur sozial gerechten Wohnnutzung geben. Das ist doch ganz klar. Wir sind ja nicht blöd. Insofern sind diese Lobgesänge völliger Unsinn. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. - Herr Frank, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir möchten eine punktweise

Abstimmung! Über die Ziffern 1, 2 und 3 des Antrags der CDU soll bitte punktweise abgestimmt werden!

- Okay. Dann gehe ich davon aus, dass die Punkte, die positiv bewertet werden, bei der Gesamtabstimmung in den Antrag einfließen. Das will ich nur vorher klarstellen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es gibt keine Gesamtabstimmung!)

- Doch, natürlich. Das geht in den Antrag hinein.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es bleibt zum Schluss etwas übrig!)

- Das habe ich damit ja gemeint.

Dann lasse ich zunächst über den Punkt 1 abstimmen. Wer ist für den Punkt 1? - Die SPD, die CDU, die Grünen und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Punkt 1 mehrheitlich beschlossen.

Nun rufe ich den Punkt 2 auf. Wer ist für den Punkt 2? - Das sind die CDU und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Punkt 2 abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Punkt 3 abstimmen. Wer ist für den Punkt 3? - Das sind die CDU und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist auch der Punkt 3 abgelehnt.

Dann stimmen wir über den Gesamtantrag so wie gerade mit Ihnen besprochen ab. Nur der Punkt 1 bleibt übrig. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die SPD, die CDU, die Grünen und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Jetzt rufe ich auf:

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Besetzungsverfahren Dezernat I - Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht“ AN/0759/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das ist die CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Nun kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0294/2013

Antwort der Verwaltung vom 13.06.2013 0965/2013

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Höing, die Antwort auf unsere Anfrage enthält eine Tabelle. Da gibt es ja Projekte, die in der Planung sind. Bei einigen Projekten steht in der letzten Spalte bei „Kostensteigerung“ „möglich“; bei anderen Projekten stehen Striche.

Warum sagen Sie schon jetzt, obwohl diese Projekte erst in der Planung sind - sie sind ja noch nicht im Bau -, dass dort Kostensteigerungen möglich sind? Mich würde einfach interessieren, was da die Kriterien sind. Das ist meine Frage.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Detjen. - Herr Höing, bitte.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Herr Detjen, vielen Dank für die Frage. Wir sind nicht so vermessen, dass wir bei allen Projekten davon ausgehen, dass wir voll im Limit bleiben. Dass eine Kostensteigerung immer möglich ist, liegt wohl in der Natur der Sache - obwohl wir in den vergangenen Monaten an vielen Stellschrauben zu drehen versucht haben und im Moment sehr intensiv über die Standards nachdenken, um dort Kosteneinsparungen zu erzielen. In diese Debatte sind Sie ja ein Stück weit eingebunden.

Wir reden über ein strenges Nachtragsmanagement, das wir installieren müssen. Wir reden bei manchen Projekten - gerade dann, wenn wir über die Sanierung von Beständen nachdenken - darüber, noch einmal eine präzise Status-quo-Analyse vorzunehmen. Wir versuchen also, für die laufenden und die kommenden Projekte ein ganzes Bündel von Maßnahmen zu ergreifen,

um eben nicht in die Falle der Kostensteigerung zu tappen.

Wir versuchen auch, unsere Anstrengungen in den frühen Planungsphasen der Projekte deutlich zu steigern, damit wir die Gefahr der ersten Zahl, die wir nennen, entschärfen und nicht ständig darüber stolpern.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Detjen, haben Sie noch eine Nachfrage?

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Höing, das war jetzt ganz nett, aber keine Antwort auf meine Frage. Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen. Das Wallraf-Richartz-Museum ist mit 41,1 Millionen Euro zum ersten Mal in dieser Tabelle aufgeführt. Da habe ich geschluckt. In der Spalte „Kostensteigerung“ stehen dort Striche. Bei der Sanierung der Schulen, die in der Planung mit 21 Millionen Euro angesetzt ist, heißt es aber, eine Kostensteigerung sei möglich.

Mich würde interessieren, ob das von gewissen Kriterien abhängig gemacht wird oder ob der jeweilige Sachbearbeiter, der das Projekt betreut, von sich aus sagt: Ja, das kann passieren; schreiben wir einmal „möglich“.

Diese Frage müssen Sie jetzt auch nicht beantworten. Es wäre schön, wenn Sie das könnten. Die Anfrage, die wir hier gestellt haben, werden wir aber jedes Jahr wieder stellen - das ist jetzt schon die dritte -, um die Kostenentwicklung zu sehen. Deswegen hätte ich gerne, dass das klar ist. Um mehr geht es mir gar nicht.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Höing.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Das war jetzt eine Feststellung und keine Frage, Herr Detjen. Trotzdem kann ich gerne etwas dazu sagen.

Über der letzten Spalte der Tabelle steht: „Kostensteigerung gegenüber 02/2010“. Das ist eigentlich das Kriterium. Bestimmte Projekte haben ja eine andere Laufzeit. Sie haben vor 2010 begonnen. Gegenüber dem damals prognostizierten Wert ist da eine Steigerung möglich oder auch keine Steigerung möglich.

Andere Projekte, die in der letzten Spalte mit Strichen versehen sind, sind seinerzeit noch gar nicht eingepreist worden.

Dass Sie diese Anfrage jährlich stellen, habe ich auch wahrgenommen. Das hat eine gewisse Tradition.

Auch wenn Sie nicht danach gefragt haben, habe ich das Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit noch einmal Folgendes deutlich zu machen: Wenn man sich die Anzahl der Projekte anschaut, nimmt man auch wahr, dass wir bei vielen Projekten im Preisrahmen sind. Im Durchschnitt haben wir eine Kostensteigerung von rund 10 Prozent zu verzeichnen. Im Vergleich zu zahlreichen anderen Städten mit vielen Großprojekten, die völlig aus dem Ruder laufen, ist das durchaus noch moderat.

Ich will jetzt nicht um alles eine schöne Banderole kleben und behaupten, wir seien überall im grünen Bereich, aber schon noch einmal deutlich machen, dass wir große Anstrengungen unternehmen, um nicht ständig aus dem Preisgefüge herauszukommen und auch die Zeitschiene einigermaßen einzuhalten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir danken für diese Anstrengungen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Haus der Kölner Geschichte“ AN/0555/2013

**Antwort der Verwaltung vom 18.06.2013
2132/2013**

Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist schade, dass der Herr Oberbürgermeister nicht da ist; denn er hat die Antwort gezeichnet. Es geht hier um das Haus der Kölner Geschichte bzw. die Archäologische Zone und das Jüdische Museum. Vielen Dank für die Antwort. Ich möchte allerdings noch eine Anmerkung machen und eine Frage formulieren.

Diese Anfrage habe ich am 24. April 2013 eingereicht. Die Idee war natürlich auch, die Antwort der Verwaltung mit in die öffentliche

Debatte einzubringen. Jetzt kommt die Antwort heute, quasi noch fristgerecht.

Meine Frage, auch wenn sie banal klingt, lautet - ich bitte, sie nicht persönlich zu nehmen; es ist eine einfache Sachfrage -: Ist diese Antwort heute Morgen geschrieben worden und wird deswegen erst heute veröffentlicht? Oder gibt es diese Antwort schon länger, und sie wird erst heute veröffentlicht, damit sie möglichst knapp auf der Tagesordnung landet? Denn ich konnte mich jetzt natürlich nicht darauf vorbereiten. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Beigeordnete Klug, wären Sie so nett, etwas dazu zu sagen?

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: . Mir ist die Antwort erst sehr kurzfristig **zugegangen**. Ich bin ja die vorbereitende Fachunterzeichnerin, bevor der OB das Ganze schlusszeichnet.

Jeden Anschein einer Verabredung zum Bösen würde ich auf jeden Fall zurückweisen wollen. Sie wissen, dass sich da im Moment einiges hin und her bewegt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Klug.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Entscheidung des OVG Münsters zu den Ordnungsrufen von OB Roters - Kosten und Folgen der Entscheidung“ AN/0636/2013

Antwort der Verwaltung vom 17.06.2013 2083/2013

Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Möglichkeit der Umwandlung von Gewerbe- und Industriefläche in Wohnbauflächen bzw. Mischgebiete“ AN/0711/2013

Antwort der Verwaltung vom 14.06.2013 2003/2013

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat uns zum Thema Flächen geschrieben, dass sie keine Zeit habe, die Anfrage zu beantworten. Wir akzeptieren das schweren Herzens, obwohl wir wissen, dass es sich um eine ganz wichtige Frage handelt. Aber die Verwaltung sitzt auch daran.

Wir möchten nur bemängeln - das sage ich auch an die FDP gerichtet -, dass wir parallel noch eine Anfrage zu den Flächen des BLB in Köln gestellt haben. Welche Flächen der BLB hier besitzt, ist ja auch eine sehr spannende Frage.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Detjen, stellen Sie bitte eine Nachfrage.

Jörg Detjen (Die Linke.): Da auch diese Anfrage bis jetzt nicht beantwortet worden ist, lautet meine Frage, ob die Verwaltung das insgesamt etwas forcieren kann. Das würde uns sehr freuen. - Danke schön.

(Ulrich Breite [FDP]: Das war eine Bitte!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Höing, bitte.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Herr Detjen, wir haben Ihnen nicht geschrieben, dass wir keine Zeit haben, zu arbeiten. Ich habe die Antwort noch einmal überflogen. Das steht nicht darin. Wir haben nur den Hinweis gegeben, dass diese ganzen Fragen, die in der Tat berechtigt sind und bei denen es darum geht, wo Flächen vorhanden sind und welche Rolle heutige Gewerbeflächen zukünftig für den Wohnungsbau spielen, auch Gegenstand der Wohnungsbaukonzeption und der Debatten im Wohnungsbauforum sind.

Natürlich legen wir im Herbst dieses Jahres ein Konzept vor. In diesem Rahmen werden die Antworten auch gegeben. Auf der faulen Haut liegen wir nicht.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Nein, das habe ich auch nicht gesagt!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Höing.

Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend „Sachstand Städtebauliches Planungskonzept Wiersbergstraße in Köln-Kalk“ AN/0746/2013

Antwort der Verwaltung vom 18.06.2013 2043/2013

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Detjen hat eine Nachfrage.

Jörg Detjen (Die Linke.): Nach der Geschäftsordnung darf ich zwei Nachfragen stellen, oder?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gerne.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Berg, in der Antwort schreiben Sie, die Sparkasse KölnBonn sei noch der Besitzer und Vermieter. Diese Information ist meines Erachtens schlicht und ergreifend falsch, weil der Mietvertrag am 31. Mai 2013 ausgelaufen ist und die Stadt Köln jetzt der Hauptmieter ist.

Ich bitte Sie, noch einmal Ihre Mietverträge zu prüfen. Das ist ja ein wichtiges Kapitel. Das war zum Beispiel auch bei der Kolbhalle das Problem. Bitte prüfen Sie das einfach noch einmal. - Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage lautet: Gehe ich recht in der Annahme, dass es auf Grundlage Ihrer Beantwortung der Anfrage bezüglich des Niederlegens des Projekts möglich wäre, den Mietvertrag mit dem Autonomen Zentrum bis Ende 2014 zu verlängern? Im Rahmen des von Ihnen dargelegten Szenarios wäre es meines Erachtens - so interpretiere ich das - möglich, den Vertrag bis Ende 2014 zu verlängern.

Beigeordnete Ute Berg: Herr Detjen, lassen Sie mich zunächst auf das Szenario eingehen, das Sie gerade angesprochen haben. Wir haben unsere klare Position beschrieben. Daran halten wir uns auch. Wir haben nicht ein Sonnenschein-Szenario und ein Szenario für andere Wetterlagen gemalt, sondern einfach gesagt: Dem Verein wurde fristgemäß im März 2013

gekündigt. Der Vertrag läuft am 30. Juni 2013 aus. Ab dem 1. Juli 2013 müsste das Gelände der Stadt Köln wieder zur Verfügung gestellt werden, frei und ohne Mieter. Das ist unsere Sichtweise. Und das ist das, was wir anstreben.

Nun komme ich zu Ihrer ersten Frage. Ich habe nie gesagt, dass nach wie vor die Sparkasse Vermieterin ist. Wir haben lediglich ausgeführt, dass wir jetzt dieses Verfahren haben - die Stadt Köln ist ja in diese Vertragssituation eingestiegen - und dass die Sparkasse die Kündigung ausgesprochen hat und die Beendigung zu dem von mir gerade genannten Zeitpunkt erfolgen soll.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke für die Beantwortung der beiden Nachfragen von Herrn Detjen, Frau Berg.

Zu Tagesordnungspunkt 4.6:

4.6 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Live Streaming der Ratssitzungen“ AN/0758/2013

Herr Zimmermann, diese Anfrage ist sehr kurzfristig gestellt worden. Die Beantwortung wird in der nächsten Sitzung erfolgen. Sie dürfen aber natürlich trotzdem jetzt etwas dazu sagen.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Es war kurzfristig, aber noch im Rahmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Weil noch keine Antwort vorliegt, können jetzt eigentlich keine Nachfragen gestellt werden.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Nein? Die Anfrage wurde doch fristgerecht eingereicht, nämlich drei Tage vorher. Eigentlich hätte auch eine Antwort vorliegen sollen.

Es geht um Live Streaming. Ich habe Verständnis dafür, dass die Antwort dazu nicht innerhalb von drei Tagen erstellt werden kann. Dieses Verständnis habe ich durchaus.

Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung es nicht schafft, innerhalb von drei Jahren etwas zum Live Streaming zu sagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auch gleich eine Frage dazu stellen. Es ist ein Ratsbeschluss - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es können jetzt keine Nachfragen gestellt werden. Das habe ich ja gesagt. Sie bekommen in der nächsten Ratssitzung eine Antwort.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Okay. - Ich wünsche mir, dass wir dann auch einmal die Vorlage sehen. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön.

Nun kommen wir zu:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Bürgereingabe: Vermögenssteuer jetzt! (02-1600-105/12) 1363/2013

Wie Finanzausschuss.

Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Frank vor.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn dazu nicht gesprochen werden muss, brauchen wir nichts dazu zu sagen!)

- Nein? Hat sich das erledigt? - Dann hat jetzt Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Verehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bisschen überrascht, dass diejenigen, die die Wiedereinführung der Vermögenssteuer immer hochhalten, hier nicht als Erste reden und dem wahrscheinlich nachher sogar zustimmen werden. Denn wie hat die FAZ die Vermögenssteuer richtig titulierte? Was ist sie? Ein Steuer-Zombie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wie wir aus Film und Fernsehen wissen, können Untote gehörigen Schaden anrichten. So ist es

auch mit der Vermögenssteuer. Sie besteuert nicht die Leistung einer Gesellschaft. Nein, die Vermögenssteuer frisst Substanz. Sie lebt nicht von der Produktivität einer Volkswirtschaft. Nein, sie nährt sich an deren Grundlagen.

Meine Damen und Herren, Substanzbesteuerung ist ein Wachstums- und Beschäftigungskiller. Darum lehnen vernünftige Menschen wie die Liberalen auch die Vermögenssteuer ab.

(Beifall bei der FDP)

Doch für linke Parteien ist die Vermögenssteuer so etwas wie eine Gute-Nacht-Steuer. Sie meinen, mit ihr besser schlafen zu können. Das kann allerdings zu bösem Erwachen führen - siehe Frankreich -, wenn dann die Produktivität einer Volkswirtschaft mit den Steuerbelastungen gleich mit erdrückt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Der französische Präsident und seine Sozialisten haben nach ihrem Wahlsieg die ganze Palette von steuerlichen Folterwerkzeugen mit drastischer Erhöhung der Vermögenssteuer, aber auch der Einkommensteuer gegen die sogenannten Reichen - wie wir jetzt wissen, gehört man in Nordrhein-Westfalen ja schon ab A 13 zu den Reichen - in Wirtschaft und Gesellschaft herausgeholt. Und was ist das Ergebnis, meine Damen und Herren? Rezession und Massenarbeitslosigkeit.

Wir haben in Deutschland keine Vermögenssteuer, dafür aber die geringste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren, einen Höchststand an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa, reale Lohnsteigerungen, ein stabiles Wirtschaftswachstum und die höchsten Steuereinnahmen seit der Wiedervereinigung. Deutschland geht es gut - ohne Vermögenssteuer.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Das sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Vielleicht sollten diese drei Parteien - SPD, Grüne und Linke - es einmal mit guter Wirtschaftspolitik statt Klassenkampfpapieren, Haushaltssanierung statt Schuldenpolitik und Währungsstabilität statt Euro-Bonds versuchen. Dann schafft man auch Wohlstand für alle, meine Damen und Herren, und kann gleichzeitig gut schlafen.

(Beifall bei der FDP)

Bei den Ausführungen der SPD zur Vermögensteuer handelt es sich eigentlich um eine reine Umverteilungsrhetorik für Wahlkampfzwecke; denn 1995 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass eine unterschiedliche steuerliche Belastung von Grundbesitz und sonstigem Vermögen durch die Vermögensteuer nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz - Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz - vereinbar sei.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Bewertung von Häusern, Wohnungen und Grundstücken erfolgt immer noch auf der Basis von Einheitswerten - im Westen von 1964 und im Osten von 1935. Stimmt es, Herr Klipper? Bis heute konnten sich die Länder nämlich nicht auf eine Reform einigen. Herr Klipper weiß genau, warum. Das ist auch verständlich; denn die Ersparnisse gerade der kleinen Leute stecken in Eigenheimen und Eigentumswohnungen, und die Veränderung der Einheitswerte würde sich nicht nur auf die Vermögensteuer auswirken, sondern auch auf die Eigenheime und Eigentumswohnungen der kleinen Leute. Ohne Korrektur der uralten Einheitswerte bleibt die Vermögensteuer aber weiterhin verfassungswidrig.

Herr Steinbrück säuselt uns jetzt ein, die Unternehmenswerte der mittelständischen Unternehmen könnten von der Vermögensteuer ausgenommen werden. Das passt aber auch nicht zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Das weiß Herr Steinbrück selbst. Vielleicht fällt es ihm deshalb so leicht, sich wider besseres Wissen für die Vermögensteuer auszusprechen. Warum sollte man auf linksgedrehte Wählerstimmen verzichten, wenn die Umsetzung sowieso nicht funktioniert?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so etwas nennt man Opportunismus oder SPD-Wahlkampfrhetorik.

(Beifall bei der FDP)

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich Peer Steinbrück aber doch noch Gerechtigkeit widerfahren lassen; denn als er noch nicht ferngesteuerter Kanzlerkandidat war, hat er etwas sehr Richtiges zu unserer heutigen Debatte gesagt. Ich darf ihn zitieren.

Peer Steinbrück:

Zurück zum Mythos der zu geringen Besteuerung von Reichen. Auch er verliert seine Ausstrahlung durch trockene Statistik.

Peer Steinbrück:

Das oberste Einkommensdezil in Deutschland, also die 10 Prozent mit dem höchsten Einkommen, erbringt 52 Prozent des Aufkommens der Einkommensteuer; ... Die unteren 50 Prozent aller Einkommensteuerpflichtigen tragen hingegen gerade einmal 6,5 Prozent ... zum Steueraufkommen bei. Soll man das einen verteilungspolitischen Skandal nennen?

Wir Liberale antworten darum heute hier im Hohen Hause stellvertretend für Peer Steinbrück: Dieser Antrag gehört abgelehnt, weil das nur einem Mythos dient. - Recht hat er. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Breite. - Herr Thelen möchte eine Nachfrage stellen. Lassen Sie sie zu? - Bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte Herrn Breite doch eine Nachfrage stellen. Die Behauptung - es ist ja keine falsche Behauptung -, dass die oberen 10 Prozent 52 Prozent des Aufkommens der Einkommensteuer erbringen, kann ich schon fast nicht mehr hören. Herr Breite, Sie müssten der Ehrlichkeit halber auch sagen, welcher Anteil des gesamten Steueraufkommens überhaupt durch die Einkommensteuer erzielt wird. Dieser Anteil liegt bei 20 Prozent, glaube ich. Sie müssen doch berücksichtigen, wer die anderen 80 Prozent aufbringt. Da spielen zum Beispiel die Verbrauchsteuern eine viel größere Rolle. Die Einkommensteuer ist doch gar nicht so wesentlich. Das gehört auch zur Klarheit und Wahrheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Danke schön, Frau Bürgermeisterin. - Vielen Dank für die Fragestellung. Wenn wir uns mit einer Steuerart beschäftigen, müssen wir uns doch über die Steuergerechtigkeit und die Leistungsfähigkeit dieser Steuerart unterhalten und dürfen sie nicht mit anderen Steuerarten vergleichen.

Sie müssen mir auch recht geben, dass es allen Ländern, die die Vermögensteuer haben, schlechter geht als Deutschland. Wir haben sie nicht, und uns geht es besser. Das ist eine Tatsache, die man sehen muss.

Ich bin der Meinung, dass die Absicht der Bundesregierung richtig ist, sie nicht wieder einzuführen. Frankreich hat gezeigt, dass dieser Weg zu Rezession und Massenarbeitslosigkeit führt. Wir sollten diesen Weg nicht gehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke. - Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Breite, allen Ländern, die besseres Wetter haben als wir, geht es auch wirtschaftlich schlechter als uns.

(Heiterkeit und Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dazwischen gibt es aber keinen volkswirtschaftlichen Zusammenhang. Insofern sollten wir uns lieber den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen widmen.

Eigentlich wollte ich sagen, wie froh ich bin, dass SPD und Grüne heute keinen Leidensdruck haben, einen von der Linken vorgelegten Antrag diskutieren zu müssen, und diesen Bürgerantrag sachlich diskutieren können. Leider diskutieren Sie jetzt gar nicht mit. Sei es drum. Ich habe noch ein bisschen etwas dazu zu sagen.

Die Linke wird dem vorliegenden Antrag natürlich zustimmen; denn anders als der SPD und den Grünen geht es uns nicht darum, wer es erfunden hat, sondern darum, ob solche Maßnahmen zu einer Verbesserung der Lage der lohnabhängigen Bevölkerung führen. Und eine Resolution der Stadt Köln stärkt zumindest argumentativ die Position derjenigen, die für eine Umverteilung zulasten der Reichen eintreten.

Unserer Meinung nach kann die Stadt in den nächsten Jahren kürzen, was sie will - eine echte Konsolidierung des Haushalts wird es nicht geben ohne eine grundlegend verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen, die über Bund und Länder geregelt werden muss.

(Beifall bei der Linken)

Die Uhr läuft nicht, wollte ich nur sagen - bei mir nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Die ist schon abgelaufen!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bei mir läuft sie.

Claus Ludwig (Die Linke.): Die kommunalen Haushalte sind durch sämtliche Bundesregierungen von Kohl über Schröder bis zu Merkel geradezu geplündert worden. Alle Bundesregierungen haben die Steuern für die Unternehmen und die Vermögenden gesenkt und die dadurch entstehenden Haushaltslöcher nach unten durchgereicht. Durch die Steuersenkungen zugunsten der Vermögenden fehlten allein den NRW-Kommunen in 2012 rund 3,2 Milliarden Euro. Seit 2008 sind die Schulden der öffentlichen Haushalte auf 2 Billionen Euro angewachsen.

Doch die Armut des einen, der öffentlichen Haushalte, ist der Reichtum der anderen; denn die privaten Vermögen sind noch mehr gewachsen. Allein die Vermögen derjenigen, die jeweils mehr als 10 Millionen Euro Privatvermögen besitzen, übersteigen sämtliche öffentlichen Schulden. Wir hatten im Jahr 2007 in der Bundesrepublik 500 000 Millionäre. Das waren 0,7 Prozent der Bevölkerung - heute sind es wesentlich mehr -, die zwei Drittel der gesamten Privatvermögen besaßen.

Die von der Regierung Merkel betriebenen und von der Troika aus EU, EZB und IWF verhängten Kürzungen der öffentlichen Haushalte in Südeuropa erwürgen dort die Konjunktur. Sie führen zu Rekordarbeitslosigkeit und damit zum weiteren Anstieg der Schulden dieser Länder. Dieses Austeritätsregime ist über Südeuropa schockartig verhängt worden.

In den deutschen Kommunen herrscht aber ein ähnliches Austeritätsregime. Es wurde allerdings schleichend, nämlich auf 20 Jahre gestreckt, eingeführt.

Lassen Sie mich nur eine Zahl zu dessen Auswirkungen nennen. Die Investitionen nordrhein-westfälischer Kommunen sind von 1994 bis 2008 von rund 1,5 auf circa 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in NRW gefallen. Das heißt, dass auch hier nicht mehr öffentlich investiert wird.

Diese abstrakten Zahlen sind täglich für die Bevölkerung spürbar: marode Schulgebäude, löchrige Straßen, fehlende Wohnungen und Kultur- und Sozialeinrichtungen am Limit. Darüber diskutieren wir hier ja oft genug. Das ist ein Produkt der Minderausstattung der Kommunen.

Die Umverteilung muss jetzt beginnen, um den finanziellen Kollaps der Kommunen zu verhindern.

Bei dem heute mit dem Bürgerantrag zur Abstimmung stehenden Aufruf handelt es sich um ein breites Bündnis, das eine Vermögensteuer von 1 Prozent bei einem Freibetrag von 500 000 Euro fordert. Dies würde zu Mehreinnahmen von rund 20 Milliarden Euro jährlich führen.

Ich will nicht verhehlen, dass wir als Linke diesen Schritt sehr bescheiden finden. Wir selber fordern eine Millionärssteuer von 5 Prozent auf alle Vermögen über 1 Million Euro. Trotzdem wäre das endlich ein erster Schritt zur Umverteilung. Wir können auch bescheiden anfangen.

Selbst die von der Linken geforderte Vermögensteuer von 5 Prozent würde keinen Millionär und keine Millionärin in die Armut treiben. Niemand müsste Jacht oder Villa verkaufen. Insofern ist selbst unsere weiter gehende Forderung noch bescheiden.

Die Forderung nach einer strukturellen Besserstellung der Kommunen ist nicht neu. Oberbürgermeister Roters äußert sie selber. Die Oberhäupter anderer Städte betonen es. Der Deutsche Städtetag sagt das auch.

Das Entscheidende ist aber, dass diese Argumentation für die Rettung der Kommunen zahnlos bleibt, wenn die Oberbürgermeister und die Gemeindevertretungen nicht bereit sind, sich mit Bund und Ländern anzulegen, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, oder die Mehrheitsfraktionen hier im Stadtrat nicht bereit sind, sich mit ihren eigenen Parteifreunden in Bund und Ländern anzulegen.

Um die Kommunen besser auszustatten, ist auch eine Mobilisierung der Bevölkerung vor Ort nötig. Diese lässt sich aber verständlicherweise nicht mobilisieren, wenn sie sieht, wie ein Stadtrat die Kürzungen nur nach unten weiterreicht, also nach unten tritt, aber nach oben kuschelt.

Insofern halte ich es für wichtig - ich komme auch zum Ende -, dass in der Kommune eine Vision entwickelt wird. Wir brauchen keine Kürzung mehr, sondern kommunale Investitionen in Kultur, Soziales und den Wohnungsbau, um das Leben in der Stadt zu verbessern.

Auf dieser Grundlage würden dann auch nicht nur einige Oberbürgermeister vor dem Bundestag oder dem Kanzleramt protestieren, sondern man könnte die Menschen hier in den gebeutelten Kommunen auf die Straße bringen.

Insofern mag diese kleine Resolution heute ein Schritt in die Richtung sein, endlich lautstärker die Umverteilung vonseiten der Kommunen einzufordern. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Ludwig. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich denke, dass einige Anmerkungen angebracht sind, bevor wir hier zu einer Beschlussfassung kommen.

Erstens. Diese Vorlage ist kein Antrag der Linken. Vielmehr handelt es sich um eine Initiative, die auf den Deutschen Gewerkschaftsbund und Unterstützer im Umfeld des Deutschen Gewerkschaftsbundes zurückgeht, wie man auch der Anlage entnehmen kann.

(Martin Börschel [SPD]: Allerdings!)

Darauf muss man hier schon Wert legen. Sie sollten sich jetzt nicht mit fremden Federn schmücken - zumal Herr Ludwig zum Schluss gesagt hat, ihm gehe die Initiative überhaupt nicht weit genug. Das muss man festhalten.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist schon infam! Sehr richtig!)

Zweitens: zur Historie. Diese Initiative hat deshalb unsere Sympathie, weil sie auf das

Problem der strukturellen kommunalen Unterfinanzierung hinweist und es dadurch auch in die öffentliche Debatte einbringt. Ob ein solches Instrument letztendlich für die Kommunen wirksam ist, sei einmal dahingestellt; denn wir nehmen dieses Geld nicht ein. Die Vermögensteuer, die es bis 1996 gegeben hat, ist nämlich eine Ländersteuer. Wie die Mittel dann zu den Kommunen kommen - wenn sie je dahin kommen -, ist ein Kapitel für sich.

Herr Breite hat eben behauptet, das gehe gar nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar 1995 eine Entscheidung über die Vermögensteuer getroffen. Die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl - wenn ich mich recht erinnere, war die FDP seinerzeit Koalitionspartner - hat aber 1997 festgestellt, dass es keinen verfassungsrechtlichen Zwang zur Abschaffung der Vermögensteuer gebe - nur um das schon einmal festzuhalten. Wir bewegen uns hier also in einer Bandbreite, die durchaus machbar ist.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das bekanntermaßen den Grünen überhaupt nicht nahesteht, hat noch im Juli 2012 vorgeschlagen, eine einmalige Vermögensabgabe auf höhere Privatvermögen zu erheben. Diese könne zur Refinanzierung und zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden, ohne dass eine Dämpfung der Konsumnachfrage zu befürchten sei. Für Deutschland sei ein Aufkommen von etwa 230 Milliarden Euro bei einer Abgabe von 10 Prozent auf private Vermögen über 250 000 Euro zu erwarten. Die dahinter stehende Studie will ich jetzt nicht zitieren, weil ich hier nur fünf Minuten sprechen darf. Ich möchte nur einmal darauf hinweisen, um die Debatte zu versachlichen.

Wenn man im Rat überhaupt über ein solches Thema spricht, muss man meines Erachtens auch festhalten, dass andere Instrumente für die Kommunen viel wirksamer sind und auf die Agenda gehören. Das sind die Reform der Grundsteuer, die dahin gehend zu reformieren ist, dass sie auf den aktuellen Verkehrswerten beruht, und die Reform der Gewerbesteuer als kommunaler Wirtschaftssteuer, in die insbesondere die Selbstständigen, die Freien Berufe usw. einbezogen werden müssen. Das sind alles Dinge, die in der Bundesrepublik schon diskutiert worden sind und über die auch immer wieder Auseinandersetzungen geführt werden, die aber von der jetzigen Bundesregierung kategorisch abgelehnt werden. Diese Instrumente sind notwendig. Sie sind auch

von den Kommunen unmittelbar beeinflussbar und einsetzbar.

Die Entlastung der Kommunen von den sozialen Kosten spielt ebenfalls eine sehr große Rolle. Dies gilt insbesondere für die Kosten der Unterkunft.

Das sind die Probleme, die anstehen. Diese Probleme muss man unbedingt mit benennen, wenn man dieses Thema überhaupt diskutiert. Sich auf eine Einführung der Vermögensteuer zu beschränken, wäre zu kurz gesprungen. Trotzdem unterstützen wir diese Initiative.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie von Martin Börschel [SPD])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Dem Hinweis von Herrn Frank an Herrn Ludwig, dass es doch eine ziemlich unfeine Art ist, sich hier mit fremden Federn zu schmücken, kann ich mich nur voll anschließen. Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Schon der Vorlage des Beschwerdeausschusses ist eindeutig zu entnehmen, dass es ein breites Bündnis, angeführt vom Deutschen Gewerkschaftsbund, war. Ich meine, dass selbst Sie es nicht nötig hätten, hier in dieser Form vorzugehen.

Zweitens. Herr Ludwig, ich weiß ja nicht, wo Sie bei den Debatten, die wir in den letzten Jahren hier im Rat der Stadt Köln geführt haben, gewesen sind. Wir hatten mehrere Haushaltsdebatten, zuletzt noch um den Doppelhaushalt 2013/2014, bei denen mehrere Redner - mindestens die der Koalitionsfraktionen, aber auch andere, meine ich mich dunkel zu erinnern - von den Ländern und vom Bund eindeutig gefordert haben, dass sich die kommunale Finanzausstattung substanziell ändern muss. Wir fordern also von den Regierungen in Bund und Ländern, egal welche Parteien sie gerade tragen - das ändert sich ja schon einmal, wie wir wissen -, hier zu substanziellen Fortschritten zu kommen.

Insofern geht der von Ihnen erweckte Eindruck, dass sich keiner mit keinem anlegen mag und wir alle nur die Hände in den Schoß legen, völlig fehl. Sie mögen sich das in Ihren Träumen einreden, damit Sie sich besser fühlen. Das geht aber völlig an der Sache vorbei. Da ist sich ein

breites, überparteiliches Bündnis hier im Rat einig. Die Kommunalfinanzen müssen sich in der Tat elementar und substanziell ändern.

Drittens. Herr Kollege Breite, wer glaubt, das Fehlen der Vermögensteuer sei der Grund, warum es uns relativ besser geht als vielen anderen Staaten in Europa und der Welt, glaubt doch an den Weihnachtsmann.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten!)

Das habe ich bei Ihnen, Herr Kollege Breite, bisher nicht vermutet. Diesen Zusammenhang herzustellen, halte ich aber für äußerst gewagt, jedenfalls allemal für rundum unbewiesen. Kein Wirtschaftswissenschaftler, den ich je gehört habe, stellt diesen Zusammenhang her. Es gibt eine Menge anderer Gründe, die vermutlich zu Recht angeführt werden, warum es Deutschland relativ besser geht, und zwar auch in Zeiten der globalen Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Aber der von Ihnen angeführte Grund ist es jedenfalls nicht.

Nun komme ich zu den rechtlichen Fragen. Die Vermögensteuer - das wissen viele nicht - ist ausdrücklich in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. In Art. 106 des Grundgesetzes heißt es nämlich, dass es eine Vermögensteuer geben kann und dass die Vermögensteuer den Ländern zusteht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber!)

Insofern muss man die grundsätzliche Kritik, die Sie hier geäußert haben, zurückweisen.

Dass es sehr auf die Ausgestaltung ankommt, ist genauso unbestritten.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Sonst hätte das Bundesverfassungsgericht in seinem damaligen Urteil diese Probleme nicht gesehen. Das ist auch durchaus kompliziert; das räume ich ein. Deswegen muss man bei der Ausgestaltung auch darauf achten, dass es nicht zu einer Substanzbesteuerung von unternehmerischem Vermögen kommt. Wir haben das jedenfalls zugesagt und werden bei dem, was jetzt weiter notwendig ist, auch darauf achten.

Gelegentlich wird gegen die Vermögensteuer noch eingewendet, die für die Erhebung

aufzuwendenden Kosten seien so hoch, dass sich das Ganze gar nicht lohne. Da kann ich Sie nur auf diverse Sachverständigenanhörungen verweisen. Beispielsweise hat im Landtag Nordrhein-Westfalen eine solche Anhörung stattgefunden, die auf Antrag der FDP zustande gekommen war. Unter anderem die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, die sich wirklich auskennt und da außerordentlich fundiert ist, aber auch andere Wirtschaftswissenschaftler haben eindeutig zu Protokoll gegeben, dass man sich an dieser Stelle keine Sorgen machen muss. Der Ertrag, der selbst dann erzielbar ist, wenn man die Substanzbesteuerung bei unternehmerischen Vermögen ausnimmt, ist um ein Vielfaches höher als die Erhebungskosten. Daher muss man sich diese Sorgen, die Sie hier - ein bisschen politisch motiviert, glaube ich - vortragen, nicht machen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zu dem, was sich der Beschwerdeausschuss auf Grundlage dieser vom DGB initiierten Initiative überlegt hat. In der Tat ist es wichtig, dass wir über eine Vermögensteuer und nicht etwa über eine Vermögensabgabe reden. Die Vermögensabgabe würde nämlich dem Bundeshaushalt zugutekommen, während die Vermögensteuer den Länderhaushalten zugutekommt - und nur dann, wenn wir nach den üblichen Usancen des Grundgesetzes von einer Ländersteuer reden, haben wir die Chance, auch einen kommunalen Anteil einzufordern. Deswegen danke ich dem Beschwerdeausschuss herzlich dafür, dass er über die Initiative hinaus diesen weisen Satz hinzugefügt hat. Nur wenn es eine Ländersteuer ist, haben wir die Möglichkeit, wie es der Beschwerdeausschuss getan hat, zu sagen: Liebes Land, dann gib uns aber auch einen Teil ab. -Hinter diese Forderung sollte sich der Rat der Stadt Köln ganz eindeutig stellen.

Langer Rede kurzer Sinn: Die Erhebung einer Vermögensteuer ist nicht nur wichtig, um den öffentlichen Haushalte die Wahrnehmung der Aufgaben zu ermöglichen, die die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Staat erwarten - gute Infrastruktur, bessere Bildung, bessere Ausstattung der Kommunen usw. usf. -, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wer weiß - da kann ich mit dem schließen, was Sie vorhin angedeutet haben, Herr Kollege Breite -, dass die obersten 10 Prozent der Haushalte 60 Prozent des auf etwa 10 Billionen Euro geschätzten Vermögens haben und dass die Schere von Arm und Reich immer weiter auseinandergegangen ist, kann sich der Argumentation, dass die Erhebung einer

Vermögensteuer auch eine zwingende Frage sozialer Gerechtigkeit ist, nicht entziehen.

Wir tun es jedenfalls nicht und stimmen deswegen mit Freude dieser Anregung des Beschwerdeausschusses zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Börschel. - Herr Bürgermeister Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe vor der Sitzung einmal gerechnet; denn nichts ist entlarvender als die Zahlenwahrheit.

Vorausschicken möchte ich allerdings, dass ich es etwas außergewöhnlich - ich will jetzt nicht „empörend“ sagen - finde, dass sich die Verwaltung - das ist ja kein Antrag, sondern eine Verwaltungsvorlage - hier vor den Wahlkampfkarren spannen lässt.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Herr Kollege Wolf, damit haben Sie doch mehr Erfahrung! Das ist das übliche Verfahren im Beschwerdeausschuss! Das wissen Sie doch besser! Das macht die Verwaltung im Beschwerdeausschuss immer so!)

- Haben Sie das Deckblatt gelesen? - Ich will Ihnen das jetzt aber einmal an einem Beispiel darlegen.

Ein mittelständischer Handwerker hat sich entschieden, seine Altersversorgung selber aufzubauen. Dafür hat er 1980 - bei 11 Prozent Darlehenszinsen war das damals mutig - ein Zehnfamilienhaus gebaut. Jede Wohnung ist 75 Quadratmeter groß. Die Miete beträgt 7,50 Euro pro Quadratmeter, liegt also knapp über dem Sozialsatz, über den wir eben gesprochen haben. Das macht im Monat 5 625 Euro und im Jahr 67 500 Euro. Legt man die Nebenkosten als Nullsumme zugrunde und bewertet das Haus nach der vorsichtigen Formel, die man in jeder Tageszeitung überprüfen kann, mit dem 15-Fachen der Jahresrohmierte, ist man schon bei einem Wert von mehr als 1 Million Euro. Das sind also die Millionäre, die Sie besteuern wollen.

Schauen wir uns nun einmal an, was ihm davon übrig bleibt. Ich berücksichtige jetzt keine Zinsen, sondern gehe davon aus, dass das Haus nach 30 Jahren bezahlt ist. Für Reparaturen muss man bei einem Haus dieses Alters - das ist ein Erfahrungswert aus meinem Beruf - 10 bis 20 Prozent der Einnahmen aufwenden. Wenn man außerdem die AfA, die Steuern usw. herunterrechnet, kommt man zu dem Ergebnis, dass ihm 37 975 Euro übrig bleiben. Das heißt, dass er eine monatliche Rente von ungefähr 3 000 Euro hat.

Wenn auf den Hauswert von 1 Million Euro eine Vermögensteuer von 1,5 Prozent, also 15 000 Euro, erhoben wird, sinkt sein Einkommen von 37 975 auf 22 975 Euro. Damit nehmen Sie diesem Mann fast 40 Prozent seines Einkommens.

Würde man der Forderung der Linken folgen und eine Vermögensteuer von 5 Prozent erheben, bliebe ihm nur übrig, entweder die Mieten massiv zu erhöhen oder das Haus zu verkaufen, weil er sonst mehr Vermögensteuer zahlen muss, als er an Einnahmen erzielt. Das nenne ich nicht soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Börschel, Herr Frank, ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass Sie mich eben falsch verstanden haben. Deswegen nehme ich den Vorwurf des Schmückens mit fremden Federn als ein kleines Nachtreten, weil Sie diesen Antrag nur für sich haben wollen. Ich habe doch klar gesagt, dass es hier um einen Bürgerantrag geht, der über den DGB in den Beschwerdeausschuss gekommen ist. In diesem Zusammenhang habe ich mich auf Ihre Weigerung bezogen, den gleichlautenden Antragstext der Linken im März dieses Jahres, als wir es für inhaltlich sinnvoll erachtet haben, im Rat zu behandeln.

(Martin Börschel [SPD]: Weil Sie ihn plagiiert haben! Sie haben ihn geklaut, Herr Kollege! So etwas tut man nicht!)

- Wir sind Teil dieses Bündnisses. Insofern ist es kein Plagiat. Wir setzen uns auch schon länger für eine Vermögensteuer ein. Wir haben es für sinnvoll erachtet, das im März dieses Jahres noch vor den Haushaltsberatungen zu

diskutieren. Sie haben das nicht für sinnvoll gehalten.

Mit fremden Federn geschmückt haben wir uns aber nicht. Wir sagen nur, dass wir jedem Antrag zustimmen, der inhaltlich sinnvoll ist, egal wer es erfunden hat. Das ist bei Ihnen leider ein bisschen anders. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich halte diesen Raum für den völlig falschen Ort, um über eine Besteuerung zu diskutieren, bei der es sich um eine Bundes- oder Landessteuer handelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich finde es verkehrt, das hier im Kommunalparlament auf der Agenda zu haben, obwohl ganz klar ist, dass wir überhaupt keinen Einfluss darauf haben, weil dieses Haus diesbezüglich keine Entscheidungskraft hat.

Wenn wir schon über die Vermögensteuer sprechen, möchte ich aber daran erinnern, dass im Jahr 1995 bei dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die die Gesamtbelastung berechnet wurde und es hieß, dass nicht mehr als die Hälfte des gesamten Einkommens wegbesteuert werden darf. Das ist nachher zwar ein bisschen relativiert worden. Diejenigen, die das präferieren, wollen die Vermögensteuer aber zusätzlich erheben. Sie wollen ja nicht nur die Vermögensteuer einführen, sondern auch die Einkommensteuer auf bis zu 49 Prozent anheben.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem soll der Progressionstarif heruntergesetzt werden. Bei den Grünen beginnt die höchste Stufe schon bei 60 000 Euro, bei der SPD ein bisschen höher; sie hat sich mittlerweile auf 80 000 oder 100 000 Euro verständigt. Wenn Sie den Solidaritätszuschlag und alles andere dazurechnen, kommen Sie leicht auf 60 Prozent, die bei einem sehr hohen Einkommen insgesamt zu bezahlen sind. Dass das noch der Verfassung entspricht, wage ich ganz klar zu bezweifeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube auch nicht, dass die Unternehmen wirklich außen vor gelassen werden. Im Wahlkampf kündigt man natürlich gerne an, man werde die gewerblichen Betriebe nicht mit hineinnehmen. Wie wollen Sie denn die Beträge zusammenkriegen, wenn Sie die gewerblichen Betriebe überhaupt nicht mit hineinnehmen? Wollen Sie aus Arbeitsgründen darauf verzichten, beispielsweise die Vermögen von Bosch oder Siemens zu besteuern? Und was machen Sie mit den Unternehmen, die an der Grenze liegen und dann noch durch Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer belastet werden? Von entsprechenden Erhöhungen wurde gerade ja auch schon geredet.

Ich halte diese Diskussion in diesem Haus für vollkommen überflüssig. Ich wollte nur meine Bedenken zum Ausdruck bringen.

Wir sind ohne Vermögensteuer seit 1996 hervorragend gefahren.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das halte ich für ein Gerücht!)

Wir haben die Wettbewerbsfähigkeit - darüber haben Sie gerade geschimpft - seit 2003 kontinuierlich gesteigert. Wir sind von dem kranken Mann am Bosphorus zu einem enorm leistungsfähigen Mann in Köln geworden, weil wir nicht die Steuern erhöht haben, sondern zugunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft auf Steuern verzichtet haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Klipper. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der angeregten Diskussion möchte ich darauf hinweisen, dass es hier um einen Antrag geht, den wir von den Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt bekommen haben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da ist der Bürgerantrag missbraucht worden!)

Über diesen Bürgerantrag möchte ich jetzt abstimmen lassen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Bei

Enthaltung von pro Köln ist dieser Bürgerantrag angenommen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters²: Der Staffelnstab ist übernommen. Wir kommen zu den weiteren Tagesordnungspunkten.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln 1316/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.2:

6.1.2 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Entwicklungsbereich südliche Innenstadt-Erweiterung -ESIE - in Köln-Bayenthal, Raderberg, Zollstock und Sülz“ hier: Satzungsbeschluss 0897/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.3:

6.1.3 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln 1498/2013

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Dann rufe ich auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das

Hj. 2012 gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012 sowie für das Hj. 2013 in analoger Anwendung 1420/2013

Das ist zur Kenntnis zu nehmen. - Dazu gibt es auch keine Wortmeldungen. - Danke schön.

Dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Spendenaufruf Straßenbaumpflanzungen Kölner Grün Stiftung - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen 0825/2013

Ich sehe zu dieser sehr positiven Vorlage keine Wortmeldungen. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Damit einstimmig angenommen. - Herzlichen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Temporärer Bau (Kindertageseinrichtung) Herler Ring, Köln-Buchheim 0869/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen?

(Zurufe)

- In der Fassung des AVR.

(Sylvia Laufenberg [FDP]: Wie JHA! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie AVR!)

- Wie AVR. - Also noch einmal: Der Finanzausschuss hat in der Fassung des AVR einstimmig zugestimmt. Das wird jetzt zur Abstimmung gestellt. - Bitte schön.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde gerne beantragen, wie JHA abzustimmen.

Das liegt daran, dass wir im JHA über den Beschluss des AVR diskutiert haben. Es geht darum, dass nicht mehr nur geplant wird, sondern quasi direkt der Neubau nach der temporären Einrichtung beschlossen worden ist. Die Dezernentin hat uns extra darauf

² Der Oberbürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

hingewiesen, dass es wichtig ist, dass wir erst einmal in Planungen einsteigen.

Dementsprechend bitte ich, wie JHA abzustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das ist ein Antrag. - Bitte, Herr Schlieben.

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]:
Lassen Sie uns bitte die
Fachverwaltung dazu hören!)

- Dann hören wir einmal Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Der AVR hat sich der Bezirksvertretung Mülheim angeschlossen. Inhaltlich ist es das ja. Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung, Planungen aufzunehmen, nach dem Ende der temporären Einrichtung an derselben Stelle eine feste Einrichtung einzurichten. Das würden wir als Verwaltung natürlich gerne tun, weil wir jeden Platz brauchen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Also wie AVR!)

- Ja, das ist wie AVR.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schlieben.

Dr. Nils Helge Schlieben (CDU): Wir wollen das jetzt hier nicht ausweiten. Aber auf die explizite Nachfrage, wie die Verwaltung denn zu dem Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim steht, hat uns die Dezernentin in Person von Frau Klein geraten, dem nicht zu folgen, sondern so abzustimmen, wie die Verwaltung es vorschlägt, damit wir das Projekt nicht aufhalten.

Wenn sich jetzt in einer Woche die Position geändert hat, ist es für uns auch kein Problem, wie der AVR zu stimmen. Nur: In der Regel glauben wir schon die Beiträge, die wir in den Fachausschüssen hören, und richten uns auch danach. Deshalb ist diese Darstellung, die wir jetzt hier gehört haben, ein bisschen krude.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal Frau Klein.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Ich kann das aufklären. Ich glaube, das Missverständnis liegt darin begründet, dass wir im JHA darüber gesprochen haben, ob wir diese Einrichtung dann sofort als feste Einrichtung weiterbetreiben. Da haben wir in der Tat ein rechtliches Problem. Es geht darum, dass wir die Planung für eine dann andere feste Einrichtung aufnehmen. Ich glaube, so ist es korrekt. So kann der AVR auch korrekt beschlossen haben. Vielleicht sollten wir das noch einmal nacharbeiten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Frau Laufenberg, nehmen Sie nach diesen Erklärungen Ihren Antrag zurück? Wir stimmen also ab wie Finanzausschuss in der Fassung des AVR. Herr Schlieben hat ja auch schon angedeutet, dass er nach diesen Erklärungen dem so zustimmen könne. Deswegen frage ich die FDP: Bleiben Sie dabei? Oder würden Sie sich dem auch anschließen?

(Ulrich Breite [FDP]: Wir schließen uns an!)

- Sie schließen sich an. - Wir stimmen also über den Beschlussvorschlag ab, dem der Finanzausschuss in der Fassung des AVR einstimmig zugestimmt hat.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Durchführung von Verstärkungsmaßnahmen in den Hauptträgerkästen und im Pylon der Severinsbrücke 1493/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrags Gas (Gas-Konzessionsvertrag) mit der GVG Rhein-Erft 0388/2013

Wir möchten hier über die Fassung des RPA in der Anlage 3 abstimmen lassen. Dem hat auch der Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0230, Grunderneuerung Brücke Aachener Weiher 0757/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Zusetzung einer Stelle beim Familienhebamme Gesundheitsamt 0837/2013

Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2012 1602/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Energieberatung für die städtischen Museen hier: Einrichtung einer Stelle und Finanzierung 3691/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/0790/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0791/2013

Herr Detjen, wollen Sie dazu eine Frage stellen?

Jörg Detjen (Die Linke.): Nein, Herr Oberbürgermeister. Wir wollen unseren Antrag zurückziehen, weil die Verwaltung so freundlich war, ihre Vorlage zu ändern. Die Bedenken, die wir haben, finden sich alle darin wieder.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Ich wollte gerade darauf hinweisen, dass die Verwaltung einen erweiterten Vorschlag gemacht hat, der Ihnen als Tischvorlage vorliegt.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte unseren Änderungsantrag kurz begründen. Ich glaube, wir sind uns im Rahmen der Betrachtung der Energieeinsparungen einig und wollen alle, dass gerade in den Kultureinrichtungen Energie eingespart wird und somit auch Kosten eingespart werden.

Wir haben allerdings einen anderen Ansatz. Die Verwaltung hat jetzt noch einmal auf die Stelle draufgesattelt und die Befristung herausgenommen. Unseres Erachtens brauchen wir das im ersten Schritt nicht. Wir halten eine externe Beratung und Analyse für ausreichend, damit über eine Phase von zwei Jahren erste Ergebnisse gesammelt werden können, um das dann in Verwaltungshandeln umzuleiten und eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, um zu sehen, wo man ansetzen kann und wo Einsparpotenziale gehoben werden müssen.

Insofern glauben wir, dass wir hier jetzt externen Sachverstand brauchen und eben nicht die Zusetzung einer weiteren Stelle. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Dr. Albach vor.

Dr. Rolf Albach (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich finde es relativ ungewöhnlich, dass man jetzt noch kurzfristig nachbessert; denn ich empfand das, was die Verwaltung uns im Umweltausschuss vorgelegt hat, als absolut vernünftig und richtig und habe dem auch gerne zugestimmt.

Schließlich wissen wir, dass das Museum Ludwig dafür bekannt war, dass es regelmäßig Nachtragshaushalte brauchte, weil die

Heizkosten nicht bezahlt werden konnten. Daher gibt es einen Bedarf, hier Sachverstand einzubauen.

Wir wissen auch aus betrieblicher Praxis - zumindest diejenigen, die sie haben -, dass man keinen externen Sachverstand in irgendeine Organisation hineinbringen kann, ohne dass eine Ankopplungsstelle von jemandem existiert, der Ahnung hat. Es sieht nicht so aus, dass es Ahnung in den Museen gibt; denn sonst hätten sie ihre Probleme schon selbst gelöst. Daher besteht die Notwendigkeit für eine solche Stelle im Bereich der Museen.

Wir haben in der Gebäudewirtschaft aber auch gelernt, dass die interne Ankopplung sich teilweise selbst perpetuiert, ohne die notwendigen und geforderten Ergebnisse zu liefern. Das heißt, dass die Gebäudewirtschaft es bisher nicht geschafft hat, die ihr gesetzten Ziele zu erreichen, die hier im Rat beschlossen worden sind - nämlich, wenn ich mich recht entsinne, 5 Prozent Energiekosteneinsparung pro Jahr. Das war der ursprüngliche Ratsantrag von 2002.

Daher bin ich nicht damit einverstanden, dass wir nur nach zwei Jahren ungefähr gucken, wie es ist. Ich empfand vielmehr den Vorschlag der Verwaltung im Umweltausschuss, diese Stelle zu befristen, als eine sinnvolle und aufgrund der Erfahrungen mit der Gebäudewirtschaft notwendige Überlegung.

Daher möchte ich Sie bitten, wieder so abzustimmen, wie es im Umweltausschuss gewesen ist, und die Vorlage in den alten Zustand zurückzusetzen. Dann können wir ihr wunderbar zustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt liegen mir noch zwei Wortmeldungen vor. Zuerst Herr Bacher, bitte.

Götz Bacher (SPD): Ich bin einigermaßen erstaunt über die Beiträge, die hier von CDU und FDP kommen. Der Umweltausschuss hat ohne Votum in den Rat verwiesen, also keinen Beschluss gefasst. Die uns heute vorliegende modifizierte Vorlage der Verwaltung entspricht haargenau dem einstimmig gefassten Beschluss vom Dezember 2011. Daher frage ich mich, warum CDU und FDP jetzt davon abweichen wollen. Das ist eigentlich nicht begründbar.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Bacher. - Die zweite Wortmeldung hat sich dadurch erledigt. Dann will ich aber noch Frau Klug das Wort geben.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Es handelt sich hier um eine Vorlage der Kulturverwaltung. Das ist kein Zufall. Die Vorlage der Kulturverwaltung basiert auf der bereits Jahre zurückliegenden Einsicht, die auch heute noch gilt, dass die sachnahe und dezentrale Behandlung einer Frage den größten Gewinn in der Sache verspricht. Deswegen hat der Rat 2011 einmütig beschlossen - nicht die Verwaltung -, entsprechenden Sachverstand dezentral und sehr einrichtungsnah bei unseren riesengroßen Kultureinrichtungen anzusiedeln, damit diese sehr spezifisch beraten werden können. Um den gewünschten Effekt zu erzielen, muss die Stelle aber auch so dotiert werden, dass man jemanden mit entsprechender Qualifikation bekommt.

Dieser Punkt war in der ursprünglichen Vorlage fehlerhaft wiedergegeben, was den Beschluss aus dem Jahr 2011 betraf. Das wurde festgestellt und in der Sitzung des Finanzausschusses korrigiert. Es ist nun nachvollzogen worden und wurde Ihnen als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Vor diesem Hintergrund darf ich Sie herzlich bitten, im Sinne der nunmehr der Beschlusslage angepassten Vorlage der Verwaltung abzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Die FDP bleibt aber bei ihrem Vorschlag?

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, wir bleiben dabei!)

- Dann stimmen wir zunächst über den Vorschlag der FDP ab, den ursprünglichen, noch nicht modifizierten Verwaltungsvorschlag zu beschließen. Wer ist für den Vorschlag der FDP? - Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das abgelehnt.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab. Wer ist für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion? - Das ist die CDU. Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den modifizierten Vorschlag, den Herr Stadtdirektor nachträglich als Tischvorlage eingebracht hat. Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist dieser Vorschlag angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 AV-Gründerzentrum NRW
GmbH - Änderung des
Gesellschaftsvertrages
1748/2013**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Fortführung Schulsozialarbeit ab 2014
1041/2013**

Dazu sehe ich ebenfalls keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit haben wir hier eine sehr gute Entscheidung getroffen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Ratsvorlage zur Bewerbung um den
Titel „NRW-Sportschule“
1421/2013**

Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Errichtung eines neuen
Bildungsganges „Fachkraft für Schutz
und Sicherheit/Servicekraft für Schutz
und Sicherheit“ am Hans-Böckler-
Berufskolleg, Eitorfer Str. 18, 50679
Köln
1699/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Verwendung des Jahresüberschusses
2012 der Stadtwerke Köln GmbH
(SWK)
1798/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen hat sich gemeldet.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werden der Vorlage zustimmen - aber aus formalen Gründen, weil der Haushalt beschlossen ist und es hier nur noch um den formalen Beschluss geht, wie man es weiter macht.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang noch einmal unsere Kritik äußern. Wir fanden das beim letzten Mal praktizierte Verfahren relativ intransparent. Es war nämlich vorher nicht klar - im Aufsichtsrat ist nicht darüber diskutiert worden -, dass man diese 10 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt einstellen will. Im Veränderungsnachweis von Rot-Grün sind sogar für das Jahr 2014 weitere 10 Millionen Euro eingestellt, obwohl noch gar nicht feststeht, dass diese 10 Millionen Euro dann auch tatsächlich vorhanden sind.

So geht es nicht. An dieser Stelle bitte ich schon um ein bisschen mehr Transparenz im Aufsichtsrat, aber auch im Rat. Man kann ja auch einmal im Rat sagen: Wir bitten den Stadtwerke-Konzern, 10 Millionen Euro mehr lockerzumachen. - Darüber kann man dann diskutieren. Ich bin auch nicht grundsätzlich dagegen, diesen Weg zu gehen. Allerdings fand ich das so, wie es war, ein bisschen intransparent.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das haben wir so zur Kenntnis genommen.

Jetzt kommen wir zur Entscheidung. Ich frage einmal sehr direkt. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das mit dieser Mehrheit beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Beschluss über die Durchführung des
Workshopverfahrens Via Culturalis
- Bedarfsfeststellungsbeschluss -
1214/2013**

Abstimmung wie im Stadtentwicklungsausschuss - Anlage 5 - vorgeschlagen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist es angenommen. - Herzlichen Dank.

Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Satzungsbeschluss betreffend die 4. Änderung des Bebauungsplanes 58480/03 im beschleunigten Verfahren Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 4. Änderung „Auf der Vierzig“ 1587/2013

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 70493/03 Arbeitstitel: Düsseldorfer Straße in Köln-Mülheim, 2. Änderung 1195/2013

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

12.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59579/05 Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven 1559/2013

Wortmeldungen? - Keine. Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist er angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 76441/02 Arbeitstitel: „Am Lusthaus“ in Köln-Rath/Heumar

0677/2013

Wer ist dagegen? - Gegenstimmen der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.6:

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 64509/02 Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Longerich 3457/2012

Abstimmung wie Anlage 10.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 231. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0886/2013

Dazu sehe ich ebenfalls keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Jetzt rufe ich auf:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Neuwahl eines Stellvertreters für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde 0595/2013

Auf Vorschlag der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald soll Herr Frank Küchenhoff als stellvertretendes Mitglied gewählt werden.

Ich lasse darüber abstimmen. Ist jemand dagegen? - Wer enthält sich? - Damit das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln (KGK) 1393/2013

Gewählt werden sollen Herr Dieter Kesper als Mitglied und Herr Sigurd Claus als stellvertretendes Mitglied.

Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist das ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde 1517/2013

Auf Vorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz und Umwelt soll Herr Alexander Merx als Mitglied gewählt werden.

Auch da frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Kölner Markenbeirat - Entsendung von Ratsmitgliedern 1796/2013

Dazu gibt es eine Liste, und zwar aus vier Personen: Jörg van Geffen, Klaus Koke, Horst Thelen - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, Elisabeth Thelen!)

- Aha. Die Frauenquote muss gewahrt werden.

Also noch einmal: Für die SPD Jörg van Geffen, für die CDU Klaus Koke, für die Grünen Elisabeth Thelen und für die FDP Reinhard Houben.

Dann kann ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend Wahl in die Zweckverbandsversammlung VRS AN/0606/2013

Als Nachfolger von Herrn Klaus Hoffmann soll Herr Andreas Henseler gewählt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Antrag von Ratsmitglied Henseler betreffend Wahl in die Zweckverbandsversammlung Sparkasse KölnBonn AN/0607/2013

Gewählt werden soll Herr Andreas Henseler als Nachfolger von Herrn Klaus Hoffmann.

Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Damit auch einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Neuwahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Umwelt und Grün AN/0667/2013

Als Nachfolgerin von Herrn Simon Burger soll Frau Susanne Bercher-Hiss gewählt werden.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Auch einstimmig so beschlossen.

Dann müssen wir noch über zwei Dringlichkeitsentscheidungen abstimmen. Ich rufe daher auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Neufassung der Eintrittspreise für die Sparten Oper und Schauspiel und Tanzgastspiele 1481/2013

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Dringlichkeitsentscheidung so getroffen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 EU-Projekt „CELSIUS“ 1871/2013

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.



Damit haben wir den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung beendet.

(Schluss: 20:03 Uhr)